

Heft 1/99:

EINRICHTEN IN WIDERSPRÜCHEN

Jugend in Deutschland - eine Standortbestimmung

DER HERAUSGEBER ZUM THEMA

Die Jugend tendiert zur Mitte. Darin unterscheidet sie sich heute grundlegend von der jungen Generation der sechziger, aber auch der achtziger Jahre.

Die Jugend der sechziger Jahre positionierte sich gegen die Eltern-Generation, die ihre Prägungen durch die Hitler-Diktatur, den Zweiten Weltkrieg und die Ära Adenauer erfuhr. Dem wirtschaftlichen Aufschwung und dem wachsenden Wohlstand stellte sie ihre Ideale entgegen. Sie träumte vom herrschaftsfreien sozialistischen Paradies, von der antiautoritären Erziehung und repressionsfreien Gesellschaft. Dies geschah zu einer Zeit, als sich die damaligen Supermächte Sowjetunion und USA hochgerüstet mitten in Europa gegenüberstanden.

Die Jugend der achtziger Jahre engagierte sich in Friedensbewegungen und suchte ihr Heil im Ökotrip. Ökologie statt Ökonomie lautete ihre Forderung. Die politischen Erfolge der "Grünen" sind aufs engste mit dieser Generation verbunden.

Die Jugend von heute kennzeichnen andere Merkmale. Sie ist pragmatischer, kaum ideologiefähig und illusionslos, wenn es darum geht, politische Verheißungen in die Praxis umzusetzen. Noch nie hat sich eine junge Generation zuvor in Deutschland so für wirtschaftspolitische Fragestellungen interessiert. Sie steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes, lehnt radikale Kehrtwendungen ab, tritt aber für Veränderungen ein. Dies haben die letzten Wahlen gezeigt. Schröder wurde Bundeskanzler, weil er die Mitte gewann. In Hessen wurde sie wieder verloren, weil Rot/Grün in Bonn einen klassischen Fehlstart hinlegte und die Wähler der Mitte mit dem Doppelpaß und dem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie verprellt wurden. Eine Analyse der Wahlergebnisse zeigt, daß die Jugend die Mitte stabilisierte, sie wählte CDU; die "Grünen" verloren.

Doch Vorsicht, die Jugend klebt nicht am Status quo. Sie will keine Blockade. Sie wartet darauf, daß der Reformstau überwunden wird, weil ein "Weiter so" ihre Lebensperspektiven

einschränkt. Die Jugend von heute sucht ihre Lebenschance innerhalb des bestehenden Ordnungsgefüges. Sie ist bereit, Verantwortung zu übernehmen, Leistung zu erbringen. Sie will aber nicht ständig als Bittsteller in der Warteschleife stehen, wenn es darum geht, einen Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz zu finden. Sie wird die Partei unterstützen, der es gelingt, alte Zöpfe abzuschneiden und ihre Interessen dabei berücksichtigt.

Ihr

Günther Rüther

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 1

Inhalt:

Der Herausgeber zum Thema

Einrichten in Widersprüchen

Jugend in Deutschland – eine Standortbestimmung

Barbara Hille

Jenseits von links und rechts

Das bunte Bild der Jugendforschung – zehn Jahre nach der Vereinigung

Hans-Joachim Veen

Bürgergesellschaft ohne Nachwuchs?

Zum Interesse der Jugend an Demokratie und Politik

Martina Gille

Jugendliche im Abseits?

Roland Eckert

”Diese Jugend von heute” und ”die gute alte Zeit”

Merkmale aus fünf Jahrzehnten

Enttäuschte Hoffnung als bedrückendste Erfahrung

Hans-Jürgen Zobel

Zeitmosaik

Willi Fährmann

Nur über viele Umwege zum Wunsch-Beruf

Elisabeth Zwiener-Kumpf

WAS WERTWICHTIG WURDE ... herausgefiltert im Nachhinein

Godehard Schramm

Intensive Rotlichtbestrahlung

Sandra Wagner

Ein ”Tanz auf dem Vulkan”

Guido Hitze

Wunsch nach einem erfüllten Leben

Mandy Simon

Zwischen Erwartungsdruck und Partystimmung

Beate Böckem

Bleibt so klug, wenn ihr erwachsen seid!

Erich Kästner und die Jugend

Roman Luckscheiter

Demokratie ist kein Naturgesetz

Erziehung zur Freiheit, Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit

In der Familie Demokratie erlebbar machen

Josef Kraus

Dem Erzieherischen in der Schule wieder eine Chance geben

Bernd Ostermeyer

Politische Bildung mit Jugendlichen als Pädagogik des Sozialen

Kurt Möller

Kindern und Jugendlichen Lernorte der Demokratie bieten

Christian Wulff

Der Sportverein – ein Ort der Lebenshilfe für Jugendliche?

Norbert Petry

Zwischen Erlebnispädagogik und geschlossener Heimunterbringung

Irina Bohn

Buchempfehlungen zum Thema

Das politische Buch im Gespräch

Josef Kraus: Spaßpädagogik. Sackgassen deutscher Schulpolitik

Belletristik im Gespräch

Elisabeth Borchers: Was ist die Antwort. Gedichte

Hans Magnus Enzensberger: Wo warst du, Robert?

Autorinnen und Autoren

Hinweis auf Heft 2/99

Weichen stellen für Europa

Jahresinhalt 1998

Themen und Namen

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 2-3

Einrichten in Widersprüchen?

Jugend in Deutschland – eine Standortbestimmung

Barbara Hille

Die heutigen Jugendlichen wachsen in eine plurale Gesellschaft mit vielfältigen Widersprüchen hinein. Einerseits bieten sich ihnen damit vielseitige Chancen der individuellen Lebensgestaltung, andererseits werden sie aber auch überfordert. Zentrale Probleme für die Zukunft liegen in dem zunehmenden Kontrast zwischen den von Jugendlichen nach wie vor akzeptierten zentralen Werten "Familie" und "Beruf" und der immer schwieriger werdenden Realisierung ihrer entsprechenden Zukunftsvorstellungen. Politischen Zündstoff birgt vor allem die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, für die Arbeit bislang noch einen hohen Stellenwert hat. Mit diesen gravierenden Widersprüchen wird sich die junge Generation nicht arrangieren

Die junge Generation wächst in eine plurale Gesellschaft hinein, die teilweise durch erhebliche Widersprüche gekennzeichnet ist. Darauf reagieren Jugendliche häufig sensibler und auch flexibler als die Erwachsenen, so daß die aus unterschiedlichen Lebensbereichen resultierenden kontrastierenden Ansprüche für sie keine gravierenden Probleme bedeuten. Die junge Generation steht vor der zentralen Aufgabe, in die bestehende politische und soziale Ordnung des demokratischen Systems in Deutschland hineinzuwachsen und sich mit ihren eigenen Vorstellungen einzubringen.

Dieser Prozeß des Hineinwachsens in die Erwachsenengesellschaft war auch in vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten nicht widerspruchsfrei. Auch in Gesellschaften mit fest gefügtem Normensystem lagen für die Heranwachsenden erhebliche Konflikte, denn das offiziell Abverlangte war nicht ohne weiteres identisch mit deren persönlichen Wünschen und Zielsetzungen. Je starrer die vorgegebenen Normen und der Druck der Anforderungen und Erwartungen erlebt wurden, um so größer war oft die Diskrepanz zwischen öffentlich erwartetem und entsprechend geäußertem Verhalten und den dazu in Kontrast stehenden persönlichen Vorstellungen, die je nach dem Druck der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse allenfalls "verdeckt" geäußert werden konnten. Jüngstes Beispiel hierfür war die Situation in der ehemaligen DDR.

Demgegenüber ist die gegenwärtige Gesellschaft in Deutschland, ähnlich wie in anderen modernen westlichen Demokratien, durch eine wachsende Pluralität gekennzeichnet, die ihre Mitglieder vor vielfältige Wahlen und Entscheidungen stellt. Dies birgt vor allem für die Heranwachsenden Chancen aber auch Gefahren durch Überforderung. Je unübersichtlicher und damit auch unverbindlicher die Vielfalt der vorhandenen Normen erscheint, um so größer

werden bei einem Teil der Heranwachsenden (wie der Erwachsenen) die Unsicherheiten und die Abwehr. Diese artikulieren sich teilweise in Konflikten mit der Erwachsenengeneration, in Ablehnung der etablierten Strukturen in Gesellschaft und Politik bis hin zu "Ausstieg", Aggression und Gewalt. Die Mehrheit der heutigen Jugendlichen entwickelt jedoch ein pragmatisches Verhalten, indem sie sich mit den gegebenen Möglichkeiten mehr oder weniger komfortabel arrangiert.

Jugendphase im gesellschaftlichen Wandel

Die bislang in der Jugendsoziologie gängige Definition von Jugend als "Statuspassage" zwischen Kindheit und Erwachsenenalter greift immer weniger angesichts gesellschaftlicher Veränderungen, insbesondere der zeitlich verlängerten Schul- und Ausbildungsphase, der Schwierigkeiten der beruflichen Etablierung, der zeitlich hinausgeschobenen Partnerbindung und Familiengründung. Es wird außerdem zunehmend schwieriger, Jugend als spezielle Alters- und Lebensphase zu definieren.

Die Jugendphase hat ihre deutliche Abgrenzung sowohl zur Kindheit als auch zum Erwachsensein verloren

Die Abgrenzungen zwischen den Altersjahrgängen wurden durchlässig. Die Jugendphase hat ihre deutliche Abgrenzung sowohl zur Kindheit als auch zum Erwachsensein verloren. Teilweise haben sich jugendspezifische Entwicklungen biographisch vorverlagert in die Altersgruppe der 10- bis 14jährigen "Kids". Andererseits hat sich die Jugendphase infolge der Bildungsexpansion und der Arbeitsmarktprobleme erheblich verlängert.

Jugend ist sowohl eine subjektiv bestimmte biographische Lebensphase als auch ein gesellschaftliches Muster mit speziellen Anforderungen und Erwartungen (z.B. Vorbereitung auf das Erwachsenenleben, Qualifizierung für die Erwerbsarbeit). Angesichts gesellschaftlicher Veränderungen (insbesondere Probleme der Arbeitsgesellschaft) haben sich auch die Bedingungen für die Heranwachsenden verändert, unterlag die Jugendphase einem "Strukturwandel". Jung sein heißt heute für die Mehrheit, über einen langen Zeitraum hinweg Schüler/in, Auszubildende oder Student/in sein. Die Zugehörigkeit zu den Gleichaltrigen wird zum wichtigen Maßstab, während Konflikte und Abgrenzungen zu den Erwachsenen zurücktreten.

Gesellschaftliche Tendenzen und Merkmale von Jugend

Jung sein bzw. erwachsen werden läßt sich auch unter den Bedingungen einer sich "postmodern" verändernden Gesellschaft darstellen, die in der Soziologie teilweise als "Risikogesellschaft" bezeichnet wird. Danach verändern sich die gesellschaftlichen Anforderungen in einem Prozeß der radikalen "Enttraditionalisierung". Dabei hat sich ein Wandel von geschlossenen und verbindlichen zu offenen und zu gestaltenden sozialen Systemen vollzogen. Biographien und Identitäten bleiben damit oft unabgeschlossen und fragmentarisch.

Die Lebenswelten werden in dieser Gesellschaft geprägt von einer fortschreitenden Individualisierung und Pluralisierung, die nicht widerspruchs- und ambivalenzfrei gelebt werden kann. "Individualisierung" bedeutet die Freisetzung aus Traditionen und Bindungen, die das eigene Handeln in hohem Maße steuern. Die einzelne Person wird zur Steuereinheit, ihre subjektiven Bedürfnisse zum inneren Kompaß. Nach diesem Maßstab muß ihr die Begründung ihres Handelns sinnvoll erscheinen. Demgegenüber haben die traditionellen Instanzen der Sinnvermittlung (z.B. Kirchen) an Bedeutung verloren.

Die so beschriebene Welt, in die Kinder und Jugendliche hineinwachsen und auf die hin sie sozialisiert werden, hat also an Eindeutigkeit und Klarheit verloren. Deshalb fällt es auch den Erwachsenen oft schwer, die Kompetenzen zu benennen und zu fördern, die zur souveränen Lebensgestaltung in dieser Welt erforderlich sind.

In den Jugendtheorien überwiegen seit langem Krisenszenarien, die auch die negativen Schlagworte schaffen, die in der Öffentlichkeit einseitige Beachtung finden, wie z.B.: Wertewandel, Wertezerfall, Ausstieg, Verweigerung, Perspektivlosigkeit. Diese Klagen werden von Erwachsenen artikuliert, die Verantwortung tragen, wenn solche negativen Entwicklungen eintreten. Nach den Ergebnissen der empirischen Jugendforschung ergibt sich ein deutlich positiveres Bild. Wenn man nämlich die Lebenssituation, die Einstellungen und Interessen der Mehrheit der Jugendlichen als Maßstab nimmt, dann ist die Bereitschaft zum Mittragen eines Grundkonsens auf seiten der Jugendlichen weit größer, als die negativen Schlagzeilen vermuten lassen.

Wertvorstellungen – oder Wertezerfall?

In den zahlreichen Jugendbefragungen zeigt die Mehrzahl der Jugendlichen Zufriedenheit mit den gegebenen Verhältnissen und Akzeptanz des bestehenden demokratischen Systems in Deutschland. Sie äußern generell Zukunftsoptimismus, wenngleich die konkrete Angst vor Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den Jugendlichen in Ostdeutschland, zunimmt.

Mehrheitlich haben für sie soziale Werte wie: glückliches Familienleben, gute Freunde, Zuverlässigkeit und Treue in der Partnerbeziehung einen unverändert hohen Stellenwert. Außerdem wird dem Beruf (gleichermaßen von weiblichen und männlichen Jugendlichen) nach wie vor große Bedeutung zugemessen, wobei nicht die materiellen Motive im Vordergrund

stehen, sondern Zufriedenheit und Erfolg im Beruf sowie soziale Kontakte. Probleme, die aus den teils widersprüchlichen Anforderungen in den unterschiedlichen Lebensbereichen (Familie, Schule, Beruf, Freizeit) resultieren könnten, werden von ihnen nicht artikuliert.

Familie und Freunde: Das Verhältnis zu den eigenen Eltern wird mehrheitlich positiv eingeschätzt, wenngleich die meisten Jugendlichen nicht wie ihre Eltern leben möchten. Neben den Eltern spielen die gleichaltrigen Freunde als Vertrauenspersonen und vor allem als Freizeitpartner eine ebenso wichtige Rolle. Partnerschaft und Familie haben demnach bei Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland einen hohen Stellenwert. Die meisten möchten später eine eigene Familie mit durchschnittlich zwei Kindern haben und dabei Familien- und Erwerbstätigkeit in Einklang bringen. Die Jugendlichen haben eine Modifikation von Ehe und Familie vollzogen (späte Heirat, wenige Kinder, erwerbstätige Eltern), die deren Wert keineswegs herabstuft, sondern sie an neue Bewertungen der personalen Selbstentfaltung durch Bildung, Beruf und individuelle Lebensweise anpaßt.

Die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit ist ein zentrales Problem, das seit langem bekannt ist und nach wie vor, aufgrund unzureichender unterstützender Maßnahmen, ungelöst bleibt. Hier findet sich ein gravierendes Beispiel für Widersprüche bzw. Diskrepanzen zwischen den persönlichen Wünschen und Zielsetzungen der Jugendlichen und deren unzureichenden Realisierungsmöglichkeiten (insbesondere durch Schule und Arbeitswelt).

Berufs- und Arbeitsmarktsituation: Ausbildung und Beruf leisten nach wie vor einen zentralen Beitrag zur sozialen Integration der jungen Generation. Im Vergleich zwischen Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland überwiegt bislang noch die positive Bewertung von Beruf und Leistung. Allerdings äußern die Jugendlichen in den neuen Bundesländern häufiger konkrete Ängste vor Arbeitslosigkeit.

Deshalb ist eine Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik erforderlich, die möglichst viele Jugendliche zu integrieren versucht. Sie kann dazu beitragen, die Ausgrenzungen von jungen Menschen aus der Gesellschaft und die damit verbundenen negativen psychischen und sozialen Folgen zu verhindern. Damit würde sie einen wichtigen Beitrag zu einer auf die Bedürfnisse und Probleme heutiger Jugendlicher bezogenen Sozialpolitik leisten.

Politisches Interesse: Die meisten Jugendlichen äußern sich mehr oder weniger zufrieden mit den bestehenden politischen Verhältnissen und akzeptieren das demokratische System in Deutschland. Ihr Interesse an Politik ist vergleichsweise groß. Demgegenüber ist ihr Vertrauen in die etablierten Parteien und deren Vertreter bekanntlich außerordentlich gering. Zu einer aktiven politischen Beteiligung ist nur eine Minderheit bereit. Allerdings wurde politisches Engagement auch in der Vergangenheit (auch zu Zeiten der 68er Studentenproteste) stets nur von Minderheiten innerhalb der Jugend- bzw. Studentenbevölkerung getragen. Die Erwartungen an die junge Generation sind insofern oft unrealistisch hoch.

Negative Wirkungen gehen von der Arbeitslosigkeit Jugendlicher und junger Erwachsener in Ost- und Westdeutschland aus. Bei zahlreichen politisch relevanten Fragen bilden arbeitslose Jugendliche eine Sondergruppe: Sie zeigen ein größeres Ausmaß an Zukunftsangst,

Pessimismus und Unzufriedenheit. Sie äußern außerdem größeres Mißtrauen und Skepsis gegenüber Marktwirtschaft und Demokratie. Es ist zu befürchten, daß sich aus der Situation der Arbeitslosigkeit – und mit dem zunehmenden Verlust des Wertes Arbeit – auf längere Sicht ein gefährliches Konfliktpotential entwickelt, das die extremistischen Potentiale verstärkt. Das Votum eines großen Teiles der Jugendlichen bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt für die rechtsextreme DVU sollte als ein warnendes Signal erkannt werden.

Lebenssinn und Zukunftsoptimismus: Nur noch eine Minderheit unter den Jugendlichen bezeichnet sich als christlich geprägt bzw. als Christen. Die traditionellen Instanzen der Sinnvermittlung, insbesondere die Kirchen, haben an Bedeutung verloren. Die ”Sehnsucht nach Sinn” bleibt dennoch erhalten, und die Ausrichtung auf Sinnfragen scheint sogar zuzunehmen. Es handelt sich offensichtlich nicht um einen Zusammenbruch des Glaubens an die inneren Zusammenhänge unserer Welt sondern eher um das Ende der etablierten Deutungsmuster. Wiederum wird das einzelne Subjekt zum Konstrukteur seines eigenen Sinnsystems, wobei es sich seine eigene Weltanschauung oft aus den verschiedenen Weltreligionen konstruiert. Damit dürften viele überfordert sein. Immerhin bleibt das Bedürfnis nach einem sinnstiftenden, übergeordneten Rahmen bei allem Drang nach Unabhängigkeit und Originalität erhalten.

Die letztlich ungelösten Sinnfragen scheinen nicht zu verunsichern, denn die meisten Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland blicken optimistisch in ihre persönliche Zukunft. Frieden, wahre Freundschaft, Freiheit, familiäre und berufliche Sicherheit sind den Jugendlichen die wichtigsten Werte. Dabei stellen Selbstentfaltung und Unabhängigkeit, gepaart mit familiärer Sicherheit, für sie keine Widersprüche dar, sondern sie werden in ihrem alltäglichen Leben relativ unkompliziert kombiniert. Damit schaffen es die Jugendlichen offensichtlich, einander scheinbar entgegengesetzte (Werte-)Dimensionen gleichzeitig anzustreben und einander widersprechende (Erwartungs-)Haltungen zu realisieren. Die aus solchen Widersprüchen resultierenden Probleme erleben oder konstruieren offensichtlich primär die Erwachsenen. Bei den Jugendlichen manifestiert sich eher ein Verhalten, das sich pragmatisch, ungebunden und selbstbewußt artikuliert und für unterschiedliche Einflüsse offenbleibt.

Diskrepanzen zwischen Wünschen und Realisierungschancen

Mit Blick auf die Zukunft ist das zunehmende Auseinanderklaffen zwischen den mehrheitlich akzeptierten Werten und deren schwieriger werdende Realisierung das zentrale Problem.

Ein Beispiel dafür ist die Diskrepanz zwischen dem von Jugendlichen mehrheitlich geäußerten Wunsch nach Familiengründung und eigenen Kindern und der zunehmenden Pluralität verschiedener Formen des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Fast alles ist möglich geworden. Einerseits bietet diese Pluralität vielfältige Chancen und Möglichkeiten zur Realisierung individueller Lebensformen ohne Sanktionen. Andererseits liegt darin die Gefahr

der Unverbindlichkeit. Woran sollen sich Jugendliche orientieren, die noch Suchende sind? Ihre individuellen Wünsche und Vorstellungen können in bislang unerprobten Lebensbereichen kaum der alleinige Kompaß auf der Suche nach einem adäquaten Lebensstil sein. Häufig sind sie damit ebenso wie die Erwachsenen überfordert. Nicht selten liegt darin auch ein Grund für das Scheitern von Partnerschaften und Ehen. Die Mehrheit der Jugendlichen wünscht sich für die eigene Zukunft eine Familie mit ein bis zwei Kindern. Die meisten Paare heiraten auch nach wie vor, wenn sie ihren Kinderwunsch verwirklichen und eine Familie gründen wollen.

Demgegenüber tendiert der Gesetzgeber zunehmend zu einer Gleichstellung und entsprechenden Absicherung unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens (z.B. nicht eheliche Lebensgemeinschaften, alleinerziehende Eltern, homosexuelle Paare).

Nicht der jungen Generation ist somit ein "Werteverlust" anzulasten, sondern der Erwachsenenengesellschaft, die für die Gestaltung und Verabschiedung von Gesetzen die Verantwortung trägt und keine eindeutigen Prioritäten erkennen läßt

Zwar ist eine zunehmende Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensformen grundsätzlich zu begrüßen; doch wie sollen sich Jugendliche angesichts eines derart pluralen, ihnen oft unverbindlich erscheinenden Angebotes entscheiden?

Nicht der jungen Generation ist somit ein "Werteverlust" anzulasten, sondern der Erwachsenenengesellschaft, die für die Gestaltung und Verabschiedung von Gesetzen die Verantwortung trägt und keine eindeutigen Prioritäten erkennen läßt. Stattdessen sollte die mehrheitlich von Jugendlichen gewünschte Lebensform künftig wieder stärker beachtet und eindeutig gefördert werden.

Risiken und Chancen für die Zukunft

Die Situation heutiger Jugendlicher wird durch Krisenszenarien sicherlich nur unzureichend erfaßt. Die Mehrheit arrangiert sich in der oft als "krisenhaft" beschriebenen Gesellschaft relativ problemlos und unkompliziert. Daß die Lebensbereiche "Familie" – "Freizeit/Freunde" – "Beruf" unterschiedliche Anforderungen stellen, ist keineswegs neu. Junge Menschen sind durchaus in der Lage, sich in unterschiedlichen Dimensionen adäquat zu verhalten und Pluralität im Lebensalltag zu verwirklichen, ohne daß die daraus resultierenden Widersprüche für sie zum Problem werden. Das Problem liegt also nicht darin, daß Jugendliche in unterschiedlichen Lebensbereichen teils kontrastierende Wertsetzungen und Anforderungen erfüllen müssen, sondern vielmehr darin, daß die relativ eindeutigen Wertpräferenzen der Jugendlichen von den Erwachsenen immer weniger mitgetragen werden und damit in unserer Gesellschaft immer schwieriger zu realisieren sind. Erwachsene müssen bei aller Toleranz Position beziehen. Dazu gehört das Bemühen, einen Grundkonsens über zentrale Werte und

Regeln des Zusammenlebens im Rahmen unserer Gesellschaft zu erhalten, zeitgemäß zu gestalten und glaubhaft zu vertreten.

Erhebliche Diskrepanzen bestehen vor allem zwischen dem hohen Stellenwert von Ausbildung und Beruf im jugendlichen Lebensplan im Kontrast zu den deutlich geringer werdenden Chancen ihrer Realisierung am Arbeitsmarkt. Die Jugendlichen wünschen sich eine Erwerbstätigkeit und müssen zunehmend befürchten, arbeitslos zu werden. Darin liegt der größte politische Zündstoff. Vorrangig ist deshalb eine Arbeitsmarktpolitik erforderlich, die dafür sorgt, daß allen Jugendlichen berufliche Einstiegschancen und Perspektiven gegeben werden. Dabei ist es auch notwendig, ein Kontingent an weniger qualifizierten Tätigkeiten zu sichern bzw. zu schaffen, um den Anteil von unzureichend qualifizierten und teils nur begrenzt qualifizierbaren Jugendlichen in unserer Gesellschaft, die bei fortschreitender Rationalisierung dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt herausfallen, möglichst gering zu halten. Entsprechende Initiativen sind bislang nicht erkennbar.

Arbeit wird auch in Zukunft knapp sein und nicht für alle Arbeitsuchenden ausreichen. Das ist seit langem bekannt. Trotzdem werden bislang keine ernstzunehmenden Modelle für eine Neuverteilung von Arbeit entwickelt oder gar praktiziert. So wäre z.B. ein Teil der Erwerbstätigen durchaus bereit, im Laufe des Erwerbslebens zeitweise reduziert zu arbeiten und zwar bei entsprechend reduziertem Einkommen. Auch die Nachfrage vieler Frauen nach Teilzeitarbeit (nicht nach "Halbtagsjobs") in der Familienphase geht in diese Richtung. Sie wird seit Jahrzehnten unzureichend berücksichtigt. Immer noch dominiert im Erwerbsleben das eine Muster des über sein gesamtes Berufsleben hinweg voll erwerbstätigen Arbeitnehmers. Hier muß endlich flexibler gedacht und vor allem auch gehandelt werden. Stattdessen beharren Gewerkschaften einseitig auf ihren traditionellen Forderungen nach Lohnerhöhungen für diejenigen, die Arbeit haben, und planen Arbeitgeber eine erneute Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeiten. Seitens der Politik sind keine konkreten Signale erkennbar.

Hier liegen die gravierenden Widersprüche, mit denen sich die junge Generation nicht arrangieren wird.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 4-12

Jenseits von links und rechts

Das bunte Bild der Jugendforschung – zehn Jahre nach der Vereinigung

Hans-Joachim Veen

In der Jugendforschung ist es Mode geworden, jugendliche Extrempositionen, Pessimismus, Zukunftsangst, politischen Radikalismus und Gewaltbereitschaft in den Vordergrund zu heben, auch wenn nur kleine Minderheiten dafür stehen. Demgegenüber soll hier in aller Kürze ein Gesamtbild jugendlicher Einstellungen, Problemsichten, Orientierungen und Verhaltensweisen auf der Grundlage vor allem der großen Jugenduntersuchungen der letzten Jahre skizziert werden, das sich an den großen Mehrheiten orientiert und damit viel mehr undramatische Normalität unter Jugendlichen sichtbar macht, als häufig unterstellt wird.

Als die "skeptische Generation" charakterisierte Helmut Schelsky 1957 die Jugend in Deutschland und beschrieb damit für die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik eine Generation zwischen 15 und 25 Jahren, die sich in einer zeitlich klar bestimmbar Phase der Vorbereitung auf ihr Erwachsenenendasein befand. Jugend, das war eine fragende und zweifelnde und vor allem überschaubare und zeitlich klar begrenzte Statuspassage im Übergang zur wirtschaftlich und gesellschaftlich selbständigen Erwachsenenpersönlichkeit. Jugend war mithin eine Phase, die man möglichst bald hinter sich lassen wollte, um die Privilegien des Erwachsenenendaseins genießen zu können.

Dies alles ist heute keineswegs mehr der Fall. Jugend läßt sich nicht mehr auf eine klar abgrenzbare Periode zwischen Kindheit und Erwachsensein reduzieren und sie ist auch nicht auf einen eine ganze Generation prägenden Begriff zu bringen. Aus der skeptischen Generation der 50er ist eine vielfältig differenzierte, hochgradig heterogene und nicht zuletzt distanzierte Jugend geworden. Zugleich hat sich die Jugendphase nach oben und unten fortschreitend verlängert. Eigenständigkeit und innere Ablösung vom Elternhaus beginnen früher, zugleich wird der Weg in die Selbständigkeit und das Erwachsenenleben länger, von der verspäteten wirtschaftlichen Selbständigkeit ganz zu schweigen. Der Adoleszenzphase zwischen etwa 15 bis 25 wurde die Frühadoleszenz ab etwa zwölf Jahren vorangestellt und gleichzeitig die Post-Adoleszenzphase bis etwa 30 hinzugefügt. Die Verlängerung der Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungszeiten, das sogenannte "Bildungsmoratorium", verbunden mit einer sich verschärfenden Arbeitsmarktlage, haben den Eintritt in das Erwachsensein fortschreitend hinausgeschoben.

Viele Fehlinterpretationen

Die Jugendphase erscheint heute praktisch entgrenzt. Die Jugendforschung hat sich demzufolge auch nie auf eine eindeutige quantitative und qualitative Abgrenzung der Jugendphase verständigen können. In der empirischen Jugendforschung reicht die Altersspanne, aus denen die Stichproben gezogen werden, gegenwärtig von 12 bis 29 Jahren. Dies erschwert die Vergleichbarkeit von Jugendstudien, führt zur statistischen Einebnung sehr unterschiedlicher Zwischenphasen etwa der 12- bis 16jährigen und der 25- bis 29jährigen und leistet so vielerlei Fehlinterpretationen Vorschub. Wer die Befunde empirischer Jugendstudien angemessen einschätzen will, muß deshalb als erstes die Stichprobe in ihrer Repräsentativität und in ihren Altersgruppen in den Blick nehmen. Nur die Wahlforschung ist über Jahrzehnte konsequent geblieben. Sie definiert Jungwähler seit den frühen 70er Jahren als 18- bis einschließlich 24jährige und unterscheidet hiervon noch einmal die Erstwähler zwischen 18 und 21 Jahren.

Die Verlängerung der Jugendphase bewirkt, daß die Übergänge immer fließender werden und nicht zuletzt, daß die Jugendlichen sich immer weniger an der Erwachsenenwelt orientieren, sondern vor allem nach innen, an Gleichaltrigen und Freundeskreisen. Ihre Orientierungen, Verhaltensweisen und Lebensstile entwickelt die Jugend verstärkt aus sich selber heraus und zunehmend vielfältiger. Weniger denn je kann von *der Jugend* gesprochen werden, Jugend gibt es nur im Plural. Das gilt, einem alten Vorurteil zum Trotz, auch in parteipolitischen Hinsicht. Die Jugend ist politisch-ideologisch weithin nicht festgelegt, sie ist weder links noch rechts – statt dessen herrscht große Distanz gegenüber allen Parteien vor. Bei den Bundestagswahlen 1998 wählten nur noch knapp zehn Prozent der Jungwähler die Grünen, in den 80er Jahren waren es noch gut 15 Prozent. Die CDU wurde 1998 von rund 30 Prozent der Jungwähler gewählt, die SPD von 35 Prozent, FDP und PDS von jeweils etwa sechs Prozent. Wie flexibel und wie wenig fixiert die Jungwähler in ihren politischen Präferenzen seit jeher sind, zeigt auch ein Blick auf die früheren Bundestagswahlen. In den 50er und 60er Jahren waren CDU/CSU fast durchweg die stärkste Partei bei Jungwählern, in den 70er Jahren dominierte die SPD bei den 18- bis 24jährigen, in den 80er Jahren und bei den ersten beiden gesamtdeutschen Wahlen 1990 und 1994 lagen beide Parteien dann fast gleichauf, 1990 die Union knapp vor der SPD, 1994 war es umgekehrt. Der Jungwähleranteil der FDP schließlich schwankte bei den vergangenen Bundestagswahlen in der Regel zwischen sechs und elf Prozent.

In der Jugendforschung ist es Mode geworden, jugendliche Extrempositionen (so z.B. in den früheren Shell-Studien), Pessimismus, Zukunftsangst, politischen Radikalismus und Gewaltbereitschaft in den Vordergrund zu heben, auch wenn nur kleine Minderheiten dafür stehen. Das sichert öffentliche Aufmerksamkeit und setzt die Betroffenheitsrituale der Politik und der einschlägigen sozialen Verbände in Gang. Demgegenüber soll hier in aller Kürze ein Gesamtbild jugendlicher Einstellungen, Problemsichten, Orientierungen und Verhaltensweisen auf der Grundlage vor allem der großen Jugenduntersuchungen der letzten Jahre skizziert

werden, das sich an den großen Mehrheiten orientiert und damit viel mehr undramatische Normalität unter Jugendlichen sichtbar macht, als häufig unterstellt wird. Zur Normalität jugendlicher Einstellungen gehört freilich auch ihre häufige Widersprüchlichkeit, das "Sowohl-als-auch" von Sichtweisen, Orientierungen und Wünschen. Vor allem aber gehört dazu eine ganz überwiegend optimistische Einschätzung der persönlichen Zukunft und darüber hinaus der gesellschaftlichen Zukunft der Bundesrepublik.

Unterschiede zwischen Ost und West?

Dies gilt mit allerdings deutlichen Unterschieden für die Jugendlichen in West- und in Ostdeutschland. Zehn Jahre nach dem Mauerfall steht die Jugendanalyse in Deutschland demnach unter einer doppelten Fragestellung: Wo steht die Jugend, an welchen Werten orientiert sie sich, welche Lebensziele verfolgt sie, wie ist sie in das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik integriert? Und: Wie unterschiedlich oder wie ähnlich sind sich die ost- und westdeutschen Jugendlichen in ihren Lebenshaltungen, Wertorientierungen und Systemeinschätzungen? Hierzu können nachfolgend nur einige kategoriale Befunde der empirischen Jugendforschung der letzten Jahre skizziert werden.

Ob junge Menschen mit ihrer gegenwärtigen Lage zufrieden sind und positiv in die Zukunft schauen, hängt vor allem von der Frage ab, ob sie einen sicheren Arbeitsplatz haben oder mit einem solchen rechnen können. *Jugendarbeitslosigkeit* bedeutet für die Betroffenen in erster Linie Perspektivlosigkeit und dies in einer Phase, in der junge Menschen sich und ihre Fähigkeiten im System entfalten und erproben wollen. Deshalb ist es naheliegend, den Faktor Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit für die Lebenszufriedenheit und für die politischen und wirtschaftlichen Einstellungen und Verhaltensweisen der Jugendlichen hoch zu veranschlagen. Arbeit trägt nicht nur zum Selbstwertgefühl, sondern wesentlich auch zur Integration in das System bei. Der Zustand der Arbeitslosigkeit wirkt demgemäß tendenziell desintegrierend und entfremdend, fördert Systemunzufriedenheit, Politikverdrossenheit, Freisetzung krimineller Energien und extremistischer Positionen und Aktivitäten. Da sich die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den neuen Ländern von den westdeutschen immer noch gravierend unterscheiden und die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland fast doppelt so hoch wie in den alten Ländern ist, bleibt dieses Moment für die Wahrnehmung der eigenen Lage maßgeblich. Etwa 16 Prozent der jungen ostdeutschen Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren sind ohne Arbeit. Vor diesem Hintergrund ist es fast erstaunlich, daß dennoch auch die meisten ostdeutschen Jugendlichen optimistisch in die Zukunft blicken. Steigende Skepsis ist dennoch unverkennbar. Gerade bei den älteren Jugendlichen nimmt die Zahl derer, die eher zuversichtlich in ihre persönliche Zukunft sehen, deutlich ab. Politische und persönliche Wertorientierungen werden davon betroffen.

Vor diesem Hintergrund ist es fast erstaunlich, daß dennoch auch die meisten ostdeutschen Jugendlichen optimistisch in die Zukunft blicken. Steigende Skepsis ist dennoch unverkennbar

In ihren *politischen Wertorientierungen und Einschätzungen* zeigen die Jugendlichen trotz allem eine bemerkenswerte Stabilität. Nach wie vor befürworten die jungen Menschen die *Einheit* und sehen in der Mehrheit ihre Erwartungen als erfüllt an. Je besser ihr Schulabschluß und ihre Ausbildung sind, um so mehr sind sie mit der Einheit zufrieden. 76 Prozent der ostdeutschen Hochschulabgänger stehen 20 Prozent der jungen Arbeitslosen entgegen, die ihre persönlichen Erwartungen an das geeinte Deutschland als erfüllt ansehen. So verwundert es nicht, daß für die ostdeutschen Jugendlichen die soziale Sicherheit eine herausragende Rolle einnimmt, nicht aus ideologischer Vorprägung im DDR-Sozialismus, sondern angesichts realer Probleme. Fast die Hälfte der Jugend aus den neuen Ländern glaubt, daß ihre soziale Absicherung vor der Wende besser war. Probleme der Existenzsicherung schieben sich damit in den Vordergrund und relativieren die prinzipielle Befürwortung der Einheit und des demokratischen Systems. Nicht umsonst betrachten etwa 40 Prozent aller Ostdeutschen den "sozialen Gedanken" als wichtigstes Ideal der Zukunft. Es zeigt sich also sehr deutlich, daß zwischen prinzipieller Zustimmung zur Vereinigung und der kritischeren Einschätzung von sozio-politischen Einzelaspekten, die die eigene Biographie und die eigenen konkreten Lebensumstände ganz unmittelbar betreffen, unterschieden werden muß.

Gleiches gilt für die Einschätzung der *Demokratie*. Es besteht ein deutlicher Unterschied zwischen der Grundeinstellung zur Demokratie als Regierungs- und Staatsform, ihren Prinzipien und Spielregeln auf der einen Seite und der Zufriedenheit mit ihren gegenwärtigen Leistungen, ihrem politisch-ökonomischen "Output" für den einzelnen auf der anderen Seite. In den politischen und systembezogenen Wertorientierungen ist zunächst eine fundamentale Übereinstimmung zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen festzustellen: nämlich in der hochgradigen Akzeptanz der Prinzipien und Spielregeln der westlich-parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik, die im Osten nur geringfügig schwächer ausgeprägt ist als im Westen. Starke Zustimmung zur Idee der Demokratie äußern etwa 90 Prozent der westdeutschen und mehr als 80 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen. Der politische Grundkonsens über die Prinzipien und Spielregeln der Verfassung ist auch in der ostdeutschen Jugend weithin gegeben.

Massive Unzufriedenheit

Gleichwohl ist in den neuen Ländern das Vertrauen in die *politischen und gesellschaftlichen Institutionen* etwas geringer als in den alten. Anscheinend wirkt in dieser Distanz und diesem Mißtrauen das alte System mit seinem Herrschaftsapparat in der Negation noch nach. Dabei muß man zwischen solchen Institutionen, die eher parteipolitisch und interessenmäßig

bestimmt sind (wie Bundestag, Regierung, Parteien, Kirchen und Gewerkschaften), und den Institutionen der Justiz (Polizei, Gerichte) unterscheiden. Letztere genießen im geeinten Deutschland unter Jugendlichen ein deutlich höheres Ansehen als die ersteren. In Hinblick auf das gegenwärtige Erscheinungsbild der Demokratie in politisch-partizipatorischer Hinsicht aber herrscht unter den Jugendlichen massive Unzufriedenheit, die sich in verbreiteter Skepsis gegenüber den Parteien und ihren Repräsentanten dokumentiert. Mehr als zwei Drittel der Jugendlichen aus den neuen Ländern haben kein Vertrauen in politische Parteien – in den alten sind es etwas weniger. Nur etwa zehn Prozent der Jugendlichen aus den neuen und etwa 20 Prozent der Jugendlichen aus den alten Ländern finden eine Partei, von der sie ihre Interessen vertreten sehen. Die Jugendlichen nehmen den Politikbetrieb, die Parteien und die Politiker weit von ihren eigenen Wünschen, Interessen und Bedürfnissen entfernt wahr. Zudem erscheint ihnen die Politik von den Interessen der Wirtschaft dominiert und darum unüberschaubar und unbeeinflussbar. Aus diesem Grund werden Parteien und Politiker unterschiedlicher Couleur auch nur wenig differenziert voneinander wahrgenommen und ganz pauschal als wenig glaubwürdig angesehen.

Dies führt dazu, daß Jugendliche auch bei den als wichtig angesehenen Themen – wie Arbeitslosigkeit und Gewalt – selbst bei Regierungswechseln kaum Veränderungen oder Verbesserungen erwarten. Bei alledem ist die Abneigung gegen die Parteien nicht mit Desinteresse an Politik und Mitsprache gleichzusetzen. Die meisten Jugendlichen glauben von sich, über Politik gut informiert zu sein und erklären die Bereitschaft zur politischen Aktivität vor allem in nicht-institutionellen Partizipationsformen (Bürgerbewegungen, Initiativen, soziale Vereinigungen). Allerdings bleibt das vorstellbare Engagement in den vielfältigen Bewegungen, den Menschenrechts-, Friedens- und Umweltorganisationen weit hinter dem faktischen zurück. So geben etwa 84 Prozent der Jugendlichen an, Aktivitäten im Umweltschutzbereich für gut und wichtig zu halten, doch nur 20 Prozent bezeichnen sich de facto als aktiv; für die Friedensbewegung halten 40 Prozent aktive Unterstützung für wichtig, doch nur drei Prozent engagieren sich tatsächlich. Es sind also keineswegs nur die politischen Parteien, die um Akzeptanz und Unterstützung werben müssen, alle gesellschaftlichen Organisationen sind betroffen. Bevorzugt wird die Mitwirkung in möglichst unorganisierter, spontaner, punktueller Form, um sich nicht über längere Zeit hinweg verpflichtend festlegen zu müssen – antiinstitutionelle Affekte sind weit über den politischen Bereich hinaus ausgeprägt.

Gewaltphänomen erzeugt Unbehagen

Auch in den *Extremismusp*otentialen und in der *Gewalt*bereitschaft weisen junge West- und Ostdeutsche fast dieselben Quoten auf. Mehr als 90 Prozent der westdeutschen und mehr als 80 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen lehnen Rechtsradikalismus strikt ab. Rechtsradikale sind also weit davon entfernt, hoffähig zu sein. Dennoch sind gerade Perspektivlosigkeit,

Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und politische Entfremdung der Nährboden, auf dem politischer Protest und Extremismus wachsen können. So ist es kein Zufall, daß 13 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen mit geringer oder mittlerer Ausbildung und darum schlechteren Berufschancen der Meinung sind, daß es Probleme in Deutschland gibt, die nur von rechtsextremen Parteien richtig angepackt werden. Aber die in den Medien spektakulär präsentierte gewalttätige Jugend läßt sich empirisch als Massenphänomen nicht nachweisen. Die Quoten für manifestes illegales Verhalten liegen unter fünf Prozent, die Bereitschaft dazu unter zehn Prozent, gleichermaßen in West- und Ostdeutschland. Sehr wohl aber registriert die ost- und westdeutsche Jugend Gewalt als ein gesellschaftliches Phänomen, durch das sie sich selbst bedroht fühlt. Mehr als 60 Prozent der Jugendlichen sehen sich heute unmittelbarer mit Gewalt konfrontiert als früher. Gerade Jugendliche in den neuen Bundesländern thematisieren dieses Unbehagen und trauen dem Staat auch in dieser Frage wenig Problemlösungskompetenz zu.

In Fragen der persönlichen und berufsbezogenen Lebensziele und Wertorientierungen ist bis auf wenige Abweichungen am eindeutigsten von *einer* Jugend in Deutschland zu sprechen. Das hohe Maß an Gleichartigkeit der Meinungen, Einstellungen, Wertschätzungen und Verhaltensweisen der jungen Deutschen in West- und Ostdeutschland läßt sich gerade in diesem Bereich in frappierendem Ausmaß nachweisen und widerlegt die immer wieder bemühte These des mentalen Auseinanderdriftens zwischen Ost und West. Bei einigen der zentralen Lebensorientierungen gab es, wie der Vergleich mit älteren Jugenduntersuchungen in der DDR zeigt, bereits lange vor der Vereinigung Parallelentwicklungen, beispielsweise in den individuellen Lebenszielen und Lebensstilen. Es dokumentiert sich damit ein Prozeß, der die ostdeutsche Jugend schon Mitte der 80er Jahre dem DDR-Sozialismus fortschreitend entfremdet hat und Werte wie die Selbstbestimmung, Freiheit, eigene Lebensgestaltung, Unabhängigkeit ebenso wie individuellen Lebensgenuß höher bewertet, als staatlich verordnete Gemeinschaftsziele. Damit wurde eine Entwicklung nachgeholt, die sich im Westen bereits in der "silent revolution" der 70er Jahre als Reflex auf die Wohlstandsgesellschaft vollzog.

Die westliche Gesellschaft wirkte also, gerade in ihren "*postmateriellen*" Orientierungen zielgebend für den Osten. *Selbstentfaltung* und neue Wege rangieren demgemäß in der Skala der Wertorientierungen vor den sogenannten "materiellen", d.h. traditionellen Pflicht- und Akzeptanzwerten. Das Leben selbständig und eigenverantwortlich zu gestalten, betrachten daher etwa 80 Prozent der ost- und westdeutschen Jugendlichen als ein vorrangiges Lebensziel, das sie für realisierbar halten. In den Lebensgrundstimmungen überwiegen vor diesem Hintergrund in beiden Jugendbevölkerungen die optimistischen Töne, wenn auch unter ostdeutschen Jugendlichen unter dem Eindruck von Arbeitslosigkeit in geringerem Maße. In der Gruppe der 14- bis 27jährigen sind es 86 Prozent der Westdeutschen und 73 Prozent der Ostdeutschen, die optimistisch in ihre Zukunft blicken. Die Quoten für Pessimismus und Angst liegen dagegen beiderseits unter 16 Prozent. In den persönlichen Lebensbereichen, in der

Wertschätzung von Familie und Freizeit, gibt es – wie bei dem Wunsch nach Selbstbestimmung – keine großen Unterschiede.

Die Einstellungen zur Elternfamilie als auch zur eigenen Familiengründung zeigen eine deutlich positive Linie unter west- und ostdeutschen Jugendlichen. Ein gewisser Nachhall aus dem sozialistischen System früherer Jahre könnte sein, daß die Familie, Eltern und Geschwister als Bezugspunkt, aber auch als Lebensziel für die ostdeutschen Jugendlichen einen noch höheren Stellenwert haben als für die westdeutschen. Ostdeutsche Jugendliche bleiben auch aus diesem Grunde immer noch länger und lieber an das Elternhaus gebunden als ihre westdeutschen Altersgenossen. In beiden Jugendbevölkerungen herrscht der Wunsch nach früher partnerschaftlicher Bindung – bei den Ostdeutschen darüber hinaus zu frühzeitiger Eheschließung und Elternschaft – vor. 70 Prozent der ost- und westdeutschen Jugendlichen wünschen sich ein glückliches Familienleben mit Kindern. Partnerschaft, Kinder und Treue bleiben maßgebliche Lebensziele. In der Lebensplanung wird die lebenslange Kombination von Familie und Beruf von allen Jugendlichen, besonders von den jungen Frauen angestrebt, auch hier wiederum von den ostdeutschen Frauen noch stärker als von westdeutschen.

Gut gerüstet für das Zeitalter der Umbrüche

Auch in Hinblick auf *Ausbildung, Beruf, Arbeitsleben* und Arbeitsmotivation gibt es vielfache Übereinstimmungen. Die positive Arbeitsorientierung hat sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern Tradition. Nahezu alle Jugendlichen in Ost und West sehen in einer sie erfüllenden Arbeit ein zentrales Lebensziel. *Leistungsbereitschaft*, Karriere und guter Verdienst rangieren bei den ostdeutschen Jugendlichen noch höher als bei westdeutschen. 70 Prozent der westdeutschen Jugendlichen und fast 80 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen glauben, daß sich mit Fleiß die Berufschancen verbessern lassen. Andererseits schlägt sich die akut schwierige Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern – wie schon skizziert – bei ostdeutschen Jugendlichen in einer Reihe von kritischen Beurteilungen nieder. Auf der einen Seite ist die ostdeutsche Jugend besonders leistungsmotiviert, auf der anderen Seite leidet sie unter dem besonderen Druck, der von der Arbeitsmarktlage ausgeht. Allerdings möchte sich die Jugend nicht allein von Erfolg und Geld bestimmen lassen, immaterielle, soziale und moralische Werte wie gesellschaftlicher Nutzen und Sinnerfüllung sind ihr auch in der Arbeitswelt wichtig.

Wie kaum eine Jugendgeneration vor ihr ist, wenn ich es richtig sehe, diese Jugend einem Veränderungsdruck in der Endphase des traditionellen Sozialstaats ausgesetzt, der die ganze Solidarität der älteren Generationen verlangt, beginnend mit der Reform tiefsitzender sozialstaatlicher Mentalitäten und realitätsferner Beharrung auf alten Ansprüchen

Die skizzierten politischen, persönlichen und berufsbezogenen Wertorientierungen beschreiben eine Jugend, die mühelos in der Lage ist, durchaus widersprüchliche Lebensziele zu verfolgen. Einerseits suchen sie in den nicht kalkulierbaren Transformationsprozessen soziale Sicherheit und sind bereit, sich dafür auch in die Pflicht nehmen zu lassen, andererseits soll es auch Spaß machen, Genuß und Befriedigung bringen. Diese Tendenzen zu einem unbefangenen "Sowohl-als-auch" werden zu Recht als "Wertesyntese" (Klages) bezeichnet.

Am Ende dieses kursorischen Überblicks ist der bemerkenswerteste Befund, wie ähnlich die Großtrends in Richtung westlicher Deliberation und Jugendkultur in West- und Ostdeutschland laufen, ein wie hohes Maß an Annäherung bis zur Gleichartigkeit in Orientierung und Einschätzungen unter den jungen Deutschen in West- und Ostdeutschland bereits besteht – allen höchst unterschiedlichen Sozialisationen in fundamental entgegengesetzten politischen und wirtschaftlichen Systemen zum Trotz. Von mentalen Klüften, diametral entgegengesetzten Welt- und Politiksishten und nachhaltigen tiefen Prägungen durch den Sozialismus kann ausweislich der empirischen Jugendforschung keine Rede sein. *Eine* Jugend in Deutschland ist bei nüchterner empirischer Betrachtung nicht nur eine politische Wunschvorstellung, sondern weithin bereits Realität. Wagt man bei allen Vorbehalten gegen Kategorisierungen gleichwohl eine zugespitzte Charakterisierung, könnte die Jugend am Ende dieses Jahrhunderts am ehesten als distanziert, unorthodox, offen und flexibel bezeichnet werden. Vielleicht sind dies nicht die schlechtesten Eigenschaften, um sich und seine Zukunft in einer Zeit rasanter Umbrüche und radikaler Entgrenzungen traditioneller orientierungsstiftender Rahmenbedingungen kommunikativ, ökonomisch, politisch, gesellschaftlich zu bestimmen.

Wie keine Vorgängergeneration der Nachkriegszeit wird diese Jugend nicht nur unter Globalisierungsbedingungen leben müssen, sie wird vor allem die jahrzehntelang funktionierenden sozialstaatlichen Sicherheiten nicht mehr vorfinden, die über viele Generationen wirksam waren, statt dessen ihre soziale Sicherung eigenverantwortlich in die Hand nehmen müssen und damit den wohl tiefgreifendsten Bruch in der deutschen Nachkriegsgesellschaft bewältigen müssen. Wie kaum eine Jugendgeneration vor ihr ist, wenn ich es richtig sehe, diese Jugend einem Veränderungsdruck in der Endphase des traditionellen Sozialstaats ausgesetzt, der die ganze Solidarität der älteren Generationen verlangt, beginnend mit der Reform tiefsitzender sozialstaatlicher Mentalitäten und realitätsferner Beharrung auf alten Ansprüchen. Weniger als ihre Elterngeneration wird die Jugend von heute ihr Heil nicht mehr im Staat und seiner vormundschaftlichen Betreuung sehen können, sondern in gelebter Eigenverantwortlichkeit mit mehr Freiheit und mehr Risiko im eigenen Leben. Sie hierzu zu ermutigen und hierauf vorzubereiten, gehört zu den großen Zukunftsaufgaben von Bildung und Erziehung. Prädisponiert dafür ist diese Jugend: offen, distanziert, unorthodox, nicht festgelegt, kritisch gegenüber politischer und wirtschaftlicher Macht und bei alledem ganz überwiegend zuversichtlich, ihr Leben meistern zu können.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 12-21

Bürgergesellschaft ohne Nachwuchs?

Zum Interesse der Jugend an Demokratie und Politik.

Martina Gille

Als zentrale Indikatoren für das Verhältnis des jungen Bürgers zum demokratischen Staat sollen in diesem Beitrag das politische Interesse sowie der Stellenwert von Politik im Kontext anderer Lebensbereiche genauer betrachtet werden. Weiterhin sollen die Einstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener zur Demokratie und zum Sozialismus im Zeitverlauf dargestellt werden, sowie die Bereitschaften Jugendlicher, sich in etablierten politischen Institutionen sowie in eher informellen Partizipationsformen zu beteiligen.

Angesichts der Finanzkrisen der modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten wird in vielen wissenschaftlichen und politischen Diskussionen die Idee der Bürgergesellschaft als eine Möglichkeit propagiert, das verlorengegangene Engagement der Bürger für die Gemeinschaft konstruktiv wiederzubeleben. Eine aktive Bürgergesellschaft versucht, das individuelle Bestreben nach Selbstverwirklichung und das bürgerschaftliche Engagement in ein neues Verhältnis zu setzen. Sie begreift Individualismus und Gemeinschaftsbezogenheit nicht als sich notwendigerweise ausschließende Alternativen und unterstützt auch gerade jene neuen Formen des Bürgerengagements, die weniger von einem traditionellen Pflichtethos getragen werden als von selbstentfaltungsbezogenen Werten (Klages 1998). Sie gründet auf Werten der Solidarität, der Demokratie und politischen Partizipation.

In den öffentlichen Debatten der letzten Jahre wurde den Bürgern und insbesondere den Jüngeren unter ihnen häufig ein distanziertes Verhältnis zur Gesellschaft und ihren politischen Institutionen zugeschrieben. Und es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es den ostdeutschen Jugendlichen trotz unterschiedlicher Sozialisationserfahrungen und angesichts eines schwierigen Transformationsprozesses gelingen kann, sich auf die neuen politischen Institutionen und demokratischen Werte einzulassen. Die öffentliche Diskussion neigt zwar dazu, das Verhältnis Jugendlicher zur Politik zu pessimistisch zu sehen, sie weist aber auch auf einen sensiblen Punkt demokratischer Gesellschaftsordnungen hin. Demokratien sind in besonderem Maße auf eine Unterstützung durch ihre Bürger angewiesen und gerade auch angesichts knapper öffentlicher Mittel auf ein Mehr an ehrenamtlicher Mitarbeit. Dem politischen Interesse und Engagement der jungen Generationen kommt dabei besondere Bedeutung zu sowohl hinsichtlich der Legitimität als auch in bezug auf die Problembewältigungskapazitäten demokratischer Gesellschaften.

Der Stellenwert von Politik im Leben Jugendlicher

Das Interesse an Politik und die subjektive Bedeutung von Politik sind Voraussetzungen für ein politisches und gesellschaftliches Engagement (vgl. Gille u.a. 1998). Welchen Stellenwert Politik für Jugendliche hat und wie das politische Interesse im Kontext anderer Lebensbereiche wie etwa Partnerschaft, Beruf, Freizeit und Freunde im Jugendalter einzuschätzen ist, diese Problemstellung wird in der Forschung mit der Frage nach der subjektiven Wichtigkeit von Lebensbereichen zu beantworten versucht.

Im Jugendsurvey 1992 und 1997 wurden den Befragten (im Alter von 16 bis 29 Jahren) jeweils 10 Lebensbereiche zur Beurteilung vorgelegt. Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts ist ein Instrument zur Dauerbeobachtung der politischen Orientierungen Jugendlicher. Basis für diese Dauerbeobachtung sind regelmäßige repräsentative Umfragen bei deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 29 Jahren. Die ersten beiden Wellen des Jugendsurveys waren 1992 und 1997 mit jeweils ca. 7000 Befragten im Feld.

Betrachtet man die Wichtigkeiten der verschiedenen Lebensbereiche im Überblick, so zeigen sich für ost- und westdeutsche Befragte und für beide Erhebungszeitpunkte nahezu übereinstimmende Prioritätensetzungen. Freizeit und Freunde sind für die jungen Menschen am wichtigsten. Hier erhalten wir in West und Ost Werte von 90 Prozent und mehr. Beruf, Schul/Berufsausbildung, Partnerschaft sowie schließlich auch eigene Familie und Kinder haben einen hohen Stellenwert für junge Menschen mit Nennungen zwischen ca. 70 und 90 Prozent. Kultur liegt mit Häufigkeiten von 40 Prozent im Westen und 46 Prozent im Osten deutlich unter der hohen Wertschätzung der eher privaten Lebensbereiche. Der Lebensbereich Politik hat mit Anteilswerten von 42 Prozent im Westen und 37 Prozent im Osten nur noch relativ geringe Bedeutung. An letzter Stelle steht schließlich der Lebensbereich Religion mit Werten von 26 Prozent in den alten und 13 Prozent in den neuen Bundesländern.

Die randständige Bedeutung von Politik für Jugendliche hängt sicherlich auch mit den besonderen Entwicklungsaufgaben des Jugendalters zusammen. Gegenüber dem Erwerb von Schul- und Berufsqualifikationen, der Ablösung vom Elternhaus und dem Aufbau von Partnerschaften, die für die Jugendlichen unmittelbar relevant sind, erhält der Lebensbereich Politik nur eine nachgeordnete Bedeutung. Die geringste Wichtigkeit hat Politik für die jüngeren Altersgruppen, die 16- bis 19jährigen, ändert sich aber auch in den anschließenden Altersgruppen nicht wesentlich. Zieht man zum Vergleich Befragungsergebnisse mit Erwachsenen heran (ab 30 Jahre), so erweist sich auch hier der Lebensbereich Politik als ähnlich gering bedeutend. Der Politikbereich besitzt also für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen ein kleines Gewicht.

Gegenüber dem Erwerb von Schul- und Berufsqualifikationen, der Ablösung vom Elternhaus und dem Aufbau von Partnerschaften, die für die Jugendlichen unmittelbar relevant sind, erhält der Lebensbereich Politik nur eine nachgeordnete Bedeutung

Ein Vergleich der Ergebnisse zur Lebensbereichsfrage für die beiden Wellen des Jugendsurveys zeigt insgesamt ein sehr stabiles Beurteilungsmuster. Trotzdem lassen sich einige Veränderungstendenzen feststellen. Die Wichtigkeit des Politikbereichs nimmt gegenüber 1992 zwar um 7 Prozentpunkte in den alten und 4 Prozentpunkte in den neuen Bundesländern zu, aber diese Bedeutungszunahme wird relativiert durch eine Aufwertung des Lebensbereichs "eigene Familie und Kinder" um 11 Prozentpunkte in beiden Landesteilen. Neben dem Familienbereich erfahren auch die Bereiche Partnerschaft, Schul-/Berufsausbildung und Beruf 1997 einen leichten Zuwachs, so daß die Differenz zwischen den eher privaten Lebensbereichen auf der einen Seite und der Politik auf der anderen Seite nicht kleiner, sondern sogar etwas größer wird.

Die hohe Wichtigkeit der privaten Lebensbereiche und die relativ geringe Bedeutung des Politikbereichs sind stabile Strukturen 1992 und 1997. Zu beiden Erhebungszeitpunkten beeinflussen soziodemographische Faktoren wie Geschlechts- und Regionszugehörigkeit die Antwortmuster. In den Lebensentwürfen junger Frauen spielen Partnerschaft und eigene Kinder eine größere Rolle als bei ihren männlichen Altersgenossen. Die männlichen Befragten bewerten den Politikbereich etwas höher. Die Bedeutung soziodemographischer Einflußfaktoren zeigt sich jedenfalls und deutlicher noch bei der Frage nach dem Vorhandensein und dem Ausmaß des politischen Interesses.

In der Formulierung "Wie stark interessieren Sie sich für Politik" und mit den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten "sehr stark, stark, mittel, wenig und überhaupt nicht" ist dieser Indikator in beiden Jugendsurvey-Wellen enthalten, so daß Veränderungen zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten 1992 und 1997 ermittelt werden können.

Zeigte sich 1992 noch bei den Jugendlichen in den neuen Bundesländern ein etwas stärkeres Politikinteresse, nämlich 22,3 Prozent gegenüber 20,6 Prozent in den alten Bundesländern, so dreht sich dieses Verhältnis 1997 um: während das politische Interesse in den alten Bundesländern um ca. 5 Prozentpunkte steigt, fällt es um den gleichen Prozentbetrag in den neuen Bundesländern ab. Starkes politisches Interesse bekunden 1997 dementsprechend 24,9 Prozent der westdeutschen und 17 Prozent der ostdeutschen Befragten. In den neuen Bundesländern hat im ersten Jahr nach der Vereinigung das Politikinteresse bei Jugendlichen stark zugenommen, was vor allem auf eine besondere politische Sensibilisierung und Mobilisierung durch die Wende und den Transformationsprozeß zurückgeführt wurde, um dann in den folgenden Jahren abzufallen. 1997 weisen die Ergebnisse des Jugendsurveys bei dieser Frage eher auf ein Auseinanderdriften der Ost- und Westjugend hin.

Geht man der Frage nach, inwieweit bestimmte soziodemographische Gruppen für den konstatierten Trend beim politischen Interesse verantwortlich sind, so zeigen die Daten des Jugendsurveys, daß sich dieser Trend in fast allen Untergruppen (nach Alter, Geschlecht, Bildung) feststellen läßt. Das politische Interesse steigt in allen Gruppen mit dem Lebensalter an (vgl. auch Schneider 1995). Weiterhin ist der Einfluß des Bildungsniveaus in beiden Landesteilen von Bedeutung. Der leichte Anstieg im Westen und der leichte Rückgang im

Osten spiegeln sich in den entsprechend etwas höheren bzw. niedrigeren Niveaus des politischen Interesses in den verschiedenen Bildungsgruppen wider.

Ein weiterer wichtiger Einflußfaktor für die Höhe des politischen Interesses ist die Geschlechtszugehörigkeit. Mädchen und Frauen bekunden ein deutlich geringeres Interesse an Politik als Jungen und Männer. 1992 betrug die Differenz zwischen Männern und Frauen, wenn man die Kategorien "sehr stark" und "stark" zusammenfaßt, im Westen 15 Prozentpunkte (28,0 Prozent der männlichen Befragten im Westen äußerten starkes politisches Interesse, aber nur 12,8 Prozent der Frauen) und im Osten 12 Prozentpunkte (die entsprechenden Prozentwerte bei Männern und Frauen im Osten betrugen 28,4 Prozent und 16,0 Prozent), also existierte eine etwas kleinere Geschlechterdifferenz im Osten. 1997 machen die entsprechenden Differenzen im Westen 14 Prozentpunkte (also Anteilswerte von 31,9 Prozent bzw. 17,5 Prozent) und im Osten 11 Prozentpunkte (also Anteilswerte von 22,3 Prozent bzw. 11,5 Prozent) aus. Damit bleibt der kleine Vorsprung der ostdeutschen Frauen gegenüber den westdeutschen im Hinblick auf ihre Politikinteresse erhalten.

Zusammenfassend läßt sich zu den beiden Indikatoren der subjektiven Relevanz des Politikbereichs sagen, daß die Verortung des Lebensbereichs Politik im Zusammenhang mit anderen Lebensbereichen über einen Zeitraum von 5 Jahren relativ stabile Ergebnisse zeigt, während sich gleichzeitig beim politischen Interesse eine Veränderung konstatieren läßt: Das Politikinteresse bei Jugendlichen im Westen steigt, im Osten hingegen nimmt es ab. Entscheidend für die Auseinandersetzung mit politischen Fragen ist in Ost wie West aber das angestrebte bzw. das erreichte Bildungsniveau.

Einstellungen zur politischen Ordnung

Demokratien sind aufgrund ihres Prinzips der offenen Konfliktaustragung in besonderem Ausmaß auf die Anerkennung gemeinsamer Spielregeln durch ihre Bürger angewiesen. Die Akzeptanz des demokratischen Ordnungsprinzips wurde im DJI-Jugendsurvey mit der Zustimmung zur Idee der Demokratie erfaßt (vgl. Hoffmann-Lange 1995). Da ja gerade für die Jugendlichen in den neuen Bundesländern die Erfahrungen mit dem DDR-Sozialismus zum Teil noch relevant sind, wurde in gleicher Weise die Zustimmung zur Idee des Sozialismus erhoben. Zusätzlich wurden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik und ihrer Zustimmung zum real existierenden Sozialismus in der ehemaligen DDR gefragt.

Zu beiden Erhebungszeitpunkten – 1992 und 1997 – votiert die große Mehrheit der Befragten für die Idee der Demokratie, während die Idee des Sozialismus deutlich weniger unterstützt wird. Dies kann sicherlich als Indiz für eine breite Akzeptanz der demokratischen Ordnung in Deutschland sowohl bei den west- als auch bei den ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewertet werden. Der Anstieg der Demokratieunzufriedenen und die wachsende

Unterstützung der Idee des Sozialismus insbesondere in den neuen Bundesländern können jedoch als Entwicklungen angesehen werden, die möglicherweise nicht ganz unproblematisch sind. Zum einen spiegeln sich hier sicherlich die zum Teil negativen Bilanzen ostdeutscher Jugendlicher im Hinblick darauf wider, was für Vor- und Nachteile ihnen die Vereinigung gebracht hat. Zum anderen erfahren angesichts des schwierigen Transformationsprozesses Werte der sozialen Sicherung und sozialstaatliche Orientierungen im allgemeinen eine Bedeutungszunahme. Der Sozialismus allerdings, so wie er in der DDR praktiziert wurde, wird heute nach wie vor nur von einer Minderheit in einem positiven Licht gesehen.

Partizipationsbereitschaften

Die Teilhabe der Bürger am politischen Prozeß kann als ein zentraler Aspekt demokratischer Ordnungen angesehen werden. Da für Jugendliche viele Partizipationsmöglichkeiten noch nicht relevant sind, weil sie hierfür noch nicht das Lebensalter erreicht haben, wie z.B. beim Wählen, oder weil sich auch noch keine Gelegenheiten in ihrem Alltag ergeben haben (wie z.B. an einer Demonstration oder an einem Streik teilzunehmen etc.), wurden im Jugendsurvey die von den Befragten in Erwägung gezogenen Verhaltensweisen, ihre Verhaltensbereitschaften erfaßt.

Während Ende der 60er bis Ende der 70er Jahre insbesondere bei der jüngeren Generation eine Zunahme unkonventioneller, nichtinstitutionalisierter Partizipationsformen (v.a. Proteste, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen etc.) konstatiert wurde, zeigte sich im Bereich der konventionellen, institutionalisierten Partizipationsformen (wie Wahlbeteiligung, Parteiarbeit) eine abnehmende Beteiligungsbereitschaft. So nimmt beispielsweise die Wahlenthaltung insbesondere bei Jungwählern seit Mitte der 80er Jahre stark zu und auch gerade junge Bürger entwickeln zunehmend schwächere Bindungen gegenüber den etablierten Parteien.

Die Ergebnisse des Jugendsurveys zeigen dagegen für 1992 und 1997, daß "zur Wahl gehen" nach wie vor von der überwältigenden Mehrheit der Jugendlichen als eine zentrale Partizipationsform in Betracht gezogen wird, die sie nutzen würden, um in einer Sache politisch Einfluß zu nehmen: 93 Prozent im Westen und 89 Prozent im Osten wählten 1997 die Antwortvorgabe "kommt für mich in Frage". Betrachtet man nur die wahlberechtigten 18- bis 29jährigen Befragten erhöhen sich die Wahlbereitschaften noch etwas: und zwar auf 93,9 Prozent im Westen und 90,6 Prozent im Osten.

Demgegenüber sind die anderen Formen institutioneller politischer Partizipation, die einen erheblichen persönlichen Einsatz verlangen, wie Parteiarbeit und Übernahme eines politischen Amtes nur für Minderheiten von 14 bis 23 Prozent denkbar, wobei hier im Vergleich zu 1992 die Bereitschaften in den neuen Bundesländern etwas zurückgegangen sind.

Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative bleibt für Jugendliche in West wie Ost nach wie vor wesentlich attraktiver als die Mitarbeit in Parteien: 44 Prozent im Westen und 42 Prozent im Osten erklären hierzu ihre Bereitschaft. Dies ist vergleichbar mit den Ergebnissen von 1992

Neben dem Wählen als klassischer Form politischer Einflußnahme spielen problemorientierte, nicht institutionalisierte Partizipationsformen auch 1997 eine große Rolle bei Jugendlichen. Drei Viertel der Befragten sind bereit, sich an einer Unterschriftensammlung zu beteiligen, fast die Hälfte der Befragten an einem gewerkschaftlich organisierten Streik. Allerdings ist die Streikbereitschaft der ostdeutschen Jugendlichen gegenüber 1992 um 20 Prozentpunkte gesunken. Dies könnte in Zusammenhang stehen mit Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern, wo gewerkschaftliche Zuordnungen und Vertretungen verloren gegangen sind, und natürlich auch allgemein mit der angespannten Arbeitsmarktlage, die ein höheres Streikrisiko bedeuten kann. Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative bleibt für Jugendliche in West wie Ost nach wie vor wesentlich attraktiver als die Mitarbeit in Parteien: 44 Prozent im Westen und 42 Prozent im Osten erklären hierzu ihre Bereitschaft. Dies ist vergleichbar mit den Ergebnissen von 1992.

Die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen ist für ca. 61 Prozent der Jugendlichen im Westen vorstellbar und für 65 Prozent im Osten. Hier war 1992 die Bereitschaft der ostdeutschen Jugendlichen mit 79 Prozent noch deutlich höher (Verlust von 14 Prozentpunkten). Ebenso geht in den neuen Bundesländern die Bereitschaft zurück, sich an nicht genehmigten Demonstrationen zu beteiligen: von 37 auf 31 Prozent, während im Westen diese Partizipationsbereitschaft mit ca. 26 Prozent relativ stabil bleibt. 1992 spiegeln sich in den höheren Demonstrationsbereitschaften der ostdeutschen Jugendlichen sicherlich noch die Mobilisierungseffekte durch die Wende wider.

Der Vergleich der hier vorgestellten Beteiligungsformen über die beiden Erhebungszeitpunkte 1992 und 1997 läßt eine Angleichung der ostdeutschen Jugendlichen an die westdeutschen im Hinblick auf einige ausgewählte Partizipationsformen erkennen, wie die Streikbereitschaft und die Teilnahmebereitschaft an Demonstrationen.

Im Hinblick auf die institutionalisierten Partizipationsformen wie "Mitarbeit in einer Partei" und "Übernahme eines politischen Amtes" äußern die ostdeutschen Befragten 1997 noch geringere Bereitschaften (als 1992 und als die westdeutschen) und distanzieren sich in dieser Hinsicht von den westdeutschen Jugendlichen; nicht eingeschlossen ist hier jedoch die Wahlbereitschaft, die 1992 und 1997 in beiden Landesteilen annähernd gleich hoch ist.

Kein Abdriften in politische Apathie

Wenn man das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Demokratie und ihren Mitsprachemöglichkeiten in der zeitlichen Entwicklung seit der deutschen Vereinigung

betrachtet, so lassen sich die häufig in der Öffentlichkeit geäußerten Befürchtungen, daß die Jugend immer weniger bereit sei, Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen, nicht bestätigen. Jugendliche zeigen im Vergleich zu Erwachsenen zwar etwas geringeres politisches Interesse, aber auch bei den Erwachsenen ist die subjektive Relevanz der Politik, wenn man die Bedeutung anderer Lebensbereiche wie Familie und Beruf mitberücksichtigt, nicht wesentlich höher ausgeprägt als bei den jüngeren Generationen. Zudem läßt sich ein relativ geringes politisches Interesse im Jugendalter nicht umstandslos mit politischer Apathie und Inaktivität gleichsetzen. Jugendliche in beiden Landesteilen zeigen eine hohe Akzeptanz sowohl konventioneller als auch insbesondere unkonventioneller Partizipationsmöglichkeiten. Junge Frauen und Männer gleichermaßen äußern ein starkes Interesse an Aktionsformen, die eher punktuell, zeitlich befristet und unverbindlich sind, wie beispielsweise an Demonstrationen teilzunehmen oder bei Bürgerinitiativen mitzumachen.

Die Jugendlichen in den neuen Bundesländern sind unzufriedener mit der Demokratie in der Bundesrepublik als ihre westdeutschen Altersgenossen und sie zeigen sich auch etwas distanzierter gegenüber der Politik im allgemeinen. Sie weisen damit ganz ähnliche Entwicklungstrends auf, wie sie sich auch bei den erwachsenen Bürgern der neuen Bundesländer finden lassen. Hier kommt wohl zum Tragen, daß der durch die Wiedervereinigung ausgelöste Transformationsprozeß von den neuen Bundesbürgern nicht nur positiv erlebt wird. Die Enttäuschungen und Unzufriedenheiten schlagen sich bei den Befragten in den neuen Bundesländern in einer größeren Skepsis gegenüber der etablierten Politik nieder.

Literatur:

Gille, Martina, Krüger, Winfried, de Rijke, Johann, Willems, Helmut, 1998: Politische Orientierungen, Werthaltungen und die Partizipation Jugendlicher: Veränderungen und Trends in den 90er Jahren. In: Palentien, Christian; Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Jugend und Politik. Neuwied/Kriftel/Berlin: Luchterhand, 2. Auflage, S. 148-177.

Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.), 1995: Politische Grundorientierungen. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen: Leske + Budrich, S. 159-193.

Klages, Helmut, 1998: Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung. In: APuZ, B38/98, S. 29-38

Schneider, Helmut, 1995: Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel. In: Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 275-335.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 22-33

Jugendliche im Abseits?

Roland Eckert

Aggressive Jugendcliquen entstehen häufig aus einer verhängnisvollen Kombination negativer Sozialisationsfaktoren wie Dauerkonflikten in der Familie, Brüchen in Schul- und Ausbildung und damit verbundener Ausgrenzung aus Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Die Ausübung von Gewalt wird zum Kompensationsfaktor für fehlende Integration. Bei den Lösungsansätzen für das Problem müßte zukünftig verstärkt über die Sicherung von Minimalqualifikationen für den Arbeitsmarkt nachgedacht werden.

Das erste Alarmsignal empfing unsere Forschungsgruppe, die Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung e.V. an der Universität Trier, als sie 1993 und 1994 alle Tatverdächtigen auf ihre soziale Lage hin überprüfte, die in der fremdenfeindlichen Gewaltwelle 1992-1994 in der Bundesrepublik polizeilich registriert wurden. Wir stellten fest, daß diese jugendlich, männlich und (in den Begriffen der Bildungsschichtung) eher niedrigqualifiziert waren bzw. mittlere Abschlüsse hatten. Es waren Hauptschüler, Realschüler oder schon im Berufsleben stehende junge Leute, die als angelernte Arbeiter und teilweise als Facharbeiter beschäftigt wurden. Der Anteil der Arbeitslosen unter ihnen war erheblich höher als beim Durchschnitt ihrer Altersgenossen. Dieser Befund bestätigte sich, als wir für eine kleinere Zahl von Probanden die Biographien aus den Gerichtsurteilen rekonstruierten: Überdurchschnittlich viele Täter stammten nicht nur aus gestörten Familien, sondern hatten, im Vergleich zu anderen Jugendlichen dieser Altersgruppen, massive Brüche im Verlauf der Schul- und Berufsbildung erlebt. In einer Vielzahl von Diskussionen mit Schülern unterschiedlicher Schulen im Osten und Westen Deutschlands haben wir feststellen müssen, daß Gewalterfahrung und Fremdenfeindlichkeit am stärksten in Schultypen wie Haupt- und Sonderschule anzutreffen sind und daß die Arbeitslosigkeit, die am Ort der Schule oder im Umfeld der Schüler herrscht, die Einstellung der Schüler zu Zuwanderern negativ bestimmt. Weil die Straftaten gegenüber Fremden aus Cliquen und Banden heraus verübt worden waren, haben wir seit 1995 (mit Unterstützung der Volkswagen-Stiftung im Schwerpunkt "Das Fremde und das Eigene") eine Vielzahl jugendlicher Cliquen mit ausführlichen qualitativen Interviews erforscht. Auch hier trafen wir auf das gleiche Phänomen: Für den Anschluß an aggressive Jugendcliquen sind Dauerkonflikte in den Herkunftsfamilien ein wichtiger Faktor, viele der Befragten sind zudem im Bildungssystem gescheitert; weil sie (fast) keine schulischen oder beruflichen Qualifikationen aufzuweisen haben, gibt es für sie auf dem Arbeitsmarkt wenig Stellenangebote. In ihren Gruppen oder Cliquen verarbeiten sie solche Problemlagen und erzeugen eine für sie positive soziale Identität. Die Gruppen selbst entwickeln dabei ihre Eigendynamik: Je stärker das Wir-Gefühl, ablesbar an der subjektiven Bedeutung der Gruppe

für den einzelnen (wie z.B. "Familienersatz", "... füreinander da sein"), desto mehr werden andere Personen und Gruppierungen abgewertet. Wenn die Gruppe dann als gefährlich eingestuft wird, reduzieren sich die Außenbeziehungen. Das kann wiederum das "Eigene" stärken: Die Abgrenzungsspirale dreht sich, bis die Gruppe möglicherweise am Druck der Außenwelt (z.B. durch Strafverfolgung) zerbricht oder sich auflöst, weil doch noch einige einen Job gefunden haben und die Freundinnen auf den Ausstieg drängen. Die Gruppenrealität hat dann aber vielfach bereits hohe Selbstausgrenzungskosten, z.B. in Form von Vorstrafen, Sucht und gesundheitlichem "Ruin", gefordert. Für einen Teil der Jugendlichen gibt es kaum noch Chancen, den Weg einer "bürgerlichen" Existenz zu gehen.

Waffen sind üblich

Einige Gruppen basieren auf der Radikalisierung ethnischer Zugehörigkeit. Bei den deutschen Skins erzeugt diese ein Superioritätsgefühl, das nicht durch persönlichen Erfolg belegt werden muß; bei den Einwanderern wird die Außenseiterrolle über Gruppenbildung bearbeitet. Bei solchen sich selbst "ethnisierenden" Gruppen ist die Selbstdefinition oft mit Vorstellungen des Reinen verbunden, ablesbar an den gewählten Bezeichnungen für die jeweils von ihnen Ausgegrenzten, z.B. bei rechten Skins, die "stinkende Kanaken" bekämpfen, bei manchen Gruppen türkischer Jugendlichen, die "dreckige Punks" verachten und die Freiheit der deutschen Mädchen zwar nutzen, aber letztlich für ehrlos halten. Wenn ethnische Unterschiede zur Weltanschauung aufgeladen werden, ist Gewalt nicht mehr fern. Der Sinn, den die Gruppe für den einzelnen macht, ist eng mit der Feindschaft verknüpft. Der "Feind" wird aktiv bekämpft und – wenn man sich stark genug fühlt – in seinem Territorium aufgesucht. Für den Kampf wird trainiert, Waffen sind üblich, Revierverletzungen ein Grund für Gewalt. Wenn die Gruppen nicht auf den gleichen Platz angewiesen sind oder zur gleichen Szene gehören, sind klare Revier-Grenzen und ihre Respektierung eine (zumeist die einzige) Möglichkeit, den Krieg abzukühlen. Was sind die Ursachen?

Der Sinn, den die Gruppe für den einzelnen macht, ist eng mit der Feindschaft verknüpft. Der "Feind" wird aktiv bekämpft und – wenn man sich stark genug fühlt – in seinem Territorium aufgesucht

Daß es sich vor allem (aber nicht nur) um männliche Jugendliche handelt, die sich in aggressiven Cliquen zusammenschließen, ist mehrfach bedingt. Psychobiologen werden hier die vergleichsweise höhere Testosteronausschüttung bei Männern ins Spiel bringen. Darüber hinaus können aber auch die Geschlechterrollen bedeutsam werden, die in der Herkunftsschicht der Jugendlichen bestehen und dort polarer definiert sind als in höheren Bildungsschichten. Dementsprechend wäre dann einerseits "Männlichkeit", verstanden als Wirksamkeit außerhalb

der Familie, "beweispflichtiger" und hätten andererseits Frauen eher Möglichkeiten, Selbstwert z.B. in der Familie oder über persönliche Beziehungen aufzubauen.

In der Biographie delinquenter Jugendlicher kann man die ersten negativen Weichenstellungen in der Herkunftsfamilie feststellen. Gewalttätige Konflikte, ambivalente Beziehungen und mangelnde Kontinuität in der Erziehung bestätigen und verstärken sich in der zweiten Phase, d.h. in der Schule, durch Schul- und Ausbildungsabbrüche und führen in der dritten Phase zum Ausschluß aus dem (legalen) Arbeitsmarkt. Wenn die Konflikte in der Familie andauern, kann diese auch wenig zur Lösung der Arbeitsmarkt- und Lehrstellenprobleme der Jugendlichen beitragen. Mit dieser typischen Sequenz im Lebenslauf der einzelnen ist aber nicht erfaßt, wieso es seit zehn Jahren zu dem Anstieg dieser Phänomene kommt. Wir können kaum annehmen, daß die Qualität der Familie in den letzten fünfundzwanzig Jahren so dramatisch abgenommen hat. Es gibt im Grunde nur zwei Erklärungen für diese Entwicklung: entweder existiert eine verstärkte Stimulation durch mediale Gewaltdarstellungen und Werbung für teure "Markenklamotten" seit der Kapitulation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor der Satellitenschüssel – oder es entstehen Konflikte durch die Veränderung in der Lebenslage einer Teilgruppe von Jugendlichen. Da mediale Modelle nicht automatisch und "besinnungslos" übernommen werden, sondern vor allem dann, wenn sie im jeweiligen Lebenszusammenhang "Sinn" machen, sollten wir den strukturellen Veränderungen nachgehen, die für Teile der Jugend bedeutsam werden.

Bildungssystem als Rüttelrost

Die Expansion des Schulsystems seit vierzig Jahren hat nicht nur zu positiven Mobilitätschancen, sondern auch vermehrt zu "Negativkarrieren" geführt. Wenn die Hauptschule immer mehr leistungsfähige Schüler an weiterführende Schulen abgibt, erleben Jugendliche ihren Erfolg und Mißerfolg "hautnah", d.h. nicht als Klassenschicksal, sondern als individuelle Leistung und individuelles Versagen. Das Bildungssystem fungiert als Rüttelrost. Neben erfolgsoversichtlichen Aufsteigern erzeugt es systematisch auch immer mißerfolgsängstliche, depressive oder aggressive Sitzenbleiber oder Absteiger. Die vieldiskutierte Gewalt in den Schulen und ihr Anstieg sind daher vor allem ein Problem an den Hauptschulen, den Sonderschulen und im berufsvorbereitenden Jahr. Aber auch hier sind es nicht alle Hauptschulen, sondern diejenigen, die in einem benachteiligten Einzugsgebiet arbeiten oder bei denen die gute Erreichbarkeit einer als höherwertig eingeschätzten anderen Schulform, insbesondere des Gymnasiums, zur Abwanderung der leistungsfähigeren Schüler führt. Auch andere Schulformen haben dort ihre wachsenden Schwierigkeiten. Wohlgemerkt, dies ist keine Kritik an diesen Schulen, sondern ein Hinweis auf die Probleme, die ihnen aufgeladen werden, weil die leistungsfähigeren und disziplinierten Jugendlichen über die Gymnasien den Hochschulen zugeführt werden. Denn die Zusammensetzung der Schüler ist

der wichtigste Einzelfaktor für die Leistung. Jugenddelinquenz hat nicht viel mit dem sozialen Status der Eltern zu tun, wohl aber mit dem Bildungsstatus der Jugendlichen selbst. Nicht die in der Herkunftsfamilie *bestehende*, sondern die in der schulischen Selektion *entstehende* gesellschaftliche Klassenlage ist offenbar das Problem. Inwieweit Mißerfolg im Schulsystem die Delinquenz oder aber die Delinquenz den Mißerfolg im Schulsystem nach sich zieht bzw. inwieweit familiäre Sozialisationsprobleme für beide mitverantwortlich sind, ist kaum zu klären. Ich vermute: Der Anstieg von Delinquenz ist die Kehrseite der Leistungsgesellschaft.

Die Selektionsprozesse im Schulsystem verweisen zudem auf einen viel grundlegenderen Wandel in der Gesellschaft: die Veränderung, Erhöhung und Spezialisierung beruflicher Anforderungen. Schon chronologisch geht die Zunahme der registrierten Jugenddelinquenz in Deutschland bis 1982 und dann wieder ab 1992 mit erhöhter Jugendarbeitslosigkeit einher. Was sind die Gründe? In den achtziger Jahren hat Mikroelektronik viele der Arbeitsplätze überflüssig gemacht, in denen Menschen mit geringen intellektuellen Fähigkeiten ihre Chancen hatten. Vor dreißig Jahren haben wir Fließbänder verteufelt, heute wären wir gelegentlich froh, wenn wir noch mehr Arbeitsplätze hätten, die nur "niedrige" Qualifikationen erfordern: z.B. "Monotonieresistenz", wie es bei den Arbeitspsychologen etwas zynisch heißt.

Konkurrenz der Niedriglohnländer

Auch die zunehmende weltwirtschaftliche Konkurrenz gefährdet die Stellung immer größerer Bevölkerungsgruppen auf den Arbeitsmärkten in den vormals exklusiven westlichen Industrieländern. Die Zeit der Monopolprofite, die diesen Staaten jahrzehntelang durch die Unterentwicklung des Südens und durch planwirtschaftliche Ineffizienz im Osten zuteil wurden, ist vorbei, und es wäre auch moralisch wenig überzeugend, von den Unternehmen zu verlangen, die Arbeitsplätze nicht (beispielsweise) im Osten Europas zu errichten. Lohnintensive und wenig Qualifikationen voraussetzende Tätigkeiten werden seit langem in Niedriglohnländer verlagert. Darum sinkt die Marktmacht niedriger oder traditioneller Qualifikationen in Westeuropa (Tessaring 1994). Weil ihre Leistung gar nicht nachgefragt wird, haben die betroffenen Gruppen auch politisch wenig Macht. Sie werden ja nicht einmal "ausgebeutet". Anders ausgedrückt: Die heutige wissenschaftlich-technische Zivilisation prämiert höchst spezifische Fähigkeiten, wie Intelligenz, Selbstkontrolle, Anpassungsfähigkeit an wechselnde Situationen und Gruppen usw.; die Fähigkeit, formale Informationen (EDV) zu dekodieren – während andere Fähigkeiten abgewertet werden: Was einmal als Kampfesmut geehrt wurde, gilt heute als Gewaltbereitschaft; Männlichkeit wird zum Machotum; Gruppenstolz zur Fremdenfeindlichkeit. Dieser Kursverlust früherer "Tugenden" legt deren symbolische Aufwertung nahe, wie nicht nur die Studien über Skins und Hooligans gezeigt haben.

Mit dem Mißerfolg in Bildung und Beruf geht die Reduktion der Horizonte von Zeit und Raum einher. Perspektivlosigkeit verursacht Langeweile. Dann aber zählt der Augenblick – wenn er spannend ist –, und es zählen nicht viel Anderes, Späteres und Langfristiges. Das System der Selbstkontrolle, wenn es denn bei den Jugendlichen bestanden hat, wird brüchig. Gleichzeitig wird der Nahraum aufgewertet. Er ist der Garant von Sicherheit. Die Strukturen des Dorfes oder des "Viertels" werden zur symbolischen Ordnung der Welt – ähnlich wie in schriftlosen Gesellschaften.

Hier kann es dann zu einer unheiligen Allianz mit den Erwachsenen kommen, die dem Drohpotential von Jugendbanden eine ordnungsstiftende Funktion für die Nachbarschaft oder die ethnische Community zuweisen. Etablierte Nachbarschaften erzeugen "Gruppencharisma" ("was Besseres sein"), indem sie sich von tatsächlichen oder imaginären Zuwanderern abgrenzen. Der Konflikt spitzt sich zu, wenn Einwanderung schubartig erfolgt und Einheimische mit Zuwanderern um Wohnraum, Arbeitsplatz und Leistungen des Staates und der Kommunen konkurrieren oder zu konkurrieren glauben. Dann können sie in fremdenfeindlichen und rassistischen Bewegungen mobilisiert werden.

Genauso haben Jugendliche aus Einwanderergruppen Gründe, ihre zunehmenden Mißerfolge auf dem Arbeitsmarkt in eigenen Cliques und Banden zu kompensieren und über Gewaltdrohung Respekt oder gar Herrschaft in ihrem Stadtviertel anzustreben. Gewalttätige interethnische Konflikte nehmen zu. Ansprüche auf öffentlichen Raum, Jugendzentren und schließlich auch "Mädchen" sind die Auslöser. Dieser Prozeß läuft allerdings je nach Schicht und Wohngebiet unterschiedlich. Wenn sich ganze Nachbarschaften bedroht fühlen, können die in Schule und Beruf entwerteten Fähigkeiten der jungen Männer wieder zur Geltung kommen: Aus "Schlägern" werden dann "Kämpfer" – die Beifall erhalten, sogar wenn sie Brandsätze werfen. Jugendliche, die sich durch eine fremde Sprache (oder gar einen unverwechselbaren lokalen Dialekt) abgrenzen und "ausweisen" und obendrein auf ethnische Solidarität ihrer Landsleute, insbesondere gegenüber den Kontrollinstanzen der Aufnahmegesellschaft, bauen können, finden oft in den Mafiabanden ihrer Heimatländer Aufstiegschancen, wie sie ihnen im Bildungssystem und im Arbeitsmarkt der Einwanderungsgesellschaft verwehrt bleiben.

Soziale Segregation

Die soziale Segregation, die aufgrund der Bodenpreise in unseren Städten voranschreitet (oder mittlerweile durch die Umnutzung der früheren Truppenstützpunkte für Aussiedler zustande kommt), bietet eine Basis für die Bildung abweichender Gruppenstrukturen. Dieser Prozeß ist in den USA, in Frankreich und Großbritannien sehr viel weiter fortgeschritten. In Deutschland haben wir ein beunruhigendes Forschungsdefizit. Soviel dürfte aber sicher sein: Problemfamilien sammeln sich zunehmend in vernachlässigten Innenstadtbereichen oder Trabantenstädten der sechziger Jahre. Räumliche Segregation versinnbildlicht hier die

gesellschaftliche Desintegration. Wenn abstiegsbedrohte oder absteigende Bevölkerungsgruppen dann noch mit Einwanderern um öffentlichen Raum, um Bildungs- und Berufschancen konkurrieren oder zu konkurrieren glauben, braut sich eine explosive Mischung zusammen. Aktive Jugendliche entwickeln in Cliquen abweichende Techniken der Bewältigung ihres Bedeutungsmangels und setzen sich in Revierkämpfen in Szene. Dies hat massiven Einfluß auf das Geschehen an den betroffenen Schulen. So schlimm die Zustände an den überfüllten Universitäten sind, die heutige Bildungskatastrophe findet – weithin unbeachtet, aber zunehmend gewalttätig – in den multiethnischen Randzonen der großen Städte, den Aussiedlerghettos der Konversionsstandorte und in wirtschaftlich ”abgehängten” Regionen der neuen Bundesländer statt.

All dies bedeutet, daß eine wachsende Zahl von Jugendlichen nicht nur den Mißerfolg in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt psychisch zu verarbeiten hat, sondern demgegenüber zunehmend auch eindrucksvolle Mittel besitzt, um ihr Selbstbewußtsein aufzubauen: durch den Anschluß an eine Clique oder Bande, die sich Respekt zu verschaffen weiß. Dies hat Konsequenzen auch für die Verkehrsformen, die in anderen, weniger benachteiligten Jugendszenen herrschen. Wenn Gewalt einmal erfolgreich eingeführt ist, beginnt sie sich zirkulär selbst zu legitimieren, früher oder später von den Ursprüngen abzulösen und andere friedliche Mittel der Konfliktlösung zu verdrängen. Die Waffen der einen legitimieren die Waffen der anderen. Gewaltdrohung wird in dauerhafte Macht über Territorien konvertiert.

So schlimm die Zustände an den überfüllten Universitäten sind, die heutige Bildungskatastrophe findet – weithin unbeachtet, aber zunehmend gewalttätig – in den multiethnischen Randzonen der großen Städte, den Aussiedlerghettos der Konversionsstandorte und in wirtschaftlich ”abgehängten” Regionen der neuen Bundesländer statt

Wir stehen – so ist zu fürchten – am Anfang einer Entwicklung, die in anderen Ländern sehr viel weiter fortgeschritten ist und bereits zu hohen Kosten durch die Bildung von Slums und die von diesen ausgehende Kriminalität geführt hat. Diesen Prozeß einzudämmen ist eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe. Wohlfeile Appelle an die ”Wiederherstellung” von Wert- und Rechtsbewußtsein helfen nicht, erstens, weil sie die Problemgruppen überhaupt nicht erreichen, zweitens, weil die meisten ”abweichenden” Jugendlichen eine durchaus konventionelle Lebensplanung und Werteorientierung haben. Vielmehr muß die zunehmende Zahl von Negativkarrieren gestoppt werden. Nur die Eröffnung legaler und die Reduzierung illegaler Karrierepfade kann die Zunahme der Delinquenz stoppen. Es zeigt sich z.B. bei den von uns untersuchten Gruppen, daß schon die Erfolge, die manche über sportliche und künstlerische Leistungen in der Freizeit erzielen, die Delinquenz reduzieren (Eckert et al. 1997).

Sicherung von Minimalqualifikationen

Wir halten es immer noch für selbstverständlich, daß akademische Qualifikationen, öffentlich finanziert, für den Arbeitsmarkt bereitgestellt werden. Viel wichtiger dürfte es in Zukunft sein, die Minimalqualifikationen für den Arbeitsmarkt öffentlich zu sichern, auch für die 10 bis 15 Prozent eines Jahrgangs, die nach Arbeitgeberschätzung nicht in der Lage sind, ohne Unterstützung eine Ausbildung anzutreten. Wenn wir die Marginalisierung wachsender Bevölkerungsgruppen stoppen wollen, dann heißt dies in Europa, daß wir sie marktfähig machen müssen. Die Mikroelektronik hat, wie jeder Technologiesprung Arbeitskräfte freigesetzt. Wie die Geschichte zeigt, entstehen aber mittelfristig auch wieder neue Arbeitsplätze in anderen Tätigkeitsbereichen. Daher gilt: Wenn Arbeitskräfte auf dem Markt langfristig nicht nachgefragt werden, ist entweder ihr Preis – im Vergleich zu verfügbaren Alternativen – zu hoch oder ihre Qualifikation – im Hinblick auf nachgefragte Fähigkeiten – zu niedrig. Eine Absenkung des Preises ist angesichts der Lebenshaltungskosten in Europa kaum möglich. So bliebe nur die dauerhafte Subventionierung mit all den dabei zu erwartenden Mitnahmeeffekten und Wettbewerbsverzerrungen oder aber ihre Qualifizierung.

Sicherlich stößt auch diese an Grenzen, weil sich die Nachfrage heute auf sehr spezielle intellektuelle und motivationale Fähigkeiten richtet. Die Möglichkeiten sind aber nicht hinreichend genutzt, weil sich der Ausbau des Bildungssystems in den letzten vierzig Jahren vor allem an der Erzeugung von hohen, d.h. akademischen, Qualifikationen, kaum aber an der Sicherung von Minimalqualifikationen orientiert hat. "Erzeugung von Marktfähigkeit" kostet kurzfristig mehr als die traditionelle "Ausfallbürgschaft" der Sozialhilfe. Sie kann aber in manchen Fällen gerade bedeuten, daß Sozialhilfe denjenigen verweigert wird, die zumutbare Eigenleistungen nicht erbringen. Die Herstellung marktfähiger Kompetenzen ist auch ein bescheideneres Ziel als der "soziale Ausgleich", der bisher nirgendwo erreicht werden konnte. Wenn diese marktfähigen Qualifikationen faktisch nicht mehr (entsprechend der einzelwirtschaftlichen Logik) entstehen, müssen sie als öffentliches Gut definiert und von der Gesellschaft insgesamt erzeugt werden.

Dies ist ein Beitrag auch zur Sicherheit derjenigen, die persönlich die globalen Märkte für sich nutzen können und gegenwärtig mit niedrigen Zinsen und steuerlichen Verlustzuweisungen Vermögen bilden. Daher geht es hier nicht nur um Moral, sondern auch um Kalküle: Die Kosten der Sicherheit, die in einer sich selbst kriminalisierenden Gesellschaft entstehen, dürften langfristig höher sein als die Kosten der Bildungsmaßnahmen, die dieser Entwicklung entgegenwirken.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 34-42

”Diese Jugend von heute” und ”die gute alte Zeit”

Merkmale aus fünf Jahrzehnten

Was ist Jugend? Wie lange dauert sie? Wie wird sie empfunden? Wie wirkt sie sich aus? Wie bleibt sie in Erinnerung?

Jenseits wissenschaftlicher Analysen zur Rolle von Jugendkulturen im jeweiligen Generationengefüge schildern hier Autorinnen und Autoren, wie sie ihre Jugendphase erlebten und erleben. Die Erfahrungen sind durch fünf Jahrzehnte hindurch aus Ost- und Westdeutschland bunt zusammengesetzt. Entsprechend schillernd sind die sehr persönlich geprägten Beiträge.

Enttäuschte Hoffnung als bedrückendste Erfahrung

Hans-Jürgen Zobel (40er/50er Jahre)

Ich gehöre der sog. Luftwaffenhelfergeneration an; d. h. ich bin 1928 geboren, während der Nazizeit in die Schule gegangen, habe dann aber als 15- und 16jähriger ab 5.1.1944 noch den Krieg und sein Ende als Flak-Soldat miterlebt. Für mich stand fest: Es darf nie wieder Krieg und Nazidiktatur geben; Freiheit und Selbstbestimmung waren für meine Generation die höchsten Güter. Unsere Familie lebte in der SBZ (sowjetisch besetzte Zone). Ich studierte in Westberlin, Tübingen und schließlich in Halle. Hier erlebte ich erstmals die heftigen politischen Diskussionen zwischen christlich-bürgerlichen Professoren und Parteigängern der SED innerhalb der Universität. Wir setzten große Hoffnungen auf einen weiteren demokratischen Weg. Doch alles war zwecklos, erfolglos. Es passierte nicht nur nichts, sondern es wurde fortan schlimmer. Die Drangsalierungen nahmen zu.

Einer meiner Professoren wurde 1951, kurz vor meinem Examen, aus politischen Gründen nach Greifswald strafversetzt. Kurz darauf begann die heftige Attacke gegen die Junge Gemeinde und die Träger des ”Kugelkreuzes”. Das empörte uns maßlos. Wir hielten dagegen, mußten aber bald unsere Machtlosigkeit schmerzlich einsehen. Wut und Enttäuschung hielten sich die Waage. Die Folge war für uns der Rückzug in die Privatsphäre. Dort konnte man noch das Leben selbst bestimmen, mit Freunden offen und direkt sprechen, der Wahrhaftigkeit treu bleiben und innerhalb der Familie nach den christlichen Geboten leben. Das galt ebenfalls für Gesprächskreise in der Ortskirche. Doch dieses war im Berufsleben nur bis zu einer bestimmten Stufe möglich. Als wissenschaftlicher Assistent in einer Theologischen Fakultät war das noch ganz unkompliziert. Professoren und Mitarbeiter waren ”bürgerlich”. Hier galten Wahrheit und Offenheit, Zuverlässigkeit und auch Bescheidenheit. Das Lied von Potsdam: ”Üb’ immer Treu und Redlichkeit ...” war unsere Losung. Die jederzeit bestehende

Möglichkeit, in den kirchlichen Dienst zu gehen, gab innere Freiheit, Drucksituationen mutig zu bestehen. Das blieb im wesentlichen bis zur 3. Hochschulreform der DDR im Jahr 1967 so.

Sozialismus als diktatorische Macht

Je älter ich wurde, desto schwieriger gestaltete sich das persönliche Leben. Der Sozialismus war nicht nur Rahmen, sondern wirkte immer stärker in persönliche Entscheidungen hinein; er entfaltete zusehends diktatorische Macht, weil sein Anspruch alles umfaßte. Man empfand es als eine schleichende Inbesitznahme der eigenen Persönlichkeit und der Familie, gegen die man inneren Widerstand mobilisierte. Damit vollzog sich ein Auseinanderdriften der äußeren und inneren Lebenssphäre. Nach außen war weitgehend Anpassung zu beobachten. Für viele meiner Generation verband sich mit der Absage an den Krieg auch eine Sehnsucht nach Frieden und Harmonie. So konnte Anpassungsfähigkeit positiv, als Taktieren aber auch negativ gewertet werden. Mit dieser Angepaßtheit vollzog sich eine Neigung zu einer gewissen Passivität; man ließ andere handeln und stimmte lediglich zu. Das genügte in der Regel; und man hatte seine Ruhe.

Ein weiteres bestimmendes Moment der Wertvorstellungen meiner Generation war die Achtung des anderen als Mitmensch. Wahrscheinlich durch den Weltkrieg mit seinem auf der Nichtachtung des Lebens basierenden Morden ausgelöst, prägte die Achtung des anderen, unabhängig davon ob er Genosse war oder nicht, unser Miteinander. Das drückte sich etwa in der hohen Wertschätzung der Professoren durch die Studenten, aber auch eines SED-Oberbürgermeisters durch die Stadtbewohner aus. Das ist es wohl auch, was den kaum anders zu erklärenden Charme des Kollektivs ausmacht. Gewiß, es arbeitete zusammen, aber es feierte auch zusammen, und manchmal half man sich gegenseitig. Diese Achtung des Mitmenschen prägte auch den Zusammenhalt in der Familie. Ein weithin noch kaum entwickelter Egoismus oder auch der noch kaum vorhandene Wille nach Selbstverwirklichung störten dieses Miteinander nicht. Ich will diese positiven Züge des Kollektivs oder das gute Miteinander im Familienverband oder im Freundeskreis keineswegs überhöhen; bei allen solchen menschlichen Verbundenheiten spielte natürlich auch die äußere Drucksituation oder der überall vorhandene Mangel eine Rolle; man mußte sich gegenseitig helfen, um einigermaßen überleben zu können. So wurden auch unter dem Druck der Situation solche Tugenden wie Hilfsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Sparsamkeit, aber auch Treue und Toleranz als notwendig empfunden und eingeübt.

Wir waren auch die Generation, die den unmittelbar nach 1945 schon geleisteten Wiederaufbau fortsetzen sollte. In Mitteldeutschland waren vor allem die erheblichen Verluste durch Reparationsleistungen an die Sowjetunion zu beheben. Die meisten wollten sich einsetzen; doch es fehlte an vielem. Die Planungen waren geschönt, Material fehlte, man mußte sich etwas einfallen lassen. Das führte oft zu Unmut und Resignation. Und wenn doch hier und da

etwas Vorzeigbares entstand, wurde es zum Auslöser von Selbstbewußtsein und Stolz: Man hatte unter besonders widrigen politischen Umständen doch etwas zu Wege gebracht, was sich sehen lassen konnte. Das führte bei manchem meiner Generation zu einer zunehmenden und festeren Identifikation mit der DDR. Man konnte und wollte auch nicht ein ganzes Leben lang ohne sichtbaren Erfolg arbeiten oder immer nur abseits stehen.

Die vor allem im Raum Halle-Merseburg-Bitterfeld konzentrierte chemische Industrie wurde im Laufe der Jahre zu einer erheblichen Umweltbelastung. Das Engagement meiner Generation mündete in den konziliaren Prozeß Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Für den Frieden war jeder oder doch fast jeder DDR-Bürger. Gerechtigkeit wurde mit großem Nachdruck von vielen eingefordert, angesichts der Rechtsunsicherheit in der sozialistischen Gesellschaft. Bewahrung der Schöpfung aber war das entscheidende Stichwort, das immer wieder zu kontroversen Diskussionen führte. Als letztes will ich die Pressefreiheit nennen. Daß die Zeitungen, vielleicht bis auf den Wetterbericht, gelogen haben, war unser ständiger Ärger, auch wenn man das genau wußte. Denn viele hörten westliche Rundfunksender und sahen dort, wo es geographisch möglich war, westliches Fernsehen. Man war weithin darum bemüht, auch andere Meinungen zu erfahren und Ungeschöntes über das eigene Land zu hören. Zeitungen, die die Rentner aus dem Westen mitbrachten, gingen wochenlang von Hand zu Hand. So war man über die Bundesrepublik besser informiert als über das, was sich zu Hause abspielte. Man kannte die neuesten Schlager oder die vorherrschenden Modetrends. Daraus resultiert, daß die Beurteilungsmaßstäbe weithin westlich bestimmt waren.

Anfang der kirchlichen Gruppen

Auch das nährte den inneren Zwiespalt, die westlichen Lebensnormen zu kennen und doch nicht danach leben zu können. Dieses Dilemma wurde für meine Generation in der zweiten Hälfte der 50er Jahre immer bedrückender, weil der durch die soziale Marktwirtschaft erzielte materielle Aufschwung in Westdeutschland unübersehbar den Osten immer weiter zurückließ. Eine Hinwendung zur Kirche bedeutete für manchen von uns die Chance, diesen Zwiespalt durchzuhalten und nicht an ihm zu zerbrechen oder sich völlig mit der DDR-Wirklichkeit abzufinden und sich anzupassen. In dem kirchlichen Raum war man mit Gleichgesinnten zusammen, konnte das, was einen bedrückte, aussprechen, ohne befürchten zu müssen, daß jemand allzu aufmerksam lauschte. Dort lag der Anfang der verschiedenen kirchlichen Gruppen.

Auch das nährte den inneren Zwiespalt, die westlichen Lebensnormen zu kennen und doch nicht danach leben zu können

Ein herausragendes Datum war der 17. Juni 1953 insofern, als er mit Hoffnungen und Enttäuschungen gleichermaßen verbunden war. Die Monate und Wochen zuvor waren von einer beispiellosen Bedrängnis der DDR-Bürger auf fast allen Lebensgebieten gekennzeichnet. Der Kampf gegen die Junge Gemeinde eskalierte. Christliche Schülerinnen und Schüler wurden von den Erweiterten Oberschulen geschmissen und somit vom Abitur ausgeschlossen. Wer irgend konnte, floh in den Westen. Dem Aufstand der Berliner Bauarbeiter schlossen sich die Arbeiter der mitteldeutschen chemischen Großbetriebe an. In Halle wurde zum Widerstand aufgerufen. Partei- und Stasizentralen wurden besetzt und die Akten zum Fenster hinausgeworfen. Das berüchtigte Gefängnis "Der rote Ochse" wurde gestürmt und die Gefangenen frei gelassen. SED-Abzeichen lagen in der Gosse, weil sich keiner mehr zur Unterdrückerpartei bekennen wollte. Schließlich wurde zu einer Großveranstaltung aufgerufen. Hunderte, ja Tausende folgten dem Aufruf. Sowjetische Panzer rollten an, aber sie griffen nicht ein. Der Höhepunkt dieser Kundgebung war die Wahl eines neuen Stadtoberhauptes. Daran schloß sich ein machtvoller Protestmarsch durch die Innenstadtstraßen an. Dem auf dem Marktplatz stehenden Händel-Denkmal war ein selbstgefertigtes Plakat um den Hals gehängt worden mit der Aufschrift: "Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille", womit Ulbricht, Pieck und Grotewohl gemeint waren. Die Begeisterung war gewaltig. Fast alle hofften, daß es nun ganz allgemein besser und demokratischer werden würde. Endlich war in Sicht, was man seit 1945 erhofft hatte! Doch die bittere Enttäuschung ließ nicht lange auf sich warten. Zwar wurden manche diktatorische Maßnahmen wie die Relegationen von den Oberschulen zurückgenommen.

Aber nach wenigen Monaten wurden die Zwangsmaßnahmen härter, als sie zuvor waren. So bestellte man etwa angesehene Professoren zum Rektorat; ihnen wurden Photos der Massenkundgebung vorgelegt mit der Frage: "Sind Sie das nicht?" Die Stasi hatte alles exakt erfaßt. Die Einschüchterung war weithin gelungen. Tiefe Depression machte sich breit. Nichts habe ich bedrückender empfunden als enttäuschte Hoffnung. Aber das war die DDR-Realität, und das blieb sie auch. Noch einmal gab es einen kleinen Hoffnungsschimmer, als Ende der 50er Jahre der Ungarn-Aufstand zunächst zu gelingen schien. Doch auch hier rollten sowjetische Panzer alle Hoffnungspflänzchen platt. Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Werte und Ideale, die meine Generation nach dem Zusammenbruch 1945 hatte, im wesentlichen bis zur Wende durchgehalten werden konnten. Wenn sie auch nicht an der Oberfläche waren, so waren sie doch nicht weg; sie schlummerten und warteten darauf, wieder erwachen zu können.

Der Autor lebt als emeritierter Professor für Theologie in Greifswald. Er ist ehrenamtlicher Vorsitzender des Stiftungsrates der Hochschulrektorenkonferenz, Mitglied des Verwaltungsrates der Stiftung Pommern und Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Zeitmosaik

Willi Fährmann (40er/50er Jahre)

Aufbaugymnasium: 1943. Die Fliegerangriffe auf Duisburg wurden zu nächtlichen Alpträumen. Meine Mutter weigerte sich, mich mit der Schule in die Kinderlandverschickung gehen zu lassen. Wir zogen in ein Dorf bei Detmold. Vater blieb in Duisburg zurück. Er arbeitete in einem wohl kriegswichtigen Betrieb, der König-Brauerei, und war unabhkömmlich. Ich sah in Detmold zum ersten Mal eine Turnhalle von innen. Lang aufgeschossen für einen 13jährigen, mager, kaum Muskeln, wenig geeignet für das wichtigste Fach in dieser Schule, Sport. Die Mitschüler lachten über mich. Ein neuer Alptraum. Jede Woche zwei Stunden.

Berufswahl: Februar 1946. Duisburg zerstört. Ein halbes Jahr noch in meiner alten Schule. Sie hieß nicht mehr Paul-Bäumer-Mittelschule. Ein Kanonenofen und in den Fensterrahmen blankgeschmirgelte Röntgenaufnahmen statt Scheiben. Ein Tip des Lehrers: Fährmann, in Duisburg gibts eine der wenigen Stellen als kaufmännischer Lehrling. In einem Reisebüro. Ich sollte mich vorstellen. Einen Mantel besaß ich nicht, wie viele andere auch. Starker Frost. Vater lieh mir seinen Mantel. Aber ich war 18 cm länger als er. Es fiel nicht unangenehm auf. Ich trug wenigstens einen Mantel. Der Chef des Büros saß auch im Mantel in dem ungeheizten Büro. Draußen strenger Frost. Drin auch. Eine Aufgabe stellte er mir. Ich sollte auf der Weltkarte Kapstadt zeigen. Ich konnte es nicht. Wir hatten Asien durchgesprochen. Darüber kannte ich mehr, als ein Schüler wissen mußte. Ich war durchgefallen. Bergmann oder Maurer? Mein Vater meinte, für einen Bergmann sei ich zu lang. Also Maurer. In unseren Köpfen spukte etwas von Bauführer oder Architekt. Später.

Carlos. Don: 1951. Studienrat Aretz las ganze Kapitel vor. Er erschloß mir vorlesend die Klassik. Ich war beeindruckt, als er erzählte, in der Nazizeit sei Schillers Drama in Hamburg aufgeführt worden. Bei dem Satz: Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire, habe das Publikum drei Minuten lang stehend Beifall geklatscht. Don Carlos sei daraufhin vom Spielplan verschwunden.

Deutschland. heiliges Wort: 1944. Im Abstand weniger Monate mußten wir Schüler auf dem Schulhof zur Flaggenhissung antreten. Wir sangen: Deutschland, heiliges Wort. Und es kam darin vor Unendlichkeit und gebenedeit. Und mehrmals heilig. Dann hielt der Direktor eine Rede. Das Vaterland retten. Den Führer Adolf Hitler nicht verraten. Und jedesmal sandte er die Schüler der jeweils obersten Klasse in den Krieg. Zuletzt die 16jährigen. Nur wenige haben überlebt. Ich gehörte mit knapp 15 zu der Klasse mit den ältesten Schülern.

Einmarsch der Alliierten: April 1945. Der alte Christensen wurde der Führer des Volkssturms. Er führte einen Trupp alter Männer, meinen Freund und mich auf den über dem Dorf liegenden Berg. Vor einem verlassenen Steinbruch sollten wir Panzersperren bauen. Die Alten lächelten hinter der vorgehaltenen Hand. Wir würden weit vom Schuß bleiben. Wir hörten die Panzer schon stundenlang auf der B 1 rollen. Es fiel dann doch ein Schuß da oben in

den Wäldern. Christensen löste kurzerhand den Volkssturm auf. Manfred und ich waren erleichtert und empört zugleich. Wir waren doch die einzigen, die mit der Panzerfaust umgehen konnten. Die Alten faßten die Dinger nicht an. Ich zumindest hätte sie abgeschossen. Der Schuß war von einem Wilderer abgegeben worden. Die SS, die im Dorf lag, suchte Christensen. Er wäre fusiliert worden. Sie fanden ihn nicht. Am nächsten Morgen erst kamen die Alliierten. Über den Berg. Den Alten verging das Lachen. Als ich Jahre später den Film "Die Brücke" sah, kam ich wie betäubt aus dem Kino. Das wäre um ein Haar mein Schicksal gewesen.

Feuerwehr H-J: 1944. Unser wöchentlicher Pflichtdienst war am Sonntagmorgen. Feuerwehrrübungen. Ich ging gern hin. Lieber wäre ich in der Flieger H-J gewesen.

Götterdämmerung: Frühsommer 1945. Wir spielten mit den amerikanischen Soldaten mit diesem gurkenähnlichen Ball. Sie boten uns Zigaretten an. Sie sprachen mich an. Ob ich was von KZs gehört hätte. Hatte ich. Meine Eltern hatten ein paarmal etwas von einem Matthes Mai getuschelt, der darin gewesen sei. Ob ich etwas von der SS wüßte. Dumme Frage. Wußte ich. Was mit der Gestapo losgewesen sei. Gestapo? Ich hatte dieses Kürzel nie gehört. (Heute kommt mir das selbst abenteuerlich vor.) Ich fing mir eine schallende Ohrfeige ein. Naziboy.

Hunger: 1945 bis Sommer 1948. Kein einziges Mal satt vom Tisch aufstehen. Rippen, auf denen man Klavierspielen konnte. Ab 46 von montags bis samstags auf der Baustelle, Steine schleppen, Speis aufs Gerüst tragen, mauern. Max brachte in seinem Henkelmann eine Woche lang nur gekochte Apfelschalen als Mittagessen mit. Seine Tochter hatte irgendwo bei einem Bauern Fallobst bekommen. Meine Mutter fuhr -zig Kilometer in überfüllten Zügen auf Hamsterfahrt. Manchmal hat sie für Bettwäsche aus ihrer Aussteuer ein Stück Speck eingetauscht. Manchmal schleppte sie einige Kilo Kartoffeln im Rucksack herbei. Einmal sogar zwei Eier und 9 Kilo Mehl. Festtag. Ich weiß nicht, was ohne meine Mutter geworden wäre.

Juden: November 38. Geflüster meiner Eltern. Das hätten sie nicht machen dürfen, sagte mein Vater. Er meinte nicht die Plünderung des Kaufhauses am Markt. Die Besitzer kannten wir nicht. Aber die unverheirateten Frauen, die ein kleines Putzmachergeschäft betrieben hatten. Die kannten wir. Das hätten sie wirklich nicht machen dürfen. Sagte auch meine Mutter. Ich saß noch stundenlang am Radio und hörte, wie viele Millionen Reichsmark bei dieser und jener jüdischen Familie in Berlin gefunden und beschlagnahmt worden seien. Mir stand vor Augen, wie lange meine Mutter für eine Nähmaschine sparen mußte und über zwei Jahre lang Pfennig auf Pfennig gelegt hatte. Trotzdem, sagte meine Mutter, das hätten sie nicht tun dürfen.

Katholische Jugend: 1947. Manche Menschen glauben an Zufälle. Ich kam über das Tisch-Tennis-Spielen mit der Katholischen Jugend in Berührung. Ein junger Kaplan hatte ein Zimmer seiner Wohnung für Jugendliche zur Verfügung gestellt. Darin stand ein größerer Tisch. Ich war oft dort und drosch den kleinen Ball über das Netz. Aber bald merkte ich, da war mehr los, als nur T.T.Spielen. Er lud einmal in der Woche zu sich in sein Arbeits-, Wohn-, Schlafzimmer ein. Gruppenstunde. Es wurde gesungen, erzählt, vorgelesen, zu Beginn kurz gebetet, lange über Sinnfragen diskutiert. Er war kein Eiferer. Aber er war da, wenn wir ihn brauchten. Ganz,

ganz allmählich wurde ich in Glaube und Kirche heimisch, meinen längst ad acta gelegten Kinderglauben hatte ich als etwas begriffen, was weiter wachsen mußte, ein Leben lang.

Lehrer: 1950. Ich wußte es von da an, ich wollte Lehrer werden. Aber ich hatte kein Abitur. Die Pädagogischen Akademien quollen über von Abiturienten. Vielen, vor allem jenen, die kein tragbares Instrument spielen konnten, wurde der Zugang verweigert. Es gab jedoch die Möglichkeit der Begabten-Sonderprüfung. Also zwei Jahre neben meiner Mauerei in einer privaten Abendschule daraufhin gepaukt. 133 Frauen und Männer hatten sich zu der Prüfung gemeldet. Nach den vier Klausuren waren 30 Bewerber übriggeblieben. In mehr als zehn Fächern wurden wir einzeln mündlich geprüft. Latein blieb ausgespart. Ich bekam die Zulassung. Später erfuhr ich, daß ich der einzige gewesen war. Da wurden mir die Knie weich. Können allein, das war mir klar, genügte nicht. Es gehörte auch Glück dazu.

Maurer: Ich war es ab 1946 viereinhalb Jahre. Erst Lehrling. Dann Geselle. Manchmal hab ich geheult, wenn mir im Winter die Hände blau froren oder wenn ich mir die Schulter wundrieb vom Steineschleppen oder bei Regen die Haut von den Fingerspitzen weggescheuert war. Aber bei Sonne neben den anderen in der Mauerflucht stehen und Stein auf Stein setzen, das konnte schön sein. Mit Menschen umgehen, schien mir bald schöner. Trotzdem, ich hab die Hochachtung vor denen gelernt, die Schwielen in den Händen haben.

Neuer Name: 1942. Mein Onkel Franz aus Ostpreußen schrieb meinem Vater, er habe in der Ahnenforschung herausbekommen, daß die Fährmanns sich früher statt mit ä mit e geschrieben hätten, und er habe seinen Namen entsprechend geändert. Das solle mein Vater doch auch machen lassen. Mein Vater schrieb ihm: Franz, du spinnst.

Onkel Karl: Karl Müller war ein Kriegsfreund meines Vaters. Schon früh trat er in die SPD ein. Er akzeptierte, daß mein Vater keiner Partei beitreten wollte. Mein Vater bewunderte ihn insgeheim, weil Karl in der Nazizeit nicht daran dachte, sein Mäntelchen nach dem Wind zu drehen. Karl blieb lange arbeitslos. Schließlich verschwanden er und seine Frau heimlich aus Duisburg. Nur meine Eltern wußten, daß er nach Süddeutschland gegangen war. Dort fand er Arbeit. Onkel Karl war für mich eine zentrale Person in meinem Kinderleben. Oft nahm er mich auf dem Kindersitz seines Fahrrades mit in die Rheinwiesen. Dort las er verpönte politische Literatur, versteckte die Bücher dann in seinem einsam gelegenen Garten. Die Müllers hatten keine Kinder. Nach dem Krieg wurde er Stadtrat in Ravensburg, Landtagsabgeordneter in Württemberg, schließlich Bundestagsabgeordneter. Er hat es hingenommen, daß sein Ziehsohn nicht seine politischen Anschauungen teilte. Aber durch ihn habe ich erfahren, daß aufrechte Politiker, die ihr Amt als Dienst für andere verstehen und die zu allerletzt ihren eigenen Vorteil suchen, in allen Parteien zu finden sind.

Politische Bildung: Es waren wohl die Jugendgruppen, in denen ich erfuhr, was Demokratie bedeuten kann. Nicht nur die Wahlen der Leiter, sondern auch das Streiten um den besten Weg, ohne daß Feindschaften aus den Differenzen wuchsen. Das Einüben von Verantwortung. Das Neinsagen zu bestimmten Zeitströmungen. Die Einsicht, daß Demokratie nur bestehen

kann, wenn die Schar der Ohnemichel nicht die Mehrheit erlangt. Wenn man Abschied nimmt, von einfachen, schnellen Lösungen in einer schwierig gewordenen Welt.

Quäkerspeisung: Ab 1945. Sie war es, die die Schüler an die Schule band. Jeden Tag einen Becher Erbsbreisuppe oder irgend eine Süßspeise, woraus immer sie auch hergestellt worden sein mochte. Von den Quäkern für deutsche Kinder gestiftet. In einer Zeit, in der das Bild der Deutschen oft mit den Nazis gleichgesetzt worden ist. Menschlichkeit pur.

Ritterkreuz: Anfang der 40er. Der Bruder meines Klassenkameraden Schulz bekam das Ritterkreuz. Auch er war Schüler unserer Schule gewesen. Wir fühlten uns alle mit ausgezeichnet. Wenige Monate später war er gefallen. Er muß so um die 20 gewesen sein.

Studium: 1952. Neue Welt! Eine übersichtliche allerdings. An der Pädagogischen Akademie in Oberhausen studierten nur 200 Studentinnen und Studenten. Einer kannte bald den anderen. Die Professoren waren uns vertraut und auch außerhalb ihrer Veranstaltungen oft zu sprechen. Es gab Debattierunden und Tischgespräche. Die letzten beiden Semester in Münster sah es schon ein wenig anders aus. Aber immer noch faßte der große Hörsaal die Studierenden aller Semester der Pädagogischen Akademie. Es herrschte auch hier eine Atmosphäre, in der die personalen Bindungen das intensive Studium erleichterten.

Thomas Morus: 1949 bin ich diesem Mann in einem dreistündigen, atemberaubenden Referat in einer Jugendherberge begegnet, in der wir uns mit befreundeten Jugendgruppen trafen. Der englische Lordkanzler hat mich mein Leben lang nicht mehr ganz losgelassen. Ich las, was es von ihm und über ihn zu lesen gab, suchte mehrmals in Canterbury und London nach seinen Spuren und bewunderte vor allem seine Konsequenz, mit der er der Stimme seines Gewissens folgte. Auch daß das hohe Gut des Rechts keinen Schutz vor der Willkür der Tyrannen aller Zeit bedeuten kann, wurde mir durch sein Leben und Sterben klar. Ich mühte mich, die Rangordnung von Werten zu erkennen und mein Leben danach zu ordnen.

Umweltschutz: Als ich mit meiner Gruppe in den 40er Jahren auf große Fahrt ging, war uns das Wort unbekannt. Aber niemand hätte unsere verlassenen Zeltplätze am Unrat erkennen können. All unsere Spuren waren beseitigt. Auch als junger Lehrer war das Wort mir noch nicht bekannt. Aber es lag wohl schon auf der Zunge, wenn bei Ostwind, und das hieß in der Schule in Duisburg-Ruhrort schönes Wetter, die rostroten Wolken der Stahlkoher der Hütte Phoenix den Himmel verdunkelten und wir mitten am Tag das Licht einschalten mußten. Wenn meine Frau mit dem kleinen Thomas im Kinderwagen spazieren gegangen war, blieb dort, wo sein Köpfchen gelegen hatte, ein weißer Fleck auf dem rußverschmutzten Kissen.

Volksschule: Bis 1968. Die Jahrgänge 1 bis 8 in einer Schule, Jungen und Mädchen nach Klassen getrennt. Aber doch ein oft sehr modern anmutender Unterricht. Gute Ansätze der Reformpädagogik, in der Nazizeit verpönt, waren hinübergerettet worden. Heute oft als neu befundene Methoden gingen dann mehr und mehr nach der Schulreform verloren. Der Mensch in der Schule wurde definiert als homo etatis und nicht als homo societatis. Das hatte Folgen.

Währungsreform: 1948. Ich war mit meiner Gruppe übers Wochenende zu einer Wanderung hinausgefahren. Plötzlich war unser Geld kein Geld mehr. Die Verkehrsmittel fuhren, ohne

Fahrgeld zu fordern. Eine Woche später hatte ich 48 mal den Stundenlohn von 1,04 DM verdient. Die Abzüge wurden noch abgerechnet. Es war ein Neubeginn. Die Zigarettenwährung (eine sog. Aktive kostete auf dem Schwarzmarkt rund 5,- Mark) war endlich vorbei.

Xanten: 1952 fuhr unser Biologie-Seminar während einer Exkursion an Xanten vorbei. Ich sah die Stadt von der B 57 aus im Nachmittagslicht liegen, den Dom, den geschlossenen Ortskern. Es war Liebe auf den ersten Blick. Als meine Familie 1963 nach Xanten zog, wurden meine Frau und ich schnell heimisch. Wir wollten, daß unsere drei Kinder einmal sagen könnten: Da sind wir zu Haus. Allmählich beginnen wir, uns nach einer Gruft umzusehen. Wir haben diese Beheimatung von Anfang an als besonderes Glück empfunden. Die Mobilität mag eine Notwendigkeit sein, aber ein humaner Wert an sich ist sie nicht.

Zukunftsängste: Es waren konkrete Ängste, die uns in den Jahren plagten. Die Bombenangriffe, das Kriegsende, der Hunger, das Unterschlupffinden in den zerstörten Städten und vieles mehr. Aber je größer die Orientierungslosigkeit, desto diffuser die Ängste, scheint mir.

Willi Fährmann ist einer der erfolgreichsten deutschen Jugendbuchautoren.

Nur über viele Umwege zum Wunsch-Beruf
Elisabeth Zwiener-Kumpf (60er/70er Jahre)

In meinem Beitrag wählte ich die mir für meinen Lebensweg wichtig erscheinenden Ereignisse aus.

1970 wurde ich 14 Jahre. Durch meine christliche Erziehung war ich weder Mitglied der "Jungen Pioniere" noch nahm ich an der Jugendweihe teil. All dies erschwerte mir den Zugang zur Erweiterten Oberschule (EOS – vergleichbar dem Gymnasium). Nach vielen Bemühungen meiner Eltern konnte ich nach der achten Klasse die EOS besuchen, sicher auch, weil meine Eltern als katholische Schriftsteller und CDU-Mitglieder bis in den CDU-Hauptvorstand bekannt waren.

An der EOS stellte ich einen Aufnahmeantrag in die FDJ. In der neunten Klasse fuhr ich mit meiner evangelischen Freundin zu einer Rüstzeit. Hier lernte ich Bibelarbeit und Diskussionen kennen, wie sie in der katholischen Jugend damals wenig praktiziert wurden. Eine Diskussion befaßte sich mit dem Thema: "Kann ich als Christ in der FDJ sein?". Das Ergebnis war für mich "Nein" und ich zog meinen Antrag zurück. Eine Folge davon war die Nichtzulassung zum Abitur und ich mußte nach Abschluß der 10. Klasse die Schule verlassen. Die erste Begründung der Schule führte meinen "idealistischen" Standpunkt an. Meine Eltern

intervenierten bei dem damaligen CDU-Vorsitzenden Götting und die Begründung mußte aus dem Zeugnis gestrichen werden. Auch für die DDR war es eine verfassungswidrige Aussage. Nunmehr suchte die Klassenleiterin nach hinreichenden Gründen für meine "gesellschaftliche Unreife", um mein Abitur zu verhindern.

Einige Mitschüler schrieben auf Aufforderung Berichte über mich – manche sagten es mir netterweise. Nach der Schulzeit traf ich Lehrer wieder, die sich für die damalige Zeit entschuldigten. Es sei nicht gegen mich persönlich gerichtet gewesen, aber sie hätten nicht anders gekonnt, als alle Auffälligkeiten zu melden.

Einige Mitschüler schrieben auf Aufforderung Berichte über mich – manche sagten es mir netterweise

Als ich im Herbst 1971 den Bescheid über die Nichtzulassung zum Abitur erhielt, waren nur noch die wenig begehrten Berufe wie Textil- und Papierfacharbeiter frei. Mein Berufswunsch, Psychologin zu werden, war in weite Ferne gerückt. Durch Vermittlung eines Freundes meiner Eltern erhielt ich schließlich eine Lehrstelle als Krippenerzieherin an der Medizinischen Fachschule. Dort fühlte ich mich erstmals in einer Schulklasse wohl. In der Klasse herrschte ein angenehmes Klima. Den politischen Druck der EOS gab es dort so gut wie nicht.

Abends besuchte ich die Volkshochschule und legte in Deutsch und Biologie das Abitur ab. Im dritten Ausbildungsjahr wurde ich von der Fachschule in eine Abend-Abiturklasse der Volkshochschule delegiert und bestand 1976 das Abitur. Ich wollte danach gern studieren. Psychologie war wegen meiner Vorgeschichte bei den hohen Bewerberzahlen aussichtslos. So bewarb ich mich zum Studium als Diplom-Medizinpädagogin, weil ich an der Medizinischen Fachschule als Lehrerin tätig sein wollte. Das wurde abgelehnt. Statt dessen lenkte man mich zum Mathematik-Studium nach Dresden um. Dieses Studium bereitete mir keine Freude. Es war die Zeit der Biermann-Ausweisung und der Bräsewitz-Selbstverbrennung. Schrank- und Gesinnungskontrollen standen auf der Tagesordnung. Nach einer langwierigen Erkrankung wurde ich exmatrikuliert und kehrte nach Leipzig zurück.

An der Medizinischen Fachschule bestand ein akuter Mangel an Fachschullehrern/Praxis, so daß ich im Frühjahr 1977 eine Stelle erhielt. Eingestellt wurde ich unter der Bedingung, daß ich mich nicht öffentlich zu meinem christlichen Glauben bekenne. Inzwischen war ich in die CDU eingetreten. Dadurch konnte ich christliches Bekenntnis und Lehrtätigkeit vereinbaren. Ich verwies darauf, daß die Parteizugehörigkeit zur CDU christlichen Glauben voraussetze. Insgesamt war es eine sehr schöne Zeit. Als Praxislehrer waren wir in den verschiedensten Kindereinrichtungen eingesetzt und unterrichteten dort die angehenden Erzieherinnen. Erfreulicherweise waren wir relativ weit weg von dem unmittelbaren Schulbetrieb.

Ab 1977 wurde ich in der katholischen Jugend- und Kinderarbeit aktiv und übernahm in meiner Freizeit eine Kindergruppe. Mit den Jungen fuhren wir jedes Jahr im Sommer 14 Tage in die verschiedensten Pfarreien. Wir lebten unter fast spartanischen Bedingungen. Gekocht

wurde für etwa zwanzig Personen auf zwei Propangas-Kochern und wenn wir Glück hatten, gab es Waschgelegenheiten und *eine* ordentliche Toilette. Doch das waren Nebensächlichkeiten. Wichtig war für uns, miteinander die Zeit zu gestalten, Fußball zu spielen, zu Wandern und Glauben greifbar zu machen. Der Kaplan redete mir wenig in meine Aufgaben hinein und ließ mich gewöhnen. So lernte ich in dieser Zeit kochen und traute mir einfach etwas zu. Eine Fähigkeit, die ich zuvor bei mir nie so wahrgenommen hatte.

Studium als Gasthörer

Ab 1978 war ich Pfarrjugendführerin in der Leipziger Propstei-Gemeinde. Für die Jugend war ein anderer Kaplan zuständig, der mich ähnlich forderte und förderte. Ich durfte organisieren und gestalten, ohne daß ich kontrolliert und reglementiert wurde. Ende der siebziger Jahre kamen bis zu sechzig Jugendliche in die Jugendstunden. Wir sangen und spielten, gestalteten thematische Abende und fuhren gemeinsam in den Urlaub. 1979 waren wir mit über sechzig Jugendlichen im polnischen Riesengebirge. Ein Jahr später konnten DDR-Bürger nicht mehr nach Polen fahren.

Die Fahrten stellten uns vor Probleme. Sie waren illegal (wie alle Veranstaltungen für Jugendliche, die nicht unter Federführung der FDJ stattfanden) und wurden sicherlich genau registriert. Es galt für uns als Jugendliche nicht aufzufallen, obwohl gerade dies Jugendliche kennzeichnet. Dennoch dachten wir über Konsequenzen wenig nach.

Als kränzendes Erlebnis dieser Fahrt traten wir nachts um 3 Uhr eine Wanderung zur Schneekoppe an. Unser Kaplan wurde von den polnischen Grenzern mitgenommen und über eine Stunde in einer Wachstation befragt. Wir alle standen draußen und warteten in Ungewißheit. Wie froh wir waren, als er wiederkam und wir die Wanderung fortsetzten, ließ sich nicht beschreiben. Schon deshalb blieb uns der anschließende Gottesdienst auf der Schneekoppe in Erinnerung.

1986 begann ich nach vielen Schwierigkeiten ein Psychologie-Studium an der Leipziger Universität. Ich arbeitete verkürzt, um das Studium als Gasthörer zu belegen. 1991 erhielt ich den Hochschulabschluß und promovierte von 1992-1996. Dabei war ich voll berufstätig. Seit 1993 bin ich Fachschullehrerin an einer evangelischen Fachschule und kann all das umsetzen, was mir auch in den Jahren zuvor wichtig war.

Die Autorin lebt in Leipzig und arbeitet als Fachlehrerin an der dortigen Fachschule für Sozialwesen.

Im bombenverschonten Konstanz geboren – mehrfache Vorzugslage: Ins Sprechen hineingewachsen, mehrfache Tönung vernommen: das gutmütige BodenseeBadisch des BildhauerGroßvaters; Anderklang aus Radio Beromünster; KlarDeutsch und KannitverstanLatein in der Kirche; in der frigor- und frankenschönen Schweiz, ganz nah die Grenze: in deren SchwyzerDütsch waren wir "chejbe Dütsche"; ab und zu vorarlbergte noch ein anderer DeutschSprachklang über den See. Die hübschuniformierten Franzosensoldaten, mit ihrer Blechmusik – für die Großmutter waren das die "SauFranzosen", die nach dem Krieg "requirierten": Großvaters Schreibtisch, auf dem hackten die Holz. Es gibt also mehrere Sprachen! Benachbart sein und verstehen: Du mußt also die Ohren spitzen. Sprache ist der Schuhlöffel in die Welt. Du brauchst mehrere davon...

Jeden Morgen ging der Opa in die BildhauerWerkstatt: Holz-, Ton- und Steingeruch, und da entstand immerzu Neues; was er machte, wurde aus Arbeitslust, doch regelmäßiges Geld kam nicht. Der Lehrervater bekam jeden Monat Geld; war nicht viel – er träumte vom Klavier, das mußte er "abstottern"; aber zum Sprechen, zum manchmal gewitterblitzfinsternen StreitReden – kam das Klangsprechen: Klavier, seine Geige, meine Flöte. Man kann also Geheimnisse zum Sprechen bringen... Allerdings kein Auto, indes ein Fahrrad. Manchmal rasselte durchs Kindheitsdorf AmiPanzer: die Chewing-Gum-Sprache war neu.

Das Jahr mit seinen Tälern und Bergen der Jahreszeiten, noch mit Kühen und Pferden, bald von Traktoren vertrieben: aber noch die Schlachtschüssel, der Metzger; mächtige Männer – und noch eine andere Sprache: über Abwesende so reden wie man in ihrer Gegenwart aber nie spräche – "batschen" hieß dies Durchhecheln. Und was einem zum Gestehen zu schwierig war (warum zu spät gekommen? Woher die Äpfel aus Nachbarsgarten?): für eine Weile ließ sich manches weglügen. Doch dann der ErleichterungsSegen: rückhaltlos alles sagen – "beichten"... Da ist Einer, der läßt sich nicht belügen; also: Das Lieben gelingt nur dem rückhaltlos Wahrhaftigen. SelbstTäuschen hält nicht lang. "VerAntworten": was immer du tust, auf die Frage nach deinen Gründen mußt du Rede und Antwort stehen...

Das JahreszeitenJahr war eine Erdschicht; die andere das Schuljahr – am schönklarsten aber das KirchenJahr: da ging's von FestBerg zu FestBerg – zwischendurch langweilige Strecken; aber dann das alljährlich ein-wenig-anders Gleiche: Advent mit Rorate; Weihnachten mit Schenken, Beschenken, Ausdenken: das MitfreudeFest. Beten als Danken und Bitten und Preisen. Die Ostereier lachten über den Tod: Vor dem Sterben keine Angst haben – weil ER dem, der alles Schlimme bereut, verzeiht. "Da kommt auch der böse Hitler in den Himmel?" – "Ja, freilich! Aber der muß noch lang im Fegefeuer büßen!"

Gut: Der Liebe Gott, der uns machen läßt, der uns nichts abnimmt. Dieser Eine, dieser Rätselhafte: sprach im Dorf mehrheitlich evangelisch; aber in der katholischen Minderheitskirche war er bestimmt lieber, denn da gings viel farbiger zu, und zweisprachig und ministrantenbunt. Die Pfarrer waren fast wie Freunde – aber an den Sonntagen ging ein Riß

durchs Dorf, bis zu uns: Nur selten durfte ich mit in die evangelische Vaterkirche, wo er den Kirchenchor dirigierte; wo der Schlußsegen schöner war und das VaterUnser länger – singen konnten die Protestanten besser, aber "bei uns klang's süßer": wir hatten wunderbare Marienlieder, und wenn ich ratlos war, summt' ich's vor mich hin: "wohin soll ich mich wenden...?" Was die beiden Kirchflüsse unterschied: es wurde nie darüber gesprochen – als ließen sich Volkswagen und Mercedes nicht vergleichen... Sich über andere lustig machen: wenn wir mit Fronleichnamsfahnen durchs Dorf zogen. Und geturnt haben wir in der 'Synagoge' – wußte aber nicht, daß das sowas wie Kirche der Juden war. Juden gabs keine mehr. Die waren auf dem Judenfriedhof. Vielviel früher, noch vor meiner Zeit, waren von dort Grabsteine zerschlagen worden, mit denen man einen Weg pflasterte: diese Steinbrocken mit der unlesbaren Schrift hab' ich gesehen. "Ja, so war das damals", sagte der Vater, "aber, da war ich im Krieg; wir haben sowas nicht gemacht." Der Vater, der auf einen Onkel schimpfte, "den Kommunisten", der ihm seinen Offiziersdolch vor den heranrückenden Amis vergrub... "Nazi", "Kommunisten" – ziemlich unklare Worte. "Krieg" wurde deutlicher; verstand auch: "wir haben den Krieg verloren; der Hitler hat sich übernommen."

Erst viel später: Büchertüren, wie "Medizin ohne Menschlichkeit". Das Entsetzen (dergleichen ja nie erlebt): So also können Menschen mit Menschen umgehen... Dieser TeufelsGrundSatz der Großmutter: "Man hat müssen..." Wurde mir früh, weiß nicht mehr wann, glasklar: Niemalsnie wirst du blind gehorsam sein. Solchen Befehlen gehorchst du niemalsnie! Nein-Sagen als SonderSprache, als WachsamkeitsSprache; gar nicht so leicht zu machen, wenn du in einer 'Bande' Gleichaltriger was mitmachen solltest – und für dein 'Nein!' Prügel bekamst .

Dieser TeufelsGrundSatz der Großmutter: "Man hat müssen..." Wurde mir früh, weiß nicht mehr wann, glasklar: Niemalsnie wirst du blind gehorsam sein

Später zunehmende Immunisierung: ÜberprüfAufforderungen der Bücher – Camus, Sartre; dann Hermann Hesses Rat: "eigensinnig" sein und nur EigenWege gehen. Bücher als WeltAufmachTore; Bücher als WeltHerbeiholer; Bücher als Stemmeisen: Es muß immer noch was anderes geben, einen anderen Weg, einen Ausweg. Die Büchergeschenke des Vaters, die WeltAufmachBücher des Vaters, die WissensSchlüsselBüchergaben des Vaters... Ja, wenn du rechtzeitig das Danken mitgelernt hättest... Wundersamwunderlich: daß VaterMutter nicht mit jedem gleich sprachen – als dosierten sie die Wörter nach der WortEmpfänglichkeit der Anzusprechenden; der Vater war eher ein "gradan", "verbrannte sich den Mund"... Und da fielen Worte, platschhart wie die Poststempel: "die Sozis", die "Nazis", die "Doppelverdiener !" " Die waren erledigt.

KindheitsZeit: HerumstromerZeit – über Wiesen, an Bächen, in Wäldern, Sandgruben; Floßbauen an Teichen, streunen in Bauernhöfen, weit gehen, entdecken, gezeigt bekommen und fortan benennen können – vom Seidelbast bis zum Pfauenauge; also das NamenKlare. Spät von der Zonengrenze gehört, als Schüler den Käfigzaun gesehen, dann die TeufelsMauer in

Berlin. Dorfbürgermeister: alles schön und gut... Was aber "Politik" sei, das begriff ich an einer Gestalt – kometenklar stand sie lang am Himmel, benannte die SowjetTyrannen, ließ sich nicht alles gefallen, war hartgeduldig, wenn Konferenzen scheiterten; gab nicht klein bei, hob wie einen Schuldschein mit dem berechtigten Anspruch auf Schuldenbezahlen das eine Wort hoch: "Wiedervereinigung". Der Komet hieß Konrad Adenauer. Diese biegsame Standhaftigkeit... Glich er nicht "der Ehe": wenn nach Streitwochen, StummZeiten, WutWorten der VaterFluß sich wieder vereinte mit dem Mutterbach – eben ehegetreu: es mit demselben nicht nur aushalten, sondern aufs neue wagen...

Das Konstanzer GroßvaterAtelier war im "Bettelgässle": Im Bettelgässle war ich König. So behutsam leicht, wie der Opa mit dem Schnitzmesser Span um Span abhob, eine Figur herauszauberte: so leicht teilte sich's mit: "Sowas macht man nicht – stehlen zum Beispiel, jemandem ein Bein stellen..." Vorbildklar teilte sich's mit – vateranders, mutterwiederanders, opa- und omanochmalsanders – "Lieben" hat was mit "gernmachen", also mit "aus Liebe dienen" zu tun: dann könnten Arbeit und Leben eine einzige Münze werden... Und fiel aber auch der Meteor herein: als der BildhauerOnkel, gebrandmarkt vom Krieg in Rußland (worüber er zu mir nie sprach), sich als Gartenarbeiter bei Krupp in Essen nicht mehr "hinaussah", als Künstler ohne Erfolg blieb und sich, 52jährig, umbrachte. Und dennoch doch: Wie lästig oft Vorschriften, auch Kirchen und Schulen waren – es gab da im Dunkeln die Haltegriffe der Bücher; da waren mühelos ins Eigene übersetzbare Sätze: Jeder, so Ernst Jünger, könne die Welt verändern, ob durch Taten oder durch Leiden – das meinte aber nicht "die anderen" sondern das eigene Tun, das nie abhängig werden dürfte: wie die Hunde an ihren Ketten oder die Kühe. Und hielt sich doch lang die Angst: wenn du wissentlich zu spät heimkommst, wenn du was Unangenehmes nicht mit Worten gestehen willst: dieser Feigheitsrest, tief innen drin, also das Herausfordernde der Niederlagen... "Im Bettelgässle war ich König": An diese Prägezeit denke ich ohne 'Nostalgia'; meine "ZielWegSehnsucht" ist immer aufs Zukommende gerichtet, zukunftsneugiersehnsüchtig; unerschütterlich glaubenwissend "von guten Mächten wunderbar geborgen", bist immerzu ein GottAntworte, glichst gerne einer betagten BauernPutzfrau, die's freimütig sagt: "Gott ist mit uns am Abend und am Morgen, und ganz gewiß an jedem neuen Tag."

Godehard Schramm lebt als freischaffender Schriftsteller in Nürnberg

Eine Bemerkung sei diesem Beitrag vorweggeschickt – er erhebt keinesfalls den Anspruch auf eine wissenschaftliche Arbeit, sondern ist eine Reflektion der Ereignisse und Eindrücke, die ich persönlich aus den 80er Jahren mitgenommen habe. Aus der zeitlichen Distanz betrachtet man vieles anders. Fast ein Jahrzehnt ist zwischen dem Ende meiner Schulzeit und meiner jetzigen Tätigkeit als Lehrerin verstrichen.

Schulalltag oder Alltag in der DDR – das Eingebundensein in diverse gesellschaftliche Aufgaben bestimmte wohl den Alltag der meisten Jugendlichen der DDR. Den Morgen mit einem kräftigen Kampflied beginnen, Fahnenappelle, Mitglied der Pionierorganisation werden und später der Freien Deutschen Jugend (FDJ) konzentriert sich in der Aussage: "Nie wieder Faschismus und Krieg". Nachweislich sind Kinder am ehesten manipulierbar und können den Gehalt solcher und ähnlicher Parolen oft gar nicht oder nur teilweise reflektieren.

In den Anfangsjahren erleben wir spürbare Begeisterung, dennoch eine erbarmungslose Eingliederung in die Hierarchien, die da waren Pioniergruppe, später FDJ-Gruppe oder Arbeitskollektiv. Neben den politisch geprägten Nachmittagen wie z.B. dem Versenden von Päckchen an die Soldaten der Nationalen Volksarmee, die Beschützer unserer sozialistischen Heimat, tolle Nachmittage und Arbeitsgemeinschaften wie Literaturzirkel oder Astronomie; Fasching, Discos, Bastelnachmittage, Sport – Angebote gibt es sehr viele. Feierliche Aufnahmezeremonien in die Pionierorganisationen und in die FDJ als eine Art Religionsersatz? Rotlichtbestrahlung in Staatsbürgerkunde, wo kritische Fragen nur selten geduldet werden. Schon in jungen Jahren erschließt sich einem der Begriff Phrase. Was liest man täglich in der Zeitung oder was soll man sich auf den zwei DDR-Fernsehskanälen ansehen? Natürlich ist Westfernsehen unausgesprochenes Tabu, trotzdem sehen es alle. Ist das wirklich alles nur erstunken und erlogen? Will uns der "faulende, parasitäre Kapitalismus" in seinen Bann ziehen? Die Westverwandtschaft kommt nach langwierigen bürokratischen Verrenkungen ab und zu zu Besuch. Was bringen die für tolle Sachen mit! Warum gibt es das bei uns nicht und wenn ja, nur für bestimmte Personenkreise oder für wahnsinnig viel Geld? Die haben doch Arbeit und können sich was leisten. Sie schimpfen auf den Sozialismus in Form der DDR und seine Unmenschlichkeit. Große Augen, Unverständnis. Naivität. Wovon reden die? Uns geht es gut und wir können ja auch in den Urlaub fahren. Es gibt doch so schöne Gegenden in der DDR. Ist zwar Massenabfertigung im FDGB-Heim, aber trotzdem eine tolle Sache, oder? Vorausgesetzt man bekommt einen Platz.

Beschäftigung der Jugend in den Ferien – Ferienlager. Muß man eben sein Pionierzeug (Bluse, Halstuch und Käppi) oder sein FDJ-Hemd mitnehmen. Man kommt dafür mal raus von zu Hause, manchmal sogar ins sozialistische Ausland. Ist doch schön, oder? Alles gemeinsam im Gleichschritt; Gleichmacherei wo man nur hinschaut. Wer anders ist, und das heißt zu DDR-Zeiten, wer kein Pionier oder FDJler ist und nicht an der Jugendweihe, der Konfirmation der Sozialisten teilnimmt, ist irgendwie selbst dran schuld, denn was entgeht demjenigen nicht alles?

Aufwachsen im Neubaughetto. Schön warm und eigentlich doch komfortabel – zusammengepfercht auf 60 oder 70 Quadratmetern mit vier Personen, aber man hat seinen eigenen kleinen Verschlag. Probleme mit dem ersten festen Freund, eigentlich kann man nie so richtig alleine sein.

Abschlußfeier zehnte Klasse. Nicht mehr mit der besten Freundin zusammen sein, die nicht zu den Auserwählten zählt, die an der Erweiterten Oberschule (EOS) lernen dürfen. Man hat gute Zensuren und trotzdem Angst, nicht zugelassen zu werden. Haben die Eltern oder man selbst sich etwas zu Schulden kommen lassen? Diskussionen mit Eltern und "Ostverwandten", auch die kritisieren die DDR. Wir leben und lernen für den Frieden, was soll denn daran falsch sein? Die Mauer als antifaschistischer Schutzwall ist ein beliebtes Aufsatzthema, rote Bücher in der Schule. Langweilig. Man fängt an, nur Inhaltsangaben durchzulesen, reicht ja eh für die Prüfung. Ein bißchen Sozialismusgeschwafel und alles ist perfekt. Verlogenheit?

Stundenlage Fahnenappelle

Abitur. Jeder war registriert bei der Stasi, habe ich jetzt gelesen. Verstehe jetzt die Gespräche einiger Mitschüler beim Direktor während des Unterrichts. Wir wissen, daß es sie gibt, die Denunzianten, aber so schlimm wird es schon nicht sein. Doppelmoral ist an der Tagesordnung: nicht das sagen, worüber man zu Hause diskutiert, schön den Mund halten und mitschwimmen, bloß nicht auffallen und unbequem werden. Man will ja sein Abitur schaffen und einen schönen Studienplatz bekommen. An der EOS erweist sich die Rotlichtbestrahlung als noch intensiver. Stundenlange Fahnenappelle zu Ehren unserer Antifaschisten, ins Klassenbuch wird eingetragen, wer sein FDJ-Hemd vergessen hat. Die Ausrede – es ist in der Wäsche – kommt immer gut an. Spannende Themen in Geschichte und Staatsbürgerkunde: Die Geschichte der SED im Abriß – vom ersten bis zum x-ten Parteitag. Was ist mit dem Rest der Geschichte? Ach so, den hatten wir ja schon in den Klassen 5 bis 8 durchgenommen und abgeschlossen. Abschreiben der Hausarbeiten von unseren Vorgängern zum Thema "Der linke Radikalismus" oder so ähnlich von Lenin. Die Arbeiten ähneln sich Jahr für Jahr mehr. Merkt ja eh keiner. FDJ-Nachmittage. Samstags in der 0. Stunde (7.00 - 7.45 Uhr) Politinformation. Jeder kommt mal dran, was ist in der DDR und anderen Ländern (natürlich durch die sozialistische Brille betrachtet) los? Informationen werden gefiltert. Glücklicherweise gehören auch Sportereignisse dazu, über die zu berichten ungefährlich ist. Andererseits tolle Erlebnisse wie Klassenfahrten nach Moskau oder in die Tschechoslowakei, Wandertage und Discos. Der Anteil der Ostmusik soll 60 Prozent betragen. Aber wer zählt schon nach?

Eingebunden sein in den Wirtschaftsprozeß: einmal pro Woche die sogenannte wissenschaftlich-praktische Arbeit. Was ist in den Betrieben los? Sozialistische Mißwirtschaft, Mangel und Improvisation. Wir sollen Kontakt zur herrschenden Klasse, der Arbeiterklasse halten. Die Arbeiter wissen gar nichts von ihrer Rolle. Die Maschine von 1935 – die hatten die

Russen wohl vergessen mitzunehmen – wird zum zwanzigsten Male repariert. Aber immerhin sind wir ja führend unter den RGW-Staaten (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Engpässe finden ihre natürliche Erklärung in der internationalen Solidarität. Anstehen nach Obst und Gemüse – unsere sozialistischen Bruderländer verkaufen ihre Obst- und Gemüseproduktion lieber für harte Devisen in den Westen. Intershop – die zwanzig D-Mark der Westverwandtschaft werden lange gehütet und dann sorgfältig ausgegeben.

Eintrittswelle in die Partei an unserer Schule. Sprungbrett für die Karriere für unsere Hundertprozentigen mit festem Klassenstandpunkt. (Zur Erinnerung: "Klassenstandpunkt ist der Gesichtskreis mit dem Radius Null.")

"Ich bin noch nicht reif" wird unter Vorbehalt akzeptiert und das Thema vertagt. Die Jungs sollen in die Volksarmee, mindestens drei Jahre, schließlich haben sie ja Abitur machen dürfen. Irgendwie schaffen es trotz Druck doch einige, ihren Einsatz auf 18 Monate zu begrenzen. Ausbildung in der Zivilverteidigung: wir trainieren das An- und Ausziehen von Schutzanzügen auf Zeit, das Rennen mit Gasmaske und die Behandlung von Verletzten. Und wenn sowieso mal eine Atombombe fällt? Egal, wir üben und marschieren im Gleichschritt. Pferchen uns in die Schutzbunker. Schizophrenie?

Stundenlange Gespräche. "Aktuelle Kamera" müssen die Abiturienten im Wohnheim immer sehen, jeden Tag. Ich bin froh, die Abende zu Hause verbringen zu dürfen, eingedeckt mit Aufgaben. Lernen, lernen, lernen. Klassenbuchdienst reicht mir als gesellschaftliche Aufgabe. Gewissenhaft erfüllt.

Nachdenken, immer wieder Gespräche, aber was ist die Alternative? Warum gibt es so viele Sachen bei uns nicht, warum dürfen wir so viele Sachen nicht? Reichen politische Witze als Ventil der immer größer werdenden Unzufriedenheit? Warum weicht die Theorie so stark von der Realität ab?

Abiturball 1989. Erste Flüchtlinge nach dem Westen. Verräter und Asoziale, natürlich. Immatrikulation an der Universität: "Was sind schon zehntausend Flüchtlinge für ein Land mit 17 Millionen? Auf die können wir verzichten." Die Immatrikulationsrede klingt mir noch heute in den Ohren. Der Weg auf die Straße geht wie von selbst und jeder muß erkennen, was los war und nicht mehr sein kann und darf.

Die Immatrikulationsrede klingt mir noch heute in den Ohren. Der Weg auf die Straße geht wie von selbst und jeder muß erkennen, was los war und nicht mehr sein kann und darf

DDR-Nostalgie? Ein klares Nein, auch wenn ich heute oft beklage, daß den Jugendlichen zu wenig Möglichkeiten geboten werden und daß nur der, dessen Eltern es sich auch leisten können, gewisse Freizeitaktivitäten wahrnehmen kann. Zurück? Niemals, nicht dieses Gleichmachen, diese Indoktrination mit sozialistischem Gedankengut von der Kinderkrippe an, dieses Formen von Ja-Sagern, diese Maschinerie, der fast jeder DDR-Bürger unterlegen war.

Auf jeden Fall ehrlich

Frage eines westdeutschen Stipendiaten: Wie konntet ihr das bloß alles hinnehmen? Antwort: Sich über Strukturen informieren, nachlesen und dann noch einmal fragen.

Klufte zwischen Ost und West. Deutlich werden sie beim Grundseminar der Konrad-Adenauer-Stiftung 1992. Ich zitiere einen Stipendiaten, ich glaube aus Schleswig-Holstein: "Woher nehmt ihr Ossis das Recht, euch an uns zu orientieren, vergleicht nach Polen!" Hochmut der auf der richtigen Seite geborenen, die sich um die Chance des Widerstandes gebracht sehen, verhinderte Widerstandskämpfer.

Aber auch viele positive Erfahrungen, Annäherungen, Freundschaften. Aber immer wieder und wieder sage ich, es geht um das Nicht-vergessen-dürfen und wollen, das, was da immerhin 40 Jahre lang war, wie man sich hat vereinnahmen lassen. Respekt vor all denjenigen, die heute schon wieder fast vergessen sind, die den Mut hatten, Nein zu sagen und aufzustehen, und denen es nicht zuletzt zu verdanken ist, daß ich das bin und sein kann, was ich heute bin. Niemals die akzeptieren, die sich jetzt in vollem Bewußtsein ihrer Mitschuld wieder in die Regierungsverantwortung schleichen und alles herabspielen, unter dem Motto: "Es war doch nicht alles schlecht". Aber auch nicht all jene, die nur dem Zeitgeist hinterherschwimmen und alles, was rechts oder links passiert, schon aus Prinzip ablehnen. Eigenständige Persönlichkeiten erziehen, auch und gerade in der Schule, Mut machen in ausweglos erscheinenden Situationen, Individualität herauskehren, im Beruf aufleben und die Chance erkennen. Das wünsche ich mir für die Zukunft. Polemik? Zu emotional? Vielleicht, aber auf jeden Fall ehrlich.

Die Autorin lebt und arbeitet in Rostock. Sie ist Fachlehrerin für Englisch und Deutsch.

Ein "Tanz auf dem Vulkan" Guido Hitze (80er Jahre)

Die 80er Jahre – die "gute alte Zeit"?! Fast will es einem gut Dreißigjährigen in der Retrospektive so scheinen. Aber klingen diese Worte aus der Feder eines doch noch recht jungen Zeitgenossen nicht reichlich aufgesetzt, ja beinahe albern? Zu gering scheint der zeitliche Abstand, um die Jahre der Jugend bereits unkritisch-verklärend zu betrachten, wie dies manche Älteren zuweilen gerne tun.

Und doch können die 80er nicht zu Unrecht im Rückblick den Anspruch erheben, als eine "gute Zeit" in Erinnerung zu bleiben. Aber wie jede Floskel, ist auch diese plakativ,

unzureichend und oberflächlich, erkennt sie doch nur zu leicht die Schattenseiten, welche auch diesem Dezennium anhafteten. Bevor jedoch der gerade diagnostizierte Widerspruch näher erläutert werden kann, ist es ratsam, sich gewissermaßen autobiographisch diesen Jahren zwischen 1980 und 1989 wieder anzunähern, sich zu erinnern.

Im Jahre 1967 ist der Autor dieser Zeilen als drittes und jüngstes Kind aus Schlesien stammender Eltern in Düsseldorf geboren worden. Der Vater war ein kleiner Verwaltungsangestellter im Finanzamt, die Mutter gelernte Krankenschwester, die seit der Geburt ihres ersten Kindes 1956 ihren Beruf nicht mehr ausübte. Aufgewachsen in einem konservativ-katholisch-kleinbürgerlich geprägten Elternhaus, habe ich nie etwas vom revolutionären Aufbruchs-Anspruch der "68er" mitbekommen; meine Kindheit verlief geordnet und behütet, wofür ich meinen Eltern auch heute noch dankbar bin. Neben der christlichen Erziehung haben mich in dieser Zeit jedoch noch drei weitere Momente stark geprägt:

Prägende Momente

Zunächst sind da die materiellen Verhältnisse zu nennen. Gelebt haben wir von nur einem Einkommen – das meines Vaters – zu fünf Personen in einer Drei-Zimmer-Etagenwohnung mit Kochnische. Meine Eltern besaßen weder Führerschein noch Auto, ein kleiner Schwarz-Weiß-Fernseher wurde erst angeschafft, als ich schon vier war und bis zu meinem vierzehnten Lebensjahr kann ich mich nur an insgesamt vier Urlaube erinnern, wovon lediglich einer mit einem Auslandsaufenthalt (Schweiz) verbunden war. Als Jüngster habe ich die Sachen der älteren Geschwister "geerbt", nicht an jedem Tag in der Woche gab es Fleisch und so mancher Wunsch nach teurem Spielzeug blieb unerfüllt. Gelitten habe ich unter diesen Einschränkungen aber kaum, zumal ich sie in dieser Form als solche gar nicht empfunden habe. Dafür sorgten allein schon die Liebe und Zuwendung der Eltern und Geschwister.

Das zweite prägende Moment war die schlesische Herkunft meiner Eltern. Als gebürtiger Rheinländer mit ostdeutschen Wurzeln blieb von Kindheit an mein Blick nicht stur nach Westen ausgerichtet, sondern schloß die Heimat meiner Eltern genauso ein wie das Land, das zwischen dem heute polnischen Schlesien und der Bundesrepublik lag und in dem die Großeltern väterlicherseits nach ihrer Vertreibung aus Breslau lange Jahre gelebt hatten: die DDR oder "Mitteldeutschland", wie wir damals noch sagten.

Beeindruckt hat mich schließlich sehr stark der Vater meiner Mutter, der erst 1984 hochbetagt starb und mir daher noch sehr gut in Erinnerung ist. Er war in der Weimarer Zeit in Oberschlesien Agrarpolitiker und in Berlin Abgeordneter der katholischen Zentrumspartei im Preußischen Landtag gewesen und später unter den Nationalsozialisten verfolgt und inhaftiert worden. Seine Berichte weckten in mir ein unzähmbares Interesse an Geschichte und Politik. Schon früh stand der Wunsch fest, einmal Geschichte studieren und die Zusammenhänge

begreifen zu wollen, die für Deutschland im 20. Jahrhundert so schicksalhaft wirksam geworden sind.

So "präpariert" trat ich in die 80er Jahre ein. Sie sollten viele Wendungen und Brüche, privat und gesellschaftlich, bereithalten. Zunächst brachten sie meiner Familie einen bescheidenen Wohlstand und mehr Platz in der Wohnung, nachdem meine Geschwister beruflich auf eigenen Füßen standen und ausgezogen waren. Welcher Stolz erfüllte mich, als meine Eltern unseren ersten Farbfernseher mit Fernbedienung (!) kauften. Dann kamen die üblichen Widersprüche und Probleme der Pubertät sowie sehr wechselvolle Erfolge im Schulleben. Schließlich schlug ich mich doch noch bis zum Abitur durch, das ich mehr oder weniger glanzvoll erwarb, und stand vor der Erfüllung meines Lebenswunsches: dem Studium der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft.

Übersichtliche Welt

Zwischenzeitlich hatte sich in der Bundesrepublik eine Menge getan. Die sozialliberale Koalition, unter der ich aufgewachsen war, war durch die Regierung Kohl/Genscher abgelöst worden. Infolge dieser "Wende" – der ersten der 80er – sah auch ich mich veranlaßt, politisch aktiv zu werden und in JU und CDU einzutreten. Es folgten Jahre, in denen es mit den Westdeutschen langsam aber kontinuierlich aufwärts ging. Der allgemeine Wohlstand mehrte sich, die öffentliche Hand verfügte offenbar noch über reichlich eingenommenes (und geliehenes) Geld, die sozialen Sicherungssysteme schienen bis auf weiteres stabil und jedem ambitionierten Berufsanfänger alle Wege offen. Die Welt war übersichtlich geteilt; es herrschte Ordnung und jeder wußte, wohin er gehörte. Die "deutsche Frage" schien offenkundig von der "Geschichte" auf alle Zeit beantwortet und die ehemaligen Ostgebiete verschwanden endgültig aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation. Ich erinnere mich noch lebhaft daran, welche Verblüffung, aber auch Verlegenheit uns Schüler beschlich, als unsere Geschichtslehrerin im Rahmen unseres Leistungskurses 1986 das Aufsatzthema stellte, inwiefern die deutsche Einheit noch aktuell sei. An meine Antwort auf diese Frage kann ich mich freilich nicht mehr so gut erinnern. Ich weiß nur noch, daß ich die DDR nicht, wie viele meiner Altersgenossen, als sozialistisches Ausland angesehen habe. Doch über ein unverbindliches "Vielleicht-wird-es-ja-eines-fernen-Tages-doch-mal-was-mit-der-Wiedervereinigung" bin ich seinerzeit wohl auch nicht hinausgekommen.

"Glasnost" und "Perestroika" sind vielleicht die politischen Schlagworte der 80er geworden und haben im Osten für eine zarte Aufbruchstimmung, im Westen, vor allem in der Bundesrepublik, für den Ausbruch der "Gorbimanie" gesorgt

Zu diesem Zeitpunkt war Gorbatschow schon ein Jahr Generalsekretär der KPdSU. Zunächst, auch von mir, mißtrauisch beäugt, baute dieser Mann Stein für Stein den Monolithen Sowjetunion um und den Totalitarismus kommunistischer Spielart ab. "Glasnost" und "Perestroika" sind vielleicht *die* politischen Schlagworte der 80er geworden und haben im Osten für eine zarte Aufbruchstimmung, im Westen, vor allem in der Bundesrepublik, für den Ausbruch der "Gorbimanie" gesorgt. Am Ende stand der Zusammenbruch des gesamten Ostblocks und der Fall der Mauer. Haben, so fragte sich mancher, die 80er das "Ende der Geschichte" gebracht?

Kein Ende der Geschichte

Wir wissen, daß dem nicht so gewesen ist. Die europäische Revolution von 1989 ließ kaum etwas so, wie es in den 80ern noch war. Sie brachte den Völkern Osteuropas die Freiheit und den Deutschen die unerwartete Einheit. Zugleich aber ebnete sie der häßlichen Fratze des Nationalismus den Weg zurück nach Europa, genauso wie einem sozial völlig ungezügelten, hemmungslosen Kapitalismus. Grenzen, die unverrückbar schienen, sind gefallen oder wirken heute eher verbindend als trennend. Europa wächst institutionell und geldpolitisch zusammen, doch auch die Probleme der "Globalisierung" machen diese Entwicklung Stück für Stück mit: strukturelle Massenarbeitslosigkeit; Perspektivlosigkeit der Jugend; die Erosion gewachsener Bindungen, Werte und Normen und die zunehmende Ablösung von kulturellem durch rein technokratisches Wissen seien hier nur als wenige Schlagwörter genannt. Die Zeit wird immer schnellebiger, verwirrender, hektischer; es drohen die totale Technologisierung und Materialisierung der Gesellschaft. Das Primat der Politik ist anscheinend bereits durch dasjenige einer Verbindung von Ökonomie, Technik und Information ersetzt worden.

Wen wundert es da, wenn die Gefahr besteht, die 80er im Kontrast hierzu als Hort der Ordnung, Übersichtlichkeit und Sicherheit anzusehen? Die Erinnerung vermag da Abhilfe zu schaffen und dem Eindruck vorzubeugen, das neunte Jahrzehnt dieses ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts sei eine Art "Goldenes Zeitalter" gewesen. Vielmehr waren die 80er ein "Tanz auf dem Vulkan". Die Menschen, zumindest im Westen, ahnten instinktiv die Veränderungen, die ihnen bevorstanden und genossen vielleicht gerade darum aus vollen Zügen ihren Wohlstand. Nicht umsonst meinte die Union im Wahlkampf 1987 mit ihrem etwas törichten Slogan "Weiter so, Deutschland", die Stimmung der Bevölkerung zu treffen. Zur gleichen Zeit lebte jedoch die Ökologiedebatte auf; der "Saure Regen" reichte als Schlagwort aus, um eine kollektive Weltuntergangsstimmung zu erzeugen und "Tschernobyl" war das Menetekel, das sämtliche rationalen und irrationalen Ängste vor der Atomkraft bündelte, die sich in Massenaufmärschen der Anti-AKW-Bewegung in Brokdorf, Kalkar und Wackersdorf manifestierten. Übertroffen wurde all dies nur noch durch die Hysterie, welche der NATO-Doppelbeschluß in der westdeutschen Bevölkerung auslöste. Sogenannte "Die-Ins", von

Lehrerschaft und Schülervertretung auf den Schulhöfen initiiert, konfrontierten mich als Schüler genauso mit der tiefen, aber undifferenzierten Friedenssehnsucht vieler Westdeutscher wie die Ostermärsche oder die Großkundgebungen vor Hunderttausenden im Bonner Hofgarten.

Und am Ende des Jahrzehnts wurde an den Universitäten, die so gar nichts mehr von dem revolutionären Touch der Studentenbewegung hatten, in so manchen politikwissenschaftlichen Seminaren bereits über den erforderlichen Umbau des Sozialstaates nachgedacht, von dem man schon damals wußte, das er in absehbarer Zeit würde kommen müssen, auch wenn keiner dabei die Aufgaben der Wiedervereinigung auf der Rechnung hatte. Die 80er Jahre waren der Epilog auf die Nachkriegsära und zugleich der Prolog auf die jetzige Zeit des Umbruchs und des Wandels, der durch die bevorstehende Jahrtausendwende symbolisiert wird und dessen Herausforderungen wir uns stellen müssen.

Etwas Melancholie

Aber vielleicht verfälle ich genau deswegen in nostalgische Schwärmerei, wenn ich persönlich an die 80er zurückdenke. Es geht mir irgendwie dabei wie meiner jüngst verstorbenen Großmutter, die, Jahrgang 1898, gern von den Jahren vor "anno 14" erzählte. Und genauso, wie sie von der Einführung der Elektrizität, des Automobils und des Telefons berichtete, fühle ich mich, wenn ich mich an die technologische "Steinzeit" zurückerinnere, die mich selber noch in den 80ern umgeben hat, wo wir noch einen Fernsprecher mit Wählscheibe (was ist das gleich noch?) besaßen, wo die schwarzen Schallplatten nach fünfundzwanzig Minuten auf dem Plattenteller gewendet werden mußten und die Nadel bei Kratzern einfach hängenblieb, wo Gruppen wie ELO, Alan Parsons Projekt oder Barclay James Harvest und nicht Techno-Allerlei und eintöniger Rap den Teenager-Alltag begleiteten, wo ein Commodore-Taschenrechner noch als Krönung des technologischen Fortschritts angesehen wurde und wo in der Schule statt eines Kopiergerätes noch die gute alte Matritzenmaschine Dienst tat, die so herrlich nach Alkohol duftende Abzüge produzierte. Eine Zeit, in der Computer noch ganze Zimmer füllten und PC's für den Normalsterblichen lediglich als Spielzeugapparate in Gestalt eines C 64 käuflich zu erwerben waren, in der die Compact-Disk lange Zeit noch als silbernglitzernde Frisby-Scheibe im Miniformat bestaunt wurde und in der es, zumindest bis zur Einführung des Privat- und Kabelfernsehens Mitte der 80er Jahre, lediglich drei (!), öffentlich-rechtliche Fernsehprogramme gab und in der die "Sportschau" am Wochenende gerade mal eine Stunde dauerte.

Der Fund einer alten Programmzeitschrift aus dem Jahre 1982 beim Umräumen in der elterlichen Wohnung hat mir gerade letzteres noch einmal nachdrücklich in Erinnerung gerufen und einen sehnsuchtsvollen Seufzer nach der Ruhe und Beschaulichkeit jener Tage entlockt. Zuweilen überkommt mich in Anbetracht einer sich immer irrwitziger drehenden

Fortschrittsspirale der Eindruck, ich entstamme einer längst vergangenen Epoche. Dann erfüllt mich Melancholie, aber auch die Furcht, daß mich meine Kinder als einen hoffnungslosen "Gruftie" betrachten könnten. Die 80er Jahre – die "gute, alte Zeit". Ein Stück weit mache ich mir diesen Satz, ganz subjektiv betrachtet, zu eigen. Man möge es dem jungen, alten Autor nachsehen.

Der Autor ist Historiker, arbeitet als Referent in der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und lebt mit Frau und vor kurzem geborener Tochter in Düsseldorf.

Wunsch nach einem erfüllten Leben

Mandy Simon (90er Jahre)

Generation X, Girlie-Power, Null Bock-Generation, Teens, Twens und Twenty-Somethings – es existiert eine Unzahl an Bezeichnungen und Begriffen für die heutige Jugend. Noch nie ist über eine Generation soviel geschrieben, geforscht und polemisiert worden, wie über die unsrige. Mir fällt es schwer, mich da zu verorten. Ich weiß nicht, ob ich zur Generation X gehöre, ob ich die Girlie-Power habe, oder ein Twenty Something bin. Wenn ich an Jugendliche denke, fallen mir spontan die adidasbeschuhten, in Markenjeans gehüllten und skateboardfahrenden 14-jährigen aus unserer Nachbarschaft ein. Gehöre ich mit meinen 22 Jahren überhaupt noch zur Jugend?

Per definitionem schon. Schaut man ins Lexikon, wird Jugend dort nämlich als eine individuelle Phase zwischen Pubertät und Eintritt ins Erwachsenenalter definiert, wobei Erwachsensein hier ökonomische und familiäre Selbständigkeit meint. Und als Studentin bin ich noch ökonomisch von meinen Eltern abhängig. Familiär allerdings nicht, denn ich habe seit einem halben Jahr meine eigene kleine Familie, bestehend aus meinem Ehemann und mir. Ich hoffe, ich gehe trotzdem noch als Jugendliche durch. Aber was macht uns Jugendliche von heute aus, außer unserer ökonomischen und familiären Abhängigkeit?

Gibt es ihn überhaupt, den Jugendlichen von heute? Wenn man sich in den Kreisen derer umhört, die der Jugend schon ein Weilchen entwachsen sind, existiert er, dieser Jugendliche. Und zwar ist er eigensinnig, aufmüpfig und rücksichtslos, eben der Jugendliche von heute. Früher sei die Jugend dagegen ganz anders gewesen. Viel besser natürlich. Aber denken, fühlen, handeln wir heute so anders als unsere Eltern und Großeltern als sie jung waren? Sicherlich haben sich die äußeren Lebensumstände und Rahmenbedingungen mit der Zeit verändert. Aber ich glaube, es existieren viele Verbindungen zwischen der heutigen Jugend und früheren Jugendgenerationen.

Kein Traum vom großen Geld

Jung zu sein hieß, wahrscheinlich zu allen Zeiten, noch auf dem Wege zu sein, andere Freiheiten als die Erwachsenen zu haben, sich ausprobieren zu dürfen. Und vor allem hieß es, noch träumen zu können. Wahrscheinlich unterscheiden sich meine Träume von denen meiner Eltern oder Großeltern. Während sie vielleicht noch von einem Leben im Frieden oder einem Deutschland ohne Mauer träumten, sind diese Träume für mich schon Realität, und meine Wünsche können einen weiteren Horizont erhalten, dürfen viel persönlicher sein. So wünsche ich mir zum Beispiel, daß ich meinen lang gehegten Berufswunsch, als Journalistin zu arbeiten, verwirklichen kann. Ich träume nicht vom großen Geld oder der steilen Karriere, der sich alle anderen Interessen, Familie und Freunde unterordnen müssen. Ich möchte jedoch morgens aufstehen können und Lust auf meine Arbeit haben, eine Arbeit, die mich täglich neu herausfordert, mich lernen läßt, und eine Arbeit, bei der ich interessanten Menschen begegne. Und ich hoffe, daß es für mich als Frau später möglich sein wird, Beruf und Familie so zu vereinbaren, daß keines von beiden darunter leidet. Was ich mir aber am meisten wünsche, ist, daß es mir gelingt, das Wesentliche im Leben erkennen, zu realisieren, was für mich und meine Umwelt, für die Menschen neben mir, wichtig ist, und daß ich die Energie und den Mut aufbringe, entsprechend zu handeln.

Vielleicht ähnelt dieser Wunsch nach einem erfüllten, sinnvollen Leben sogar den Jugendträumen meiner Eltern oder Großeltern. Aber was verbindet uns, außer der Gabe noch träumen zu können, mit früheren Jugend-Generationen? Ich glaube, es ist die Tatsache, daß Jugendliche zu allen Zeiten schon rebellisch gegen ihre Eltern waren, in ihrer eigenen Sprache sprachen, ihre Idole hatten und alles ganz anders machen wollten als die Alten. Doch was unterscheidet uns Jugendliche heute von den Generationen unserer Eltern und Großeltern? Weshalb sind wir so interessant für die moderne Sozialisationsforschung? Ich denke, es liegt daran, daß wir in unserer Gesamtheit so schwer zu fassen sind. Konnte man frühere Generationen noch als Beatnicks, Hippies, 68er oder Punks zusammenfassen, fällt es bei uns schwerer. Unsere Jugendkultur ist so schnellebig wie unsere Zeit. Was heute noch gefällt, ist morgen out. Ich habe mich nicht, wie meine Eltern früher, auf eine bestimmte Musikrichtung oder einen speziellen Kleidungsstil festgelegt.

Die einzige grundsätzliche Orientierung ist mein christlicher Glaube, der mich mit vielen meiner Freunde verbindet, der mein Leben bestimmt, meine Entscheidungen lenkt. Ansonsten ist vieles in meinem Leben noch einem ständigen Wandel unterworfen. Meine Einstellungen, Neigungen und Interessen sind noch nicht so stark ausgeprägt. Ich bin noch offen für neue Ideen, neue Impulse und neue Freunde. Ich möchte gern noch einmal im Ausland studieren oder später vielleicht sogar im Ausland arbeiten. Vielleicht ist diese Flexibilität und Mobilität im Leben auch etwas, was uns von früheren Generationen unterscheidet. Denn uns stehen heute viel

mehr Chancen und Wege offen. Und vor allem haben wir mehr Zeit, unseren eigenen Weg zu finden, denn unsere Jugendphase währt länger.

So werde ich aufgrund einer längeren Ausbildungszeit erst viel später erwachsen sein als meine Eltern oder Großeltern, die mit 22 Jahren schon berufstätig waren oder sogar Kinder hatten. Ich bin dankbar für die vielen Möglichkeiten, die mir im Gegensatz zu meinen Eltern heute offenstehen, daß ich auch als Christin studieren kann.

Vielleicht ist diese Flexibilität und Mobilität im Leben auch etwas, was uns von früheren Generationen unterscheidet. Denn uns stehen heute viel mehr Chancen und Wege offen

Uns Jugendlichen geht es heute in vielerlei Hinsicht besser als früheren Generationen, die ihre Jugend vielleicht vor dem Hintergrund des Krieges oder des Wiederaufbaus erlebten, aber auch wir haben unsere eigenen Sorgen und Nöte.

Viele Jugendliche in meinem Umfeld haben Angst, nach der Ausbildung keine Arbeit zu finden. Die enorme Arbeitslosigkeit beschäftigt sie oft mehr als die klassischen Jugendthemen wie Identitätsfindung oder Partnersuche. Auch mich befällt manchmal Angst, nach dem Studium keine Stelle zu finden. Aber ich bin froh, daß mich diese Angst nicht bremst, sondern mich eher dazu treibt, schon während meines Studiums soviel Praxiserfahrungen wie möglich zu sammeln. Durch freie Mitarbeit in einer Redaktion, durch Akademien und Praktika in den Semesterpausen versuche ich, meine Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Aber ich weiß, daß die Angst davor, keinen Job zu finden, viele andere Jugendliche lähmt und sie in die Resignation und Verzweiflung treibt. Ich glaube sogar, daß die Arbeitslosigkeit vor allem hier im Osten eine der prägendsten Sozialisationserfahrungen meiner Generation ist.

Die Autorin lebt in Chemnitz, studiert dort Geschichte und arbeitet als freie Mitarbeiterin für die Chemnitzer Lokalzeitung "Freie Presse".

Zwischen Erwartungsdruck und Partystimmung
Beate Böckem (90er Jahre)

So ein Montagmorgen hat etwas Brutales. Jedenfalls beginnt er immer viel zu früh. Wer sich als Student zu derartigen Äußerungen hinreißen läßt, erntet meistens nicht mehr als ein müdes, oft mitleidiges Lächeln seiner Zeitgenossen. Bei mir ist das im wesentlichen nicht anders. Obwohl ich für mein Empfinden, auch viele meiner akademischen Mitstreiter im Hinterkopf haltend, diesem reichlich abgegriffenen Klischee des "faulen Studenten" nicht entspreche. In Zeiten, in denen in meinem Hauptfach – Neuere Germanistik – 799 Kommilitonen mit mir

zusammen das Semester verbringen, hat sich der Begriff des "Spaß"-Studiums in vielerlei Hinsicht überholt. Leistung und Erfolg gelten als oberste Prämisse, wenn man an einem beruflichen Weiterkommen interessiert ist. Sich selber dabei zu entsprechen ist der Drahtseilakt, der vielen Studenten zu schaffen macht. Unsicherheiten und Suche nach einer Hilfestellung gibt es nicht nur bei den Studenten der ersten Semester.

Trotz der vagen Zukunftsperspektive und mancher kleinen und großen Steine im Weg bin ich für meinen Teil sicher, auf dem richtigen zu sein. Zwar ist ein Studium der Germanistik und Kunstgeschichte kein Garant für eine Topanstellung – doch wo gibt es diesen noch? Laut jüngster Umfragen der Zeitschrift "Journalist" hat der Berufswunsch des "Journalisten" die traditionell beliebtesten Berufsziele "Mediziner" und "Jurist" auf die hinteren Plätze verbannt. Ein Faktum, was mich eher bedenklich stimmt – möchte ich doch nach abgeschlossenem Studium in spe genau diesen Beruf ergreifen. Durch eine freie Mitarbeiterschaft im Kulturressort einer Lokalredaktion habe ich zwar schon zaghaft das Bein in der Tür. Fortbildungsseminare für junge Journalisten (wie die der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.) ermöglichen mir dabei weitere Einblicke. Doch wird das reichen? Eine Frage, die ich noch durch Motivation und Spaß am Schreiben von mir weise. Offen ist auch noch, ob dieser Beruf meine Existenz sichern kann und inwiefern eine Familie mit eventuellen Kindern in diesen Berufswunsch für eine Frau paßt.

Übervoller Terminplan

Neben dem Studium und den journalistischen Ergüssen steht ein weiterer Punkt auf dem Plan – der Nebenjob zum Gelderwerb. Wer eine eigene kleine Wohnung hat und ein Auto zwecks Mobilität, ohne die schon fast gar nichts mehr geht, wird sich mit dieser Frage früher oder später konfrontiert sehen. Meine Eltern, zu denen ich eine gute und offene Beziehung habe, müssen ja nicht die Vollfinanzierer spielen. Ich suche Selbständigkeit, möchte mich anders definieren. Ein Nebenjob im Lagerverkauf eines Modedesigners nimmt zwar die freie Zeit zwischen Uni und Redaktion, aber auch diese Arbeit ist mir wichtig. Eine Beschäftigung neben dem Unileben bedeutet nicht, einfach nur Geld zu verdienen. Vielmehr ist es für mich von Bedeutung, am Arbeitsleben außerhalb des Hörsaales teilzuhaben. Viele Freunde, die mit mir in Bonn studieren, sehen oft das Problem, die Theorie zu lernen und doch von dem praktischen Arbeitsleben nicht genug zu wissen.

Zwei Jobs, das Studium, der Freund, Hobbys wie Ballett, Freunde, die man gerne sehen möchte, sowie ein Wochenende, an dem man auch keine gemeinsame Party ausschlagen möchte – mein Terminplan ist bis zum Anschlag gefüllt. Meinen Freunden, die durch Studium oder Ausbildung selber genug zu tun haben, ist die Fülle meines Tagesplans oft etwas unheimlich. Wenn ich ganz ehrlich bin, mir auch. Doch möchte ich von meinen Aufgaben im Grunde genommen keine missen. Blicke über meine Beschäftigungen hinaus, Gespräche mit

Freunden, Eltern oder Bekannten erleichtern mir, das Wesentliche nicht ganz zu vergessen. Erwartungshaltungen aus den verschiedensten Bereichen – von Gesellschaft, Altersgenossen, Politik und Medien – können schnell die Sicht auf sich selber verschleiern. Ich versuche meist, daß eigene Lebensziel nie aus den Augen zu verlieren und mich dabei gleichzeitig nie zu überzubewerten.

Die Alternativen neben traditioneller Lebensführung haben sich, im Vergleich zu der Generation meiner Eltern, glücklicherweise stark vergrößert

Neben beruflichen Zielen spielt das persönliche Glück eine wichtige Rolle. Ein partnerschaftliches Leben, ein gewisser Standard, den man erreichen möchte, liegt vielen am Herzen. Gerade im diesen Bereich, in dem wachsende Unfähigkeit zur Kommunikation und Einfühlung für andere beobachtet werden kann, steigt der Wunsch nach Geborgenheit. Ich für meinen Teil hoffe, neben dem Beruf auf Partnerschaft und Familie nicht verzichten zu müssen. Die Alternativen neben traditioneller Lebensführung haben sich, im Vergleich zu der Generation meiner Eltern, glücklicherweise stark vergrößert.

Anforderungen in vielerlei Hinsicht. Zum ernsthaften Problem werden sie dann, wenn man sie ohne kritisches Hinterfragen zu verfolgen sucht. Viele verzweifeln an dem Druck, wenn sie der Erfüllung der zahlreichen Kriterien zum vermeintlichen Erfolg zu entsprechen versuchen. Die Folge, verschiedenartige Fluchtmöglichkeiten in andere Wirklichkeiten vorzuziehen, ist in ihren verschiedensten Ausprägungen ein bekanntes gesellschaftliches Problem, nicht nur der Jugend. Durch eigene Eindrücke von dem, was mich umgibt, durch meine Wünsche, Ziele sowie meine Lebenssituationen und die meiner Freunde sehe ich das Leben nicht als eine Art Kampf an. Trotz zurecht viel diskutierter Jugendproblematik sind meiner Generation in mehreren Bereichen, wie zum Beispiel in der Art und Weise, das individuelle Leben zu gestalten, von vorherigen Generationen schon einige Rechte erstritten worden. Das vor uns liegende Leben kann aber auch nicht als nie endende Party verstanden werden. Aktuelle soziale Probleme, Arbeitslosigkeit und der nicht nur politische Weg in ein neues Jahrtausend stellen nicht minder hohe Anforderungen an uns. Vielmehr kann das Leben als "Aufgabe" gesehen werden. Eine Aufgabe, der sich jeder, für die Gesellschaft im Allgemeinen und sich im Speziellen, stellen sollte.

Montagmorgen ist wirklich scheußlich. Den Wecker mit einem Schlag zum Schweigen gebracht, stehe ich auf. Ich habe mal wieder einen langen Tag vor mir. Und bin gespannt, welche Aufgaben mich erwarten.

Die Autorin ist Studentin der Germanistik und Kunstgeschichte an der Universität Bonn und lebt in Siegburg.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 43-74

Bleibt so klug, wenn ihr erwachsen seid!

Erich Kästner und die Jugend

Roman Luckscheiter

Es muß der menschliche Blick sein, der noch heute den Büchern von Erich Kästner zum Erfolg und zu einer großen Leserschaft verhilft. Junge Leser fühlen sich verstanden und ernstgenommen. Erwachsene sollten selbstkritisch registrieren, daß der Autor Kinder für tendenziell vernünftiger hält als ihre Eltern. Am 23. Februar wäre Erich Kästner 100 Jahre alt geworden.

Wenn erwachsene Männer etwas vorhaben, dann setzen sie es durch. So kommentiert der Erzähler etwas ironisch den liebevollen Bau eines Schneemanns im winterlichen Hotelpark durch die Herren Schulz, Kesselhuth und Hagedorn. Die "drei Männer im Schnee" (ein Millionär, ein arbeitsloser Werbefachmann und ein Diener) sind die Hauptfiguren eines modernen Märchens – und verhalten sich in dieser Szene vorbildlich im Sinne von Erich Kästner, ihrem Erfinder. Denn sie zeigen für den Moment, daß sie sich das "Kind im Manne" bewahrt haben. Kästner, dessen hundertster Geburtstag in diesem Jahr begangen wird, hat sich zeitlebens darum bemüht, die Erwachsenen an ihre kindliche Seele zu erinnern und die Jugendlichen entsprechend auf das Erwachsensein vorzubereiten, damit sie sich nicht zu einem Typus entwickelten, wie ihn der Hotelpartier der "drei Männer im Schnee" verkörpert. Indigniert will der sich nämlich zum Schneemann "lieber nicht äußern" und gibt vor, von Schneemännern nichts zu verstehen.

Der Mann verwechselt offenbar Reife mit Humorlosigkeit. Im Roman ist er eine Witzfigur und in einer eher unbedeutenden Funktion. Doch in der Realität kann solche Nüchternheit mitunter zerstörerisch wirken. In den "Kindergeschichten für Erwachsene" erzählt Kästner von dem Tag, als er in der Schule über den Osterhasen aufgeklärt wurde. Die Schulklasse hatte ihren Lehrer in der letzten Stunde vor den Ferien gebeten, eine Geschichte vom Osterhasen zu erzählen, woraufhin der Lehrer, "hingerissen, Kinderpsychologie experimentell zu betreiben", alle diejenigen, die noch an den Osterhasen glaubten, bat, die Hand zu heben. Kästner imaginiert, was er diesem Lehrer rückblickend gerne sagen würde: "Werter Herr! Sie waren seinerzeit so liebenswürdig, mich etwas plötzlich auf die Wirklichkeit vorzubereiten, als Sie den Osterhasen umbrachten. Beim Fortschritt der Menschen, an den Sie glauben, das war für mich ein wenig hart. Und wüßte ich, daß Sie noch heute an jenen Fortschritt glauben – ich bin gern bereit, Sie von diesem Märchen zu erlösen."

Nicht nur Trost – auch Zielvorgabe

Auch Kästner bereitet seine jugendlichen Leser auf die Wirklichkeit vor; seine Haltung ist jedoch vom erhobenen Zeigefinger ebenso weit entfernt wie von rücksichtsloser Aufklärung. Kästner, der schon mit siebzehn Jahren eine Volksschulklasse unterrichtete, bevor er Germanistik und Theaterwissenschaft bis zur Promotion studierte, wollte Geschichten erzählen, die zeigen, wie sich das menschliche Zusammenleben in Eintracht gestalten lassen könne: Ob in "Emil und die Detektive" (1929), "Pünktchen und Anton" (1931), "Das fliegende Klassenzimmer" (1933) oder "Das doppelte Lottchen" (1949): Unangenehmes wird nie vorgeführt, ohne es schließlich in Harmonie aufzulösen. Das hat Kästner erwartungsgemäß den Vorwurf von seiten der Germanistik eingehandelt, er beschönige die Realität und verfasse letztlich affirmative Unterhaltungsliteratur.

Nur ist ein solcher Vorwurf so reflexhaft wie ungerecht. Den Kindern und Jugendlichen wird in Kästners Geschichten eine Harmonie vorgeführt, die nicht nur als Zufluchtsort des Trostes fungieren soll, sondern auch als Zielvorgabe. Daß Lotte und Luise im "doppelten Lottchen" ihre getrennten Eltern wieder zusammenbringen, ist die Antwort auf den von Kästner beklagten Zerfall von Ehe und Familie und legt den Akzent auf die Möglichkeiten eigenständigen Handelns.

Kästners kritische Sicht auf die Gesellschaft wird in vielen seiner Schriften deutlich, allen voran im Roman "Fabian". Gerade deshalb ist es interessant zu sehen, daß dieselbe Großstadt Berlin, die in "Fabian" als das Zentrum der Dekadenz erscheint, in den "Emil"-Romanen eine faszinierende, bunte Großstadt ist, in der die Kinder ihre Abenteuer erleben. Dabei hat "bunt" nichts rundweg Beschönigendes, es ist der angemessene Ausdruck für das Leben. In "Als ich ein kleiner Junge war" heißt es dazu: "Durch rosarote Brillen sieht die Welt rosarot aus. Das mag ein hübscher Anblick sein, aber es handelt sich um eine optische Täuschung. [...] Es gibt auch Optiker [...], die den Leuten Brillen mit schwarzen Gläsern verkaufen, und schon ist die Erde ein Jammertal und ein hoffnungslos verfinsterter Stern". Beide Brillen sind Kästners Sache nicht.

Keine sorgenfreie Kindheit

Kästners eigene Kindheit war alles andere als sorgenfrei; seine Eltern lebten getrennt im selben Haus in einer Dresdner Straße ohne Vorgärten, wetteiferten um die Gunst des Kindes, die Wohnungen waren klein und ärmlich, und wann Kästner erfuhr, daß Emil Kästner gar nicht sein leiblicher Vater war, ist nicht bekannt. Die enge Bindung an die Mutter, die sich in ihren Depressionen mehrfach mit Selbstmordgedanken trug, blieb bis zu ihrem Tod 1956 in täglichem Briefkontakt bestehen. Es scheint, als ob dann erst Kästners Kindheit geendet habe; ein Jahr später erscheinen seine Kindheitserinnerungen "Als ich ein kleiner Junge war". Sie sind an die "Kinder und Nichtkinder" gerichtet, aber werden im Vorwort mit der Einschränkung

versehen, daß nicht alles, was Kinder erleben, sich dafür eigne, daß Kinder es lesen. So bleibt manches angedeutet, wie beispielsweise die Zeit, als Kästner im Ersten Weltkrieg ein achtzehnjähriger Gefreiter war; auf dem Dresdner Exerzierplatz, so heißt es, "durfte ich als Junge spielen und als Soldat strafexerzieren. Habt ihr schon einmal mit vorgehaltenem Karabiner, Modell 98, zweihundertfünfzig Kniebeugen gemacht? Nein? Seid froh! Man kriegt für den Rest seines Lebens nicht wieder richtig Luft." Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte er, der im Dritten Reich geborenen Jugend in ihrer desolaten Umgebung Orientierung zu geben. Von 1946 bis 1948 gab er im Rowohlt-Verlag die Jugendzeitschrift "Pinguin" heraus, in der es unter anderem schon Meinungs- und Diskussionsforen gab, die demokratische Spielregeln einüben sollten. "Wir wollen Deutschland neu aufbauen und bei unserem Charakter beginnen", schrieb Kästner im ersten Leitartikel.

Und so erstaunt es, mit welcher Begeisterung der hundertste Geburtstag dieses Autors in diesen Tagen gefeiert wird, wo doch Vorbilder oder Moral nun nicht gerade als Grundvoraussetzung aktueller Bestseller gelten

Dieses Anliegen verfolgte Kästner mit zunehmender Programmatik. "Warum und vor wem", so fragte er 1953 auf der "Internationalen Tagung für das Jugendbuch", "soll die Jugend heute Respekt haben? Angesichts einer zerbrochenen, unbelehrbaren und von echten Idealen und Vorbildern nahezu chemisch gereinigten Welt?" Die Literatur müsse sich daher verstärkt darum bemühen, neue Vorbilder zu entwerfen und die Moral des Zusammenlebens zu illustrieren. Und so erstaunt es, mit welcher Begeisterung der hundertste Geburtstag dieses Autors in diesen Tagen gefeiert wird, wo doch Vorbilder oder Moral nun nicht gerade als Grundvoraussetzung aktueller Bestseller gelten. Es muß der menschliche Blick sein, der noch heute den Büchern zum Erfolg und zu einer großen Leserschaft nicht nur beim Lesewettbewerb im Bundespräsidialamt verhilft. Die vielfachen Hinwendungen des Erzählers an seine jungen Leser bewirken, daß diese sich ernstgenommen und verstanden fühlen. Wann gibt ihnen schon einmal ein Erwachsener zu verstehen, daß sie tendenziell vernünftiger seien als ihre Eltern? Die Episode über eine von Kindern regierte Enklave, wie sie sich in "Der 35. Mai oder Konrad reitet in die Südsee" findet, ist zwar wieder einmal ein Märchen, aber über die "verkehrte Welt", die dort dargestellt wird, heißt es schon in der Kapitelüberschrift, daß sie "nicht die verkehrteste" sei. Hinter einem Tor mit der Aufschrift "Zutritt nur mit Kindern gestattet" werden Erwachsene erzogen, die sich ihren Kindern gegenüber schlecht verhalten haben.

Dumm ist ein Kind in Kästners Geschichten so gut wie nie. Verschmitzt, aber anerkennend, nimmt Kästner in den fünfziger Jahren auch den gestiegenen Bildungsstand wahr. Schon die Säuglinge, so Kästner in der Geschichte von der "Entlarvung des Osterhasens", sagten nun zu ihren Eltern, man wolle lieber über den Darwinismus diskutieren, als sich die Geschichte vom Klapperstorch anzuhören. Und dennoch sein Plädoyer für das Spiel mit den Illusionen. Reife

heißt, spielen zu können – in Kästners Gedicht "Die Großeltern haben Besuch" raten die Großeltern ihren Enkeln:

Spielt brav mit Sand und baut euch Illusionen!
Ihr und wir Alten wissen ja Bescheid:
Man darf sie bauen, aber nicht drin wohnen.
Ach, bleibt so klug, wenn ihr erwachsen seid.

Wenn heute von Soziologen im Hinblick auf hedonistische Altachtundsechziger und vergnügungssüchtige Ferienclubmatadoren gesagt wird, man befinde sich in einer "kindlichen Gesellschaft", die keinen Ernst und kein Verantwortungsgefühl mehr kenne, so steht diese Gesellschaft dem kästnerschen Plädoyer fast diametral gegenüber und müßte eher in "kindische Gesellschaft" umbenannt werden. Während man heute auf die ewige Jugend setzt, heißt es bei Kästner, man solle beim Erwachsenwerden die kindliche Seele nicht vergessen. Das ist ein bedeutender Unterschied. Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Dann kann man sich auch Schneemänner und Osterhasen leisten.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 75-78

Demokratie ist kein Naturgesetz

Demokratie ist eine ständige Aufgabe. Sie muß immer wieder mit Leben gefüllt, ihre Werte und Spielregeln erlernt und von Generation zu Generation weitergegeben werden. Nur so hat die menschlichste aller Regierungsformen Zukunft. Wie aber kann eine "Erziehung zur Demokratie" angesichts eines gewandelten Politikverständnisses gerade unter der jüngeren Generation aussehen? Dieser Frage gehen die folgenden Beiträge aus unterschiedlichen Blickwinkeln nach.

In der Familie Demokratie erlebbar machen

Josef Kraus

Erziehung zur Demokratie beinhaltet ein Dreifaches: Sie bedeutet erstens Erziehung zum Verständnis des Prinzips Demokratie, zweitens zum Eintreten für Demokratie und drittens zur Mitwirkung in einem demokratischen Gemeinwesen. Erziehung zur Demokratie ist damit die herausragende Aufgabe einer jeden Erziehung und einer jeden politischen Bildung in einem freien Rechts- und Sozialstaat.

Verfolgt man freilich die Diskussionen um politische Bildung, so drängt sich die Vermutung auf, diese Diskussion werde hauptsächlich und einseitig von zwei Gruppen bestimmt. Da ist eine Gruppe, die politische Bildung vor allem als institutionalisierte, als quasi-offizielle politische Bildung und somit als Veranstaltung von Schule, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Medien usw. sieht. Und da ist eine zweite Gruppe, die meint, Erziehung zur Demokratie bestehe darin, Heranwachsende nach dem Prinzip "laissez faire" alles machen zu lassen oder sich ihnen als Erzieher anzubiedern. Erziehung zur Demokratie wird von dieser Gruppe verstanden als Erziehung mit dem Ziel, alles zu dürfen und nichts zu sollen. Aber weder die Gruppe der "Verstaatlicher" von Erziehung noch die Gruppe der kumpelhaft Antiautoritären kommt der Aufgabe der Erziehung zur Demokratie auch nur halbwegs nach.

Denn die Defizite politischer Bildung haben sehr viel damit zu tun, daß zu wenig über den Beitrag der Familie zu politischer Erziehung und Bildung nachgedacht wird. Wie jede Erziehung aber beginnt auch Erziehung zur Demokratie, zu demokratischen Haltungen und zu demokratischem Handeln in der Familie, oder aber es fehlt ihr der Unterbau. Familie ist somit erstes, wichtigstes und nachhaltig prägendes Vorbild beim Erwerb demokratischer Einstellungen und bei der Entwicklung demokratischen Handelns. Denn gerade in der Familie sind alltäglich die – nicht selten miteinander in Kollision geratenden – Merkmale des demokratischen Prinzips praktisch erlebbar: die Achtung der Individualität des einzelnen, die

Förderung der Eigenverantwortung, das Recht auf eigene Meinung, die Bereitschaft zum Zuhören, die Toleranz gegenüber anderen Einstellungen und Erfahrungen, die Bereitschaft zum Gewaltverzicht, die Verpflichtung zum Kompromiß, aber auch die Achtung einer legitimen Norm und einer personalen Autorität. Was hier innerhalb der Familie – zum Beispiel durch ein bloßes, bequemes Geschehenlassen – versäumt wird oder was hier an bedenklichen Prägungen stattfindet, vermag institutionalisierte Demokratieerziehung gar nicht oder nur unter sehr großem Aufwand zu kompensieren.

In puncto Erziehung und Sozialisation muß wieder mehr auf die eigenen Kräfte der Menschen, hier der Eltern, gebaut werden. Engagiert zu erziehen, das ist nicht zuletzt eine staatsbürgerliche Verpflichtung der Eltern

Zugleich kann und darf der freiheitliche Rechtsstaat selbst kein umfassender Erziehungsstaat sein, auch dann nicht, wenn es um politische Bildung und um Erziehung zur Demokratie geht. In einem erzieherisch allgegenwärtigen und in Sachen politischer Bildung allmächtigen Staat verblaßte nämlich das Leitbild vom freiheitlichen Staat. Deshalb muß bei einer Erziehung zur Demokratie das Prinzip der Subsidiarität gelten. Was Eltern und Gemeinschaft allein nicht leisten können, im besonderen eine anspruchsvolle Bildung, das hat der Staat zu leisten. Richtig. Aber: In puncto Erziehung und Sozialisation muß wieder mehr auf die eigenen Kräfte der Menschen, hier der Eltern, gebaut werden. Engagiert zu erziehen, das ist nicht zuletzt eine staatsbürgerliche Verpflichtung der Eltern. Mit anderen Worten: Schule darf kein Ersatz-Elternhaus sein. Im Erzieherischen hat Schule subsidiäre Aufgaben, sonst aber – so sagen es nahezu alle Schulgesetze – primär die Aufgabe des Unterrichtens. Ein Überhandnehmen "öffentlich" veranstalteter Erziehung würde zu einem Funktionsverlust der Familie und des elterlichen Erziehungssouveräns führen, denn dadurch würden Eltern dazu verführt, nur noch "außer Haus" erziehen zu lassen.

Für eine Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule

Gleichwohl gibt es weder allgemein noch hinsichtlich der Erziehung zur Demokratie einen generellen Erziehungsnotstand. Millionen von Eltern erziehen verantwortungsbewußt und engagiert. Hunderttausende von Lehrern wissen um ihre vermehrten erzieherischen Aufgaben, und sie kommen diesen Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen nach. In zunehmendem Maße wird Erziehung aber mit Entwicklungen und Einflüssen konfrontiert, die Erziehung erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Dazu gehören so manch skandalumwittertes Politiker-"Vorbild", so manches nicht eingelöste Wahlkampfversprechen und so manche mediale Polit-Inszenierung. Ein bequemes Ablenkungsmanöver wäre es also zu glauben, Schule könnte bei der Erziehung junger Menschen zu mündigen Demokraten maßgebliche oder

gar allein wirksame gesellschaftliche Besserungsanstalt und Reparaturwerkstatt sein. Vielmehr müssen sich Elternhaus und Schule als Partner verstehen und sich klarmachen, wer gerade auch in der Frage der Erziehung zum Staatsbürger in einer Demokratie was zu machen hat und wer was besser kann.

Hier ist ein erzieherischer Konsens der beiden maßgeblichen Erziehungsinstitutionen vonnöten. Dazu gehört es, zur Kenntnis zu nehmen, daß auch demokratische Erziehung nicht in einer Gefälligkeitpädagogik bestehen kann. Ein wichtiges Ziel demokratischer Erziehung heißt zwar Erziehung zur Toleranz. Solche Erziehung zur Toleranz bedeutet jedoch, daß Erzieher nicht alles tolerieren können. Deshalb muß Erziehung bereits in der Familie Grenzen setzen. Werden Grenzüberschreitungen nicht sanktioniert, so bleibt ein undemokratisches, zum Beispiel ein gewalttätiges Verhalten als erfolgreiches Verhalten stehen, das Nachahmer findet.

Ansonsten muß an das Grundgesetz, speziell Artikel 6, Absatz 2, erinnert werden: "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht." Das heißt in einem freiheitlichen Rechtsstaat: Leitziele einer elterlichen Erziehung sollen eben auch die Grundrechte und Grundpflichten des einzelnen in einem demokratischen Gemeinwesen sein. Das wäre ein großer Beitrag einer in der Familie beginnenden staatsbürgerlichen Erziehung. Es darf zudem daran erinnert werden, daß ein wichtiges Erziehungsziel "Zufriedenheit" heißt. Im Wort "Zufriedenheit" steckt das Wort "Frieden". Zufriedenheit bedeutet Friedfertigkeit, und letztere ist Voraussetzung sozialen Friedens – von Kindern erstmals erlebt oder bewußt nicht erlebt in der Familie. Und es soll schließlich daran erinnert werden, daß Erziehung zur Demokratie Erziehung durch "In-Anspruch-Nehmen" (Eduard Spranger) junger Menschen hinsichtlich Leistungsbereitschaft und hinsichtlich sozialer Pflichten bedeuten darf. Das ist wichtig, denn nur wenn junge Menschen frühzeitig die Bedeutung persönlichen Engagements kennenlernen, vermögen sie den verführerischen Vorstellungen eines bequemen Versorgungsstaates oder irgendwelcher Blender zu widerstehen.

In diesem Sinne beginnt Erziehung im kleinen und im Alltag. Sie kann sich in der Familie – auch als Erziehung zur Demokratie – tagtäglich realisieren als Übernahme häuslicher Pflichten, als Achtung der Meinung anderer Familienmitglieder, als Zuhörenkönnen, als Schließen von Kompromissen und als Achten normativer und personaler Autorität. Und sie kann sich stündlich realisieren in der Verwirklichung eines der wichtigsten Erziehungsziele, in der Erziehung zur Achtung der Würde des Menschen, das heißt in alltäglichen Umgangsformen. Würdeloses scheint sich hier einzuschleichen – auch zwischen Kindern und Eltern. Hier dürfen Erzieher nicht wegschauen.

Erziehung zu Rechtstreue und Eigenverantwortung

Darüber hinaus muß elterliche Erziehung konkrete "politische" Ziele haben. Zur politischen Erziehung gehört bereits zu Hause die Auseinandersetzung mit der Frage nach der Rechtstreue. Hier müssen wir wieder zur Kenntnis bringen, daß es Werte gibt, die dieses Gemeinwesen zusammenhalten und das Abendland geprägt haben. Dazu gehört es, gerade junge Menschen bereits in der Familie immer wieder über das sensible Wechselspiel von Freiheit und Verantwortung, von Rechten und Pflichten, von Freiheit und Gleichheit aufzuklären. Es sind dies ja jeweils zwei Seiten einer Medaille: Auf der Medaille "Freiheit" steht auf der Rückseite "Verantwortung", auf der Medaille "persönliche Freiheit" lautet die Rückseite "Freiheit der anderen", und auf der Medaille "Rechte" heißt es auf der Rückseite "Pflichten". Diese jeweiligen Ergänzungsgegensätze sind im Alltag der Familie viel anschaulicher erfahrbar als in zwangsläufig theorielastigen Sozialkundestunden.

Zur politischen Erziehung im Elternhaus gehört ferner die Erziehung zur Eigenverantwortung. Dies muß mit Nachdruck betont werden, denn schließlich hat sich mental bei alt und jung die Trennung von Staat und Gesellschaft verwischt. Gesellschaft und Gemeinschaft neigen immer mehr dazu, Aufgaben an den Staat zu delegieren (bis hin zu ureigenen erzieherischen Aufgaben). Der Staat wird vielfach nur noch verstanden als allmächtige Sozialagentur, als omnipotenter Lieferant und Dienstleister, als hypertropher, totaler Versorgungsstaat, als Garant für die Erfüllung von Vollkasko-Ansprüchen. Unter Vernachlässigung des Prinzips "Eigenverantwortung" wird Gerechtigkeit mit sozialem Ausgleich verwechselt. Der Staat ist damit nahe am planwirtschaftlichen Perfektionismus. Für viele gilt als Motto: "Die Kasse zahlt's schon!" Auch an den Mittag- und Abendtischen der Familien wird darüber viel geredet und noch mehr an vermeintlichen Versäumnissen der "Politik" herumgenörgelt.

Es gehört dazu, gerade junge Menschen bereits in der Familie immer wieder über das sensible Wechselspiel von Freiheit und Verantwortung, von Rechten und Pflichten, von Freiheit und Gleichheit aufzuklären

Die Folgen für eine solche Wahrnehmung des Staates durch die Bürger, gerade auch durch die heranwachsenden Staatsbürger, sind bekannt: der Glaube an die Machbarkeit aller Ansprüche und Forderungen, eine Mentalität des "Vollkasko ohne Eigenbeteiligung", eine Staats- und Politikverdrossenheit, wenn der Staat nicht fähig ist, alle Ansprüche zu erfüllen. Für den einzelnen sind die Folgen dieser an den Staat gerichteten Allmachts- oder Status-quo-Erwartungen eine fürsorgliche Entmündigung, ein Verführen zur Bequemlichkeit, ein Unterminieren von Eigenverantwortung oder eine zunehmende Distanz zum Rechtsstaat. Alles Defizite, die – so sie bereits bei jungen Menschen gestiftet wurden – ein Leben lang kaum noch auszugleichen sind.

Hier sind frühe Aufklärung und Erziehung gefragt. Gerade Familie kann die Einsicht fördern, daß Staat und Gesellschaft nicht dasselbe sind und daß beide je unterschiedliche Aufgaben haben. Nahezubringen ist die Tatsache, daß der Unendlichkeit der Bedürfnisse die Endlichkeit

der Mittel – des Staates ebenso wie der Familie – gegenübersteht. Weiter gilt es, die Einsicht zu fördern, daß der Staat – wie die Familie – nicht Glückslieferant sein kann, sondern subsidiär nur "Ermöglicher" von Glück, daß Glück nicht ein Rechtsanspruch, sondern nur Angebot sein kann, "des eigenen Glückes Schmied zu sein". Alles andere wäre totalitär oder zumindest entmündigend.

Vorrang der Freiheit vor der Gleichheit

Ein für Demokratie konstitutiver Gegensatz ist der Gegensatz von Freiheit und Gleichheit. Zugleich deuten stattfindende Politik und verbreitete Stimmungslage darauf hin, daß das Prinzip Gleichheit mehr und mehr das Prinzip Freiheit dominiert. Absolut gesetzte Gleichheit ist aber menschenverachtend, denn totale Gleichheit schließt persönliche Freiheit aus.

Bereits Alexis de Toqueville (1805-1859) erkannte die Gefährdungen der Freiheit. Freiheit versickere in Gleichheit, schreibt er im Kapitel "Weshalb die demokratischen Völker die Gleichheit leidenschaftlicher und beharrlicher lieben als die Freiheit" seines Buches *Die Demokratie in Amerika* (1835). Und weiter: Freiheit erliege der Gleichheit, weil Gleichheit eine verständlichere und greifbarere Tatsache sei, weil Freiheit mit Opfern erkaufte werden müsse und weil Gleichheit ihre Genüsse von selbst darbiete. Die Segnungen der Gleichheit seien bequem zu nutzen, so Toqueville, weil Leistung, Initiative und Risiko ausgeschaltet würden, Freiheit dagegen Anstrengung verlange. Der Mensch verliere deshalb unter dem Diktat der Gleichheit die Fähigkeit zum selbständigen Denken, Fühlen und Handeln.

Damit ist die Frage nach "Freiheit versus Gleichheit" eine pädagogische Frage. Denn Gleichheit kann schon in der Familie nie Gleichheit der Fähigkeiten und der Kräfte bedeuten. Gerade Familie kann tagtäglich in der Begegnung der Eltern mit den Kindern sowie der Eltern und der Kinder untereinander den Widerspruch "Freiheit versus Gleichheit" artikulieren, und sie kann konstruktiv vorleben, wie man mit dem Unvollendbaren umgeht.

Die *Conditio humana* kennt außerdem keine Gleichheit. Egalisierende Erziehung aber ebnete Individualität und Freiheit ein. Sie tauschte unverwechselbare Einmaligkeit gegen Gleichheit. Egalisierende Erziehung mit ihren radikaldemokratischen Vorstellungen von Gleichheit und mit ihrer Gleichsetzung von Gleichheit und Gerechtigkeit negierte zugleich anthropologische Grundtatsachen.

Auf Vorbilder kommt es an

Platon entwickelte 375 Jahre vor Christus in seiner *Politeia* das Szenario der Folgen einer Preisgabe von Erziehung, indem er schreibt:

”Wenn sich Väter daran gewöhnen, ihre Kinder einfach gewähren und laufen zu lassen, wie sie wollen, und sich vor ihren erwachsenen Kindern geradezu fürchten; oder wenn Söhne schon sein wollen wie die Väter, also ihre Eltern weder scheuen noch sich um ihre Worte kümmern, sich nichts mehr sagen lassen wollen, um ja recht erwachsen und selbständig zu erscheinen; wenn die Lehrer bei solchen Verhältnissen vor ihren Schülern zittern und ihnen lieber schmeicheln, statt sie sicher und mit starker Hand auf einem geraden Weg zu führen, so daß die Schüler sich nichts mehr aus solchen Lehrern machen; wenn es überhaupt schon so weit ist, daß sich die Jüngeren den Älteren gleichstellen, ja gegen sie aufgetreten sind mit Wort und Tat, die Älteren sich aber unter die Jungen stellen und sich ihnen gefällig zu machen versuchen, indem sie ihre Albernheiten und Ungehörigkeiten übersehen oder gar daran teilnehmen, damit sie ja nicht den Anschein erwecken als seien sie Spielverderber, oder auf Autorität versessen; wenn auf diese Weise die Seele und die Widerstandskraft der Jungen allmählich mürbe werden; wenn sie aufsässig werden und es schließlich nicht mehr ertragen können, wenn man nur ein klein wenig Unterordnung von ihnen verlangt; wenn sie am Ende dann auch die Gesetze verachten, weil sie niemand und nichts mehr als Herrn über sich anerkennen wollen, so ist das der schöne und jugendfrohe Anfang der Tyrannis.”

Deshalb sollte man Platon wieder *”hervorholen”*, gerade wenn es um Erziehung zur Demokratie geht. Und die Erzieher sollten sich auf den bereits bei den Römern verwendeten Grundsatz besinnen: *exempla trahunt*. Frei übersetzt: Die Vorbilder sind es, die erziehen – im Positiven wie auch im Negativen. Das heißt: Eltern, die sich in Abstinenz bei Wahlen, bei der Übernahme von Ehrenämtern oder bereits bei der Lektüre der Politikteile der Zeitung ergehen, werden kaum wache Demokraten als Kinder haben. Die Erziehung zur Nutzung des ursprünglichen demokratischen Rechts, des Wahlrechts, die Erziehung zur Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement und die Erziehung zur wachen Anteilnahme am politischen Geschehen beginnt also im Elternhaus.

Dem Erzieherischen in der Schule wieder eine Chance geben
Bernd Ostermeyer

Die Rolle der Schule im Erziehungsprozeß ist von einem Paradoxon gekennzeichnet: Stetig sich vermehrende Ansprüche an diese Erziehungs- und Bildungsstätte treffen auf eine immer ohnmächtigere Institution, die nicht zuletzt durch die Dauerreform der letzten 30 Jahre geschwächt ist. Nur die Wiederaufwertung des Bildungsauftrages ermöglicht in der Folge die zu erneuernde Erziehungskompetenz der Schule. Die Grundwerteerziehung zu Freiheit, Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit wird nur gelingen, wenn Elternhaus und Schule einvernehmlich und vorbildlich *’handeln’*. Die Bildungsreformen der letzten drei

Jahrzehnte haben weder die Leistungsfähigkeit der Schule noch das Ansehen des Lehrerberufs verbessert.

Gleichzeitig soll Schule heute so viel mehr leisten an Erziehung und Bildung – immer noch mehr mit immer noch anderen, moderneren Inhalten – das ist der Anspruch. Doch noch nie ging so wenig in Erziehung und Bildung wie heute – das ist die Wirklichkeit. Immer lauter ertönt – dennoch oder deswegen – die Forderung an die Schule, sich nicht nur als Bildungsanstalt, sondern als umfassende Erziehungsinstitution zu verstehen, die eine sozialpädagogische Rundumbetreuung sicherzustellen habe. Die "Öffnung von Schule" soll wie ein Fanal die längst überfällige Erneuerung einläuten, damit die Erziehung – auch zu Freiheit, Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit – besser gelingen könne.

Doch die Schule hat auch als Stätte der Wertevermittlung größer werdende Probleme. Schule ist nicht besser als die sie tragende Gesellschaft. In ihr stattfindende Veränderungen zeigen sich ebenfalls in der Schule; ein pädagogischer Grundkonsens, der Voraussetzung ist für jedwede Wertevermittlung, scheint zunehmend verloren zu gehen. Vermehrt sind Eltern und Kinder nicht mehr bereit, eine "Anstrengungskultur" in der Schule zu akzeptieren. Schule soll Spaß machen und immer motivieren. Nicht nur in der pädagogischen Fachliteratur wird seit Jahren von den "neuen Kindern" berichtet sowie von der schleichenden Erosion der "alten Schule". Dabei werden Konzentrationsschwierigkeiten, Flüchtigkeiten und Unlusterscheinungen bei Schülerinnen und Schülern konstatiert. In Verkennung der eigenen Mitschuld an dieser Erosion staatlicher Schule meinen Reformeuphoriker immer noch oder jetzt erst recht, das neue "Haus des Lernens" ganz besonders nachdrücklich fordern zu müssen (vgl. die Denkschrift der Bildungskommission NRW "Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft" aus dem Jahr 1995).

Kritik am Staat und seinen Institutionen

Laut der Shell-Jugendstudie von 1997 sind Staat und staatliche Einrichtungen bei Jugendlichen in der Kritik – nicht im Sinne der 68er Protestgeneration, sondern in Form von Gleichgültigkeit. Eine völlig "unerzogene politische Kultur" (Wilhelm Hennis) hat uns zu einem "Parteienstaat ohne Staatsräson" (Manfred Funke) mutieren lassen; so ein Staat – meinen Kritiker – sei im negativen Sinne vorbildlich wertevermittelnd. Pluralistische Gleichgültigkeit offenbart die innere Schwächung unseres Gesellschaftssystems und unseres Rechtsstaates: ein kleiner Versicherungsbetrug – was ist schon dabei? Als dumm gelten ja fast schon diejenigen, die dabei nicht mitmachen wollen.

Die in allen Länderschulgesetzen festgeschriebene Schulpflicht für Kinder und Jugendliche franst zunehmend vor und nach Schulferien auch auf Betreiben einiger Eltern aus, weil dann die Flugpreise zu den Ferieninseln doch so viel günstiger sind. Bleiben diese Verhaltensweisen ungeahndet, wirken sie vorbildlich!

Zukunftspessimismus als vorbildliches Lebensgefühl

Bundespräsident Roman Herzog hat in einer seiner Reden unser derzeitiges Lebensgefühl als "mentale Depression" charakterisiert. Junge Menschen wachsen heute in einer sie umgebenden pessimistischen Grundstimmung auf. Die Risiken und Gefahren neuer Technologien zum Beispiel werden ausführlicher behandelt als mögliche Chancen – nicht nur in den Medien, sondern auch in der Schule. Erwachsen werden ist heute nicht mehr mit einer intuitiv unterstellten Aufwärts- und positiven Fortschrittserwartung verbunden. Diese Tatsache erschwert Erziehung und Wertevermittlung.

Jugendkult und Berufsjugendlichkeit

Das natürliche und deshalb normale jugendliche Unbehagen und Aufbegehren gegen die "bestehenden Zustände" findet kaum noch Widerstände, die Orientierung bieten könnten. Zum Teil wird dieses Aufbegehren bis weit ins Erwachsenenalter verlängert – auch durch "jugendlich" auftretende Lehrkräfte nach der Midlife-crisis. Vielen jetzt Erwachsenen sind Traditionen und Autoritäten entglitten, deshalb kann es für Jugendliche immer seltener den Aufstand gegen und den subjektiven Befreiungsakt von "überholten" Traditionen geben. Es gibt immer weniger klare Orientierungen, kein "richtig", kein "falsch", kein "gut" und kein "böse". Die Enttabuisierung aller Lebensbereiche hat nach dem Grundsatz des Anything goes dazu geführt, daß alles hinterfragt werden darf und muß. Ehe und Familie sind immer häufiger Bezeichnungen für veränderte, zerrüttete und/oder vielfältigste Beziehungsformen in der Erwachsenenwelt, die Jugendliche – immer weniger staunend – vorbildlich erleben. Es gibt kaum noch kulturelle Selbstverständlichkeiten und Sozialformen. Das jederzeit auch für Kinder und Jugendliche verfügbare Infotainment der Medien entzaubert die Erwachsenenwelt nachhaltig.

Unerzogene Kinder unerzogener Eltern

In einer Pressemitteilung (Mai 1998) spiegelt sich die schulische Wirklichkeit wider: An einem Göttinger Gymnasium habe ein Schüler sich mit dem Kommentar: "Dafür sind doch die Putzfrauen da" geweigert, auf dem Schulhof liegendes Papier aufzulesen. Als er daraufhin zu einem Extrahofdienst verpflichtet worden sei, habe der Vater sich beim Schulleiter massiv beschwert und sogar mit einer Klage gedroht. Ein anderer Schüler im Alter von 14 Jahren sei wegen seines alkoholisierten Zustandes nach Hause geschickt worden. Kommentar des beschwerdeführenden Vaters: "Mein Sohn kann selbst entscheiden, ob er Alkohol trinkt oder

nicht.“ Es verwundert nicht, daß die Schule zunehmend Probleme mit unerzogenen Kindern unerzogener oder erziehungsunwilliger Eltern hat. Wertevermittelnde Erziehung wird so ad absurdum geführt.

Schule – allzuständig und entmündigt zugleich?

Die von den Schulgesetzen vorgesehene Anwendung von Erziehungsmitteln oder Ordnungsmaßnahmen ist in der Mehrzahl der deutschen Länder außerordentlich umständlich, sehr zeitaufwendig – wegen der Ladungsfristen für die zuständigen Konferenzen – und damit pädagogisch völlig unwirksam. Im Erziehungsprozeß aber müßte eine wertevermittelnde Reaktion immer eine schnelle, im engen zeitlichen Zusammenhang mit dem Fehlverhalten stehende Reaktion sein. Dieser spezifischen „Ohnmacht“ staatlicher Schule stehen die Ansprüche an die kompensatorische Erziehungsfunktion dieser Bildungseinrichtung gegenüber. „Um 17.00 Uhr möchte ich mein Kind vokabelgepaukt, konfliktfrei, freizeitgesättigt und erkennbar abiturtauglich nach Hause bekommen zum Kuscheln vor dem Fernseher, nicht aber zur Erziehung!“ Dieser von dem Psychologen J. Kraus formulierte Elternwunsch überzeichnet sicherlich, macht gleichwohl aber die Tendenz deutlich, mit der die schleichende Sozialpädagogisierung von Schule verursacht wird, einer Schule, die alles soll, aber nichts darf.

Die von den Schulgesetzen vorgesehene Anwendung von Erziehungsmitteln oder Ordnungsmaßnahmen ist in der Mehrzahl der deutschen Länder außerordentlich umständlich, sehr zeitaufwendig und damit pädagogisch völlig unwirksam

Die öffentliche Schule ist als Reparaturbetrieb gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und als kompensatorisches Ersatzelternhaus völlig überfordert. Schule arbeitet nur teilzeiterzieherisch. Peer-Groups, Vereine und Gangs haben oftmals eine größere erzieherische Wirksamkeit (wenn man dem SPIEGEL Nr. 47/1998 glaubt, sogar eine weitaus größere als Elternhaus und Schule zusammen). Eine „Ganztagsbetreuungsschule“, wie sie in totalitären Staaten anzutreffen ist, kann nicht die Erziehung zur Freiheit, Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit unterstützen. Ein Totalitätsanspruch von Schule, der das Außerschulische aus dem Alltag von Kindern eliminiert oder aber als Abziehbild in die Schule hineinzunehmen versucht, der kippt auch viel Wertvolles über Bord. Die persönlichkeitsentwickelnde Förderung von Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit gelingt schließlich nur, wenn Kinder Freizeit wirklich „frei“ gestalten können bzw. die Chance erhalten, dies zu erproben.

Wertevermittlung – in der Schule

Die Wertevermittlung für unsere Jugend ist in der staatlichen Schule nur dann möglich, wenn diese auch von der Exekutivspitze gewollt wird. Der hessische Kultusminister äußerte 1992 dagegen explizit: "Die kulturelle Vielfalt und die soziale Differenzierung der Gesellschaft verbieten es, bestimmte Moralvorstellungen in Schule zu etablieren." Wenn es keinen gesicherten Wertekosmos bzw. Grundkonsens bezüglich der Werte gibt, ist die Wertevermittlung zusätzlich erschwert wenn nicht gar unmöglich.

Denn – und dies sei nochmals betont: Die öffentliche Schule kann nicht besser sein als die sie tragende Gesellschaft; gesellschaftliche Fehlentwicklungen sind in der Schule nicht zu reparieren.

Schulen müssen, an die elterliche Erziehung anknüpfend, die Vermittlung von Werten leisten. Dies gelingt am ehesten durch vorbildliches Verhalten. Dafür braucht auch die Schule Zeit und genügend gut ausgebildete Lehrkräfte

Die Grundwertevermittlung hat zunächst in der Familie stattzufinden. Deshalb hat auch Bundespräsident Roman Herzog Eltern wiederholt zur Wertevermittlung aufgefordert. Eltern hätten sich klar zu entscheiden und nicht zu versuchen, Beruf, Freizeit, Egotrip und Familie gleichzeitig in den Vordergrund zu stellen. Wer möglichst viele Wege gleichzeitig beschreite, dürfe "sich nicht wundern, wenn diese Wege am Ende nicht mehr zusammenführen". Eltern müßten Kindern Grenzen setzen. Dies schließe auch Strafen ein. Die Erziehungsberechtigten müßten Richtungen vorgeben und als Vorbild ernst genommen werden. "Wenn die Eltern die Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht nicht mehr so genau nehmen – wie sollen es dann Kinder tun?" fragt Herzog überzeugend.

Ergänzt und erweitert wird die Aufgabe der Wertevermittlung dann von der Schule wahrzunehmen sein. In diesem Prozeß wird die staatliche Schule immer dann besonders erfolgreich sein, wenn sie ihren eigentlichen Bildungsauftrag möglichst ungestört vollziehen kann und Anerkennung findet als erzieherischer "Sonderfriedensbezirk". Die in immer kürzeren Abständen erhobenen Forderungen nach neuen Schulfächern und Lernfeldern, in denen vage beschriebene Kompetenzen erworben werden sollen, bedürfen der kritischen Prüfung und Reduktion auf das Wesentliche, damit das Erzieherische in Schule überhaupt erst wieder eine Chance erhält. Auch wenn das Gegenteil behauptet wird: Die Inflation ständig neuer Erziehungsaufträge für die Schule ist ein Beleg für den Verlust an Erziehungskompetenz. Schulen müssen, an die elterliche Erziehung anknüpfend, die Vermittlung von Werten – auch der demokratischen Grundwerte: Freiheit, Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit – leisten. Dies gelingt am ehesten durch vorbildliches Verhalten. Dafür braucht auch die Schule Zeit und genügend gut ausgebildete Lehrkräfte.

Jugend war und ist zu allen Zeiten besser als ihr Ruf, und auch heute gilt: Ernst genommene Kinder und Jugendliche sind zu echtem Engagement zu motivieren. Dieses Engagement

vermittelt Grundwerte, ohne die keine Demokratie auskommt: ein sensibles Gefühl für Freiheit, die Bereitschaft zur Eigenverantwortung und die Fähigkeit zur Gemeinschaft.

Politische Bildung mit Jugendlichen als Pädagogik des Sozialen

Kurt Möller

Wahrscheinlich verhält es sich bei der Politischen Bildung nicht anders als bei fast jeder anderen wissenschaftlichen Disziplin und bei jedem anderen pädagogisch-praktischen Arbeitsfeld: Die Rede von ihrer Krise dürfte in etwa so alt sein wie der Arbeitsbereich selbst. Dies heißt freilich nicht, daß jedes Infragestellen und jede Kritik nichts als "das übliche Lamentieren" und bloßes Krisengerede darstellt. Schließlich sind es nicht immer dieselben Vorbehalte, die angemeldet werden.

Betrachten wir die die Politische Bildung betreffenden Diagnosen der 80er und 90er Jahre, so stoßen wir rasch auf Stichworte, die von "cultural lag" (Hilligen 1986), "Erfahrungskrise" (Combe/Helsper 1994) und "Bedeutungsverlust" bis hin zur "Selbstaufgabe" (Gagel 1986) reichen. Wie immer man die hinter ihnen verborgenen Überlegungen differenziert beurteilen mag: Es dürfte kaum von der Hand zu weisen sein, daß Politische Bildung zur Zeit innerhalb des Spektrums pädagogischer Angebote alles andere als en vogue ist. Innerhalb des Schulunterrichts fristet sie eher ein Schattendasein, die außerschulische politische Jugend(bildungs)arbeit vermeldet gegenüber den 70er und frühen 80er Jahren dramatische Rekrutierungsprobleme, Erwachsenenbildungseinrichtungen beklagen unisono einen Einbruch des Interesses an Politischer Bildung. Mancherorts hat er sogar schon politische Bildungswerke zur Kapitulation gezwungen.

Wer sich weigert, Politische Bildung vorschnell als Anachronismus zu begreifen, sieht sich gezwungen, ihre praktischen und theoretisch-konzeptionellen Ansatzpunkte neu zu bestimmen. Damit ist auch ihre Bedeutsamkeit neu zu vermessen.

Da es wenig Sinn macht, die objektive Relevanz Politischer Bildung potentiellen Teilnehmerinnen und Teilnehmern vermitteln zu wollen, stellt sich für sie die Ausgangsfrage, an welchen Vorstellungen von Relevanzen des Politischen und an welchen Gebrauchswerterwartungen hinsichtlich der Einführung in diese gesellschaftliche Sphäre sie bei ihren Adressatinnen und Adressaten anknüpfen kann.

Klären wir deshalb zunächst das Verhältnis von Jugend und Politik und bemühen uns dabei das, was man das jugendspezifische Verständnis von Politik nennen könnte, zu umreißen.

Jugend und Politik

In der hier geforderten Kürze läßt sich das gegenwärtig zu konstatierende Verhältnis von Jugend und Politik in seinen wichtigsten Grundzügen zwangsläufig mehr thesenartig als theoretisch und empirisch gesättigt in *neun* Aspekten darstellen:

Von einem nachlassenden politischen Interesse auf seiten von Jugendlichen kann und muß nicht ausgegangen werden. Neben den Schwierigkeiten seiner angemessenen quantitativ-empirischen Vermessung, die die meisten empirischen Aussagen dazu großer Oberflächlichkeit zeihen, besteht das Problem eines Gestaltwandels des Politischen. Dieses wirft die Frage nach der Erfassung der Qualität des Politischen aus der Perspektive junger Leute auf.

Wir haben eine weit verbreitete und anwachsende Skepsis gegenüber dem Wählen als dem traditionellen Mittel politischer Teilhabe in der parlamentarischen Demokratie zu verzeichnen, vor allem bei jungen Leuten und hier wiederum in ganz erheblichem Maße bei jungen Frauen.

Ganz offensichtlich läßt die Attraktivität und die Bindungskraft etablierter politischer Parteien und traditioneller politisch-weltanschaulicher Organisationen nach. Insbesondere sinkt die Bereitschaft zur Übernahme von Funktionen.

Gleichzeitig haben in Deutschland, verstärkt seit den 80er Jahren, unkonventionelle Organisations- und Beteiligungsformen Sympathie- und praktische Bedeutungszuwächse erfahren. Die Rede ist von einer Mitarbeit in Bürgerinitiativen, im Umfeld der neuen sozialen Bewegungen, bei Umweltschutz- und Menschenrechtsverbänden etc.

Die darauf ausgerichteten Entscheidungen und Vorlieben haben qualitativ eine andere Gestalt als die des traditionellen (Partei-)Engagements: Sie hängen ab von themenspezifischer Betroffenheit und von Fall zu Fall wechselnden Bedürfnisdefinitionen, sind hochfluktuativ, in einem sozio-kulturellen Sinn situations- und konjunkturabhängig sowie tendenziell kleinräumig orientiert. Auch sind sie inhaltlich und zeitlich meist punktuell, personell wenig konstant, strukturell wenig stabil und in institutionell verfaßten Entscheidungsstrukturen im Hinblick auf dauerhafte Umsteuerungen wenig chancenreich.

Im Zuge der Konventionalisierung ehemals unkonventioneller Beteiligungsformen und ihrer schrittweisen Integration in die politisch-soziale Alltagskultur (vor allem jüngerer Alltagsgruppen) – eine Tendenz, für die in Deutschland der Aufstieg der GRÜNEN zur Regierungspartei symptomatisch ist – nimmt auch das politische Protest- und Mobilisierungspotential dieser Teilhabeformen, gerade für die jetzt nachwachsende Generation, ab. Am Beispiel: Für die meisten Jugendlichen von heute sind auch die GRÜNEN eine etablierte Partei und verlieren entsprechend für sie an Attraktivität. So werden auch die GRÜNEN mehr oder weniger zunehmend zur Zielscheibe einer verbreiteten Skepsis gegenüber eingesessenen Großorganisationen und politisch-sozialen Institutionen.

Parallel zu den genannten Prozessen vollzieht sich eine erlebnisgesellschaftliche Überformung des Politischen (vgl. Flaig 1993; Möller 1995a). Damit ist nicht nur gemeint, daß

die politische Orientierung der Menschen entsprechend der vorherrschenden Gestalt politischer Orientierungsvermittlung seitens der politischen Klasse – vor allem zu Zeiten von Wahlkämpfen (und wann finden keine statt?) – mehr und mehr nach den marktvermittelten Maximen von Werbung, Kauf und Konsum verläuft. Die Formulierung hebt auch darauf ab, daß Protesthaltungen sich heute anders gewandten. Sie suchen weniger den kognitiv strukturierten rationalen Diskurs oder den (Straßen-)Kampf gegen das Establishment, als vielmehr die Inszenierung, den Event. Politik wird zunehmend zu einer Angelegenheit ästhetisierenden Expressionismus', zu einer Frage symbolischer Stilisierung; und dies nicht nur in (Skinhead-)Szenen, in denen angeblich die Farbe der Schnürsenkel von Springerstiefeln Rückschlüsse auf die politische Haltung ihrer Träger gestattet.

Nach Daten des Sozioökonomischen Panels von 1994 sind 20 Prozent (Ostdeutschland) bis 30 Prozent (Westdeutschland) der Bevölkerung bürgergesellschaftlich aktiv. Dies bedeutet einen Zuwachs gegenüber 1985 von fünf Prozent. Bisweilen ohne jegliches im eigentlichen Sinne politisches Selbstverständnis zeichnet sich daneben auch eine hohe Bereitschaft zu einem irgendwie gearteten sozialen Engagement gerade bei jungen Leuten ab. Deutlich über die Hälfte kann sich ein zukünftiges Engagement vorstellen (vgl. Mutz 1997; Gensicke 1997; Klages 1998). Zielrichtung dieses Engagements ist die Beteiligung an und Mitbeeinflussung von ganz konkreten, meist kleinrahmigen Regelungen öffentlichen Zusammenlebens von Menschen. Emphatisch formuliert handelt es sich dabei im Kern um das, was sich mit Hannah Arendt ganz basal unter Politik verstehen läßt: die angewandte Liebe zur Welt.

Alltagssprachlich formuliert geht es dabei darum, das Wissen darüber zu entwickeln, wer man ist, wozu man gehört (sozial), wohin man gehört (geographisch), woran man anknüpft (historisch) und warum all dies zusammengekommen auch Sinn macht

Politische Sozialisation zu durchlaufen sowie politische Orientierungen und politische Handlungsfähigkeiten aufzubauen, muß in bezug auf Jugendliche im Gesamtzusammenhang jener Entwicklungsaufgabe gesehen werden, die für diese Lebensphase zentral ist: die Herausbildung von Identität. Alltagssprachlich formuliert geht es dabei darum, das Wissen darüber zu entwickeln, wer man ist, wozu man gehört (sozial), wohin man gehört (geographisch), woran man anknüpft (historisch) und warum all dies zusammengekommen auch Sinn macht – subjektiv für einen selber, vielleicht aber auch objektiv bzw. intersubjektiv im sozialen Kontext mit anderen. Die Gewinnung eines politischen Standorts und einer politischen Perspektive ist insofern ein konstitutiver und unverzichtbarer Bestandteil eigenständiger Identität.

Konsequenzen für die Politische Bildung

Die obige Analyse-Skizze zieht eine Reihe von Schlußfolgerungen für die Politische Bildung nach sich. Zu ihnen gehören vor allem die folgenden *acht* Punkte:

Auch wenn Verfahrens- und Institutionenkenntnisse nach wie vor wichtig sind: Ein Zurück zur Staatsbürgerkunde der 50er und 60er Jahre kann und darf es nicht geben. Allein die pädagogischen Gründe für das Abrücken von ihr sind weiterhin gewichtig. Sie verstößt nämlich gegen eine Grundformel moderner Pädagogik: die Klienten dort abzuholen, wo sie stehen und an ihren Bedürftigkeiten, Bereitschaften und Ressourcen anzusetzen.

Kaum erfolgversprechender stellt sich aus heutiger Sicht der Versuch mancher Teile der außerschulischen Politischen Bildung dar, sich nahezu gänzlich in Richtung auf Einmischung in die Felder von unkonventionellen Beteiligungsformen zu verlegen. Hochkonjunkturen in diesen Bereichen stellen anscheinend nur labile Periodeneffekte dar. Erst recht wird die Sphäre der verfaßten Politik nicht von ihnen allmählich substituiert. Und gerade jüngere Jugendliche und Schülerinnen und Schüler sind darüber – wenigstens gegenwärtig – im allgemeinen nicht zu erreichen.

Wenn weder die etablierte Politik noch die alternativen Bewegungen als primäre Bezugspunkte tauglich erscheinen, so bleibt das Paradigma ertragsversprechend, beim "Politischen im Sozialen" anzusetzen (Grammes 1991). Das heißt, es sind die "Rohstoffe des Politischen" (Oskar Negt/Alexander Kluge) in der konkreten Lebenswelt der Adressatinnen und Adressaten zum Ausgangspunkt zu nehmen. Zugang zur Makropolitik erschließt sich aus dieser Sicht im Regelfall nur über Mikropolitik.

Im alltagsnahen Bereich der "kleinen Lebenswelten" (Benita Luckmann) spielen sich die Prozesse der allgemeinen und der politischen Identitätsbildung von Jugendlichen ab. Denn hier ist der Ort, an dem Bedürfnisse gegebenenfalls öffentlich formuliert werden, sich überindividuelle Interessen herausbilden, kollektive Ansprüche angemeldet, Bündnisse geschlossen, Anliegen in verschiedenen sozialen Zusammenschlüssen gemeinsam verfolgt werden und gleichzeitig aktive Auseinandersetzungen mit Macht- und Herrschaftsstrukturen erfolgen. Das Fundament politischer Identitätsentwicklung – wo sollte es gegossen werden, wenn nicht in den Schulen, in den Nachbarschaften, Stadtteilen, Vereinen, Kirchengemeinden, Gleichaltrigenkontexten etc. vor Ort?

Gerade für Jugendliche geht es in diesen Bezügen um die Regelung öffentlichen Zusammenlebens, also in einem basalen Sinne um Politik. Ob "die Kanaken" weiter die Parkbank besetzen dürfen, auf der man sich in der Gruppe deutscher Jugendlicher früher immer aufhielt, ob man im Fußballstadion durch UEFA-Regelungen gezwungen wird, entgegen der gewohnten Qualität jugendlichen (und im übrigen auch traditionell-proletarischen) Fußballerlebens das Spiel im Sitzen anzusehen, ob man sich als türkischer Jugendlicher und Inländer mit fremdem Paß gemeinsam mit eingesessenen Deutschen gegen Aussiedlerjugendliche verbrüdern soll – so und ähnlich heißen die politisch bewegenden Fragen

für Jugendliche heute. Welcher Anzugträger welchem Schlipsträger im Blitzlichtgewitter der Kameras auf welchem roten Teppich wo die Hand schüttelt und wer da gerade mit der Staatskarosse irgendwo vorfährt, das interessiert da nur – verständlicherweise? – äußerst am Rande.

Die Beispiele verdeutlichen, daß der identitätsrelevante Rohstoff des Politischen für junge Leute – und wahrscheinlich nicht nur für diese – weniger in abstrakten Erwägungen, großbrahmigen Erörterungen und alltagsfernen Vorstellungswelten zu suchen und vielleicht auch weniger in den verbalisierten und sonstwie symbolisch demonstrierten Selbstpositionierungen beispielsweise als "Rechter" oder "Linker" im politischen Kräftefeld aufzufinden ist, als vielmehr sich im Zusammenhang sozialer Erfahrungen materialisiert, die sie tagtäglich machen. Dies aber bedeutet, daß die Erfahrungen den Gegenstand bilden, an dem sich Politische Bildung abzuarbeiten hat, mithin "Lebensfragen vor Lernfragen" (Hartmut von Hentig) gehen. Soweit identitätsrelevante politische Orientierungen Alltagserfahrungen erwachsen, sind eben diese erste Anknüpfungspunkte für eine sich als lebensweltorientiert verstehende politische Pädagogik schlechthin. Dies gilt in einem inhaltlichen, nicht nur in einem methodisch-didaktischen Sinne. Grundlegende Fragen der Identität(sentwicklung) – wie die nach Vertrauen, Eigenständigkeit, Anerkennung, Selbstlokalisierung, Zugehörigkeit, historischer Verortung und ähnliche mehr – machen ihre Substanz aus.

Soweit identitätsrelevante politische Orientierungen Alltagserfahrungen erwachsen, sind eben diese erste Anknüpfungspunkte für eine sich als lebensweltorientiert verstehende politische Pädagogik schlechthin

Aus dem eröffneten Blickwinkel erhält das – nicht selten verschüttete und weder der Selbst- noch der öffentlichen Wahrnehmung ohne weiteres als solches zugängliche – Politische des Alltags seine aus der Enge der unmittelbaren lebensweltlichen Verflochtenheit hinausführende Relevanz als eine "Politik der Lebensführung" bzw. der Lebensstile (Giddens 1997). Der Gedanke geht von der Überlegung aus, daß in der globalisierten Welt von heute der Alltag des Subjekts längst von Vorgängen geprägt wird, deren Dynamiken in großer Entfernung davon entstehen. In dem Maße wie die Komplexitätsgrade von Abhängigkeiten und Wechselwirkungen steigen und durch die anwachsende Mediatisierung das Wissen eben darüber sich verbreitert, läßt sich privates Leben nicht mehr von der öffentlichen Sphäre abkoppeln und unpolitisch halten. Vielmehr wird die sich individualisierende Lebensführung des/der einzelnen notgedrungen reflexiv. Dies bedeutet, daß immer wieder neu zu entscheiden ist, wie man sich verhalten soll, letztlich: welche politisch-ethischen Verantwortungen man mit der jeweils gewählten Handlungsweise aktiv oder passiv zu übernehmen hat.

Eine solche Politik der Lebensführung klärt den Horizont dessen ab, was als moralisch akzeptables Verhalten gelten kann. Ohne die Moralisierung fester Tugendkataloge bietet sie einer Debatte über die Remoralisierung des Alltags ein Forum. Sie macht damit deutlich, daß,

wenn es innerhalb von Politik bekanntlich vorrangig um die Durchsetzung von Interessen, Macht und Herrschaft bzw. entsprechenden Widerstand geht, politische Erwägungen sich nicht in instrumentalistischen Beurteilungskriterien erschöpfen, sondern sich normativen Auseinandersetzungen zu stellen haben.

Politische Bildung solchen Zuschnitts nähert sich bestimmten Auffassungen und Selbstverständnissen von sozialer Arbeit. Dies sind Anschauungen, die den Charakter von Sozialarbeit/Sozialpädagogik nicht länger durch ihre Zentrierung auf Benachteiligtenarbeit bestimmt sehen, sondern Sozialpädagogik als eine "Pädagogik des Sozialen" begreifen. Diese an Paul Natorp anschließende Definition, die sich im Zuge der Institutionalisierung und Professionalisierung sozialer Arbeit nicht durchsetzen konnte, hebt die Sozialpädagogik als die Pädagogik des Sozialen nicht von der allgemeinen Pädagogik ab, sondern sieht sie in fundamentalem Gegensatz zu einer Pädagogik des Individuellen. Gegenbild ist die Individualpädagogik, die beispielsweise im schulischen System zur Anwendung gelangt und die primär auf die Förderung und Steigerung der Leistungsfähigkeit des/der einzelnen ausgerichtet ist. Anders als diese legt die Pädagogik des Sozialen ihr Augenmerk in erster Linie auf den Menschen als soziales Wesen und entsprechend auf den Aufbau und den Erhalt des Sozialen, in das es (mehr oder minder) eingebunden ist oder sein sollte. Das Paradigma einer Pädagogik des Sozialen weiß um seine Aktualität gerade in Zeiten, in denen Individualisierung und Milieuerosion fortschreiten und dabei nicht nur die Fesseln und Bornierungen tradierter Verpflichtungsstrukturen zerschlagen, sondern auch positiv erlebte Milieufunktionen "im Säurebad der Konkurrenz" (U. Beck) verdampfen lassen: Verlässlichkeit, sozialen Rückhalt, nicht leistungsbezogene Zugehörigkeit, Geborgenheitsempfinden, historische Verklammerung des individuellen Lebens und ähnliches mehr.

Das Politische im Sozialen entdecken – dies meint heute insbesondere, solchen Traditionen von Sozialbindung und Gemeinschaftlichkeitserfahrung nachzuspüren und solche Reintegrationsformen neu aufzudecken, die auf Dauer für den Zusammenhalt einer Gesellschaft unverzichtbar sind, die sich als mehr verstehen will denn als Netz von Waren und Dienstleistungen.

Wenn wir feststellen können, daß beispielsweise die Fremdenfeindlichkeit und der Rechtsextremismus dieser Jahre in weiten Teilen auf Erscheinungen sozialer Desintegration als Schattenseiten von Modernisierungs- und Individualisierungsprozessen zurückzuführen sind, mithin also bestimmte (Konkurrenz- und Vereinzelungs-)Erfahrungen zu solchen Orientierungen verleiten, steht eine Politische Bildung auf verlorenem Posten, die vermeint, über kognitive Aufklärungsprogramme Abhilfe schaffen zu können. Weder mehr Informationen noch moralische Zeigefinger vermögen Haltungen Einhalt zu gebieten, die sich scheinbar schlüssig aus Erfahrungen ergeben. Dazu bedarf es vielmehr der Vermittlung anderer Erfahrungen, primär solcher, welche die eigene soziale Integration und Partizipationsfähigkeit verpüren lassen, insbesondere zum Beispiel in den Nahbereichen von Arbeit, Schule, Freizeit (etwa Jugendhaus) und Stadtteil (vgl. detaillierter Möller 1995b).

Ob Politische Bildung weiterhin als eigene Disziplin gebraucht wird oder ob sie nicht eher als ein Prinzip einer sich politisch verstehenden Pädagogik bzw. sozialen Arbeit zu begreifen ist, erscheint aus dieser Sicht als eine eher zweitrangige Frage. In jedem Fall wird sie an Auszeichnung zugrundegehen, wenn sie sich mit schick bebrillten Oberschülerinnen und Oberschülern in Klassen- und Seminarräume zurückzieht, die (braunen) politischen Schmuddelkinder der sozialen Arbeit überläßt und sich bei der Entwicklung einer pädagogischen Gehstruktur – etwa analog der aufsuchenden sozialen Arbeit – vornehm zurückhält. Nur durch mehr Mobilität läßt sich den Politikverständnissen junger Leute auf die Spur kommen und ihre Engagementbereitschaft ausfindig machen. Wer sich nicht vorsichtig (und ohne vereinnahmende Absicht) in die jugendspezifischen Konstruktionen des Sozialen, d.h. beispielsweise in ihre Szenen und Jugendkulturen, hineinbegibt, kann auch nicht verstehensorientiert des Politischen habhaft werden, das sich hier ausdrückt.

Literatur:

Combe, Arno/Helsper, Werner: Was geschieht im Klassenzimmer? Perspektiven einer hermeneutischen Schul- und Unterrichtsforschung, Weinheim 1994.

Flaig, Berthold Bodo u.a.: Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation, Bonn 1993.

Gagel, Walter: Politische Didaktik: Selbstaufgabe oder Neubestimmung. In: Gegenwartskunde 3/1986, S. 289 – 195.

Gensicke, Thomas: Wertewandel und bürgergesellschaftliches Engagement in Deutschland – Aktuelle Ergebnisse aus der empirischen Forschung, Speyer 1997 (unveröff. Manuskript).

Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt/Main 1997.

Grammes, Tilmann: Unpolitischer Gesellschaftskundeunterricht? Anregungen zur Verknüpfung von Lebenskundeunterricht und Politik, Schwalbach/Ts. 1991.

Hilligen, Wolfgang: Politische Bildung im cultural lag. In: Politische Bildung 1/1986, S. 9 – 18.

Klages, Helmut: Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 38/98 vom 11.09.1998.

Möller, Kurt: Jugend(lichkeits)kulturen und (Erlebnis-)Politik. Terminologische Verständigungen. In: Ferchhoff, Wilfried/Sander, Uwe/Vollbrecht, Ralf (Hg.): Jugendkulturen – Faszination und Ambivalenz, Weinheim und München 1995 (a), S. 172 – 185.

Möller, Kurt: Gewalt und Rechtsextremismus: Konturen – Erklärungsansätze – Grundlinien politisch-pädagogischer Konsequenzen. In: Möller, Kurt/Schiele, Siegfried (Hg.): Gewalt und Rechtsextremismus. Ideen und Projekte für Soziale Arbeit und Politische Bildung, Schwalbach/Ts. 1995 (b).

Mutz, Gerd: Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 48-49/1997 vom 21.11.1997.

Kindern und Jugendlichen Lernorte der Demokratie bieten
Christian Wulff

Es wird kaum gelingen, junge Menschen und ihr Lebensgefühl auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, denn "die" Jugend gibt es nicht, sondern nur eine bunte Mischung verschiedener Lebensstile und Ausprägungen. Wenn man aber doch nach einem Bindeglied sucht, dann drängt sich die Abneigung gegen etablierte Parteien und Politiker geradezu auf. So nennt die Shell-Jugendstudie '97 auf die Frage: "Wieviel Vertrauen bringst Du diesen Organisationen entgegen?" an allerletzter Stelle die politischen Parteien. Die Aussage: "Die Parteien sollten sich nicht wundern, wenn sie bald keiner mehr wählt" wird von 78 Prozent der 13- bis 24jährigen bejaht, die Aussage: "Die Bevölkerung wird sehr oft von Politikern belogen" sogar von 82 Prozent – gegenüber der gleichen Umfrage von 1991 nochmals eine deutliche Steigerung.

Dies korrespondiert nicht mit einem zunehmend mangelhaften Wissen über politische Zusammenhänge. Der leicht gewählte Prägestempel angeblich wachsender Politikverdrossenheit stimmt auch nicht, denn junge Menschen sind sehr wohl bereit, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren, nur eben in möglichst unorganisierter Form, in Bürgerinitiativen, in Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, für konkrete Projekte in ihrer Gemeinde. Die junge Generation in unserem Lande zeigt sich durchaus engagiert und leistungsfähig. Sie ist bereit, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und aktiv für ihre Zukunftschancen zu kämpfen. Dies zeigt das Beispiel einer niedersächsischen Hauptschulklassse, die bundesweit Furore machte, als sie durch eine gezielte Aktion auf fehlende Lehrstellen und befürchtete Perspektivlosigkeit hinwies. Zwar hat die gewandelte Einstellung innerhalb der jungen Generation auch Auswirkungen auf die Arbeit etablierter Jugendorganisationen, doch im Kern sind die politischen Parteien betroffen, denen der Nachwuchs sein Engagement und seine Zustimmung nachhaltig verweigert.

Nicht die demokratische Ordnung wird abgelehnt, wohl aber die, die sie parlamentarisch repräsentieren und institutionalisiert in ihr Politik betreiben.

Die politischen Parteien: Veränderung ist gefragt

Dies ist besorgniserregend. Denn unsere Demokratie braucht nicht nur spontane Mitarbeit, sondern auch aktive Teilhabe der jungen Generation an der politischen Willensbildung über Wahlen und parteipolitisches Engagement. Wenn sie lebendig bleiben will, dann ist unsere Demokratie auf Jugendliche angewiesen, die sich nicht in den Schmollwinkel zurückziehen, sondern sich am öffentlichen Leben aktiv beteiligen sowie Entscheidungen und Entscheidungsprozesse mitgestalten. Deshalb sind die politischen Parteien gefordert, sich dieser Herausforderung zu stellen und sie als Zukunftsaufgabe anzunehmen. Einige wichtige Voraussetzungen sind aus meiner Sicht zu beachten:

Politik muß die Lebenswelt junger Menschen in ihrem Eigenwert erfassen und respektieren.

Wer auf der Suche nach seinem eigenen Lebensentwurf in einer zunehmend unüberschaubaren Welt ist, dem ist mit pauschalen oder gar belehrenden Antworten aus der Perspektive der Lebensälteren nicht geholfen. Junge Menschen wollen selbst entscheiden und gestalten und sich nicht von Erwachsenen oder gar von Politikern aufgrund deren Erfahrungen bevormunden oder bestimmte Lebensräume zuweisen lassen. Sie wehren sich gegen Gängeleien und Bevormundung und beanspruchen den notwendigen Respekt vor ihrer Individualität. Offenheit, Einfühlsamkeit für andere Lebensgefühle und die Fähigkeit zuzuhören sind gefragt, nicht aber pseudojugendliches Gehabe oder gar plumpe Anbiederung, für die Oskar Lafontaines Techno-Party-Auftritt auf dem SPD-Jugendparteitag das peinlichste Beispiel ist. Das Ohnmachtsgefühl, von der älteren Politikergeneration nicht ernst genommen und lediglich als jugendliches Alibi und schlimmstenfalls als Stimmvieh mißbraucht zu werden, hat wesentlich zur Abkehr der Jugend vom etablierten Politikbetrieb beigetragen.

Das muß zur Folge haben, daß sich die politischen Parteien in ihrem öffentlichen Erscheinungsbild und ihrer Binnenkultur verändern und modernisieren müssen.

Erstarrte parteipolitische Rituale, eine überkommene Versammlungs- und Veranstaltungsmethodik mit immer gleichen Strukturen haben zu der berechtigten Klage beigetragen, daß für einen jungen Menschen "diese ganze Partei- und Vereinsmeierei nicht so mein Ding ist" (Shell-Jugendstudie '97). Innerparteilich muß sich der Blick zukünftig mehr auf die Stärkung der Diskussion und der politischen Entscheidungsstränge von unten nach oben als wie bisher von oben nach unten richten. Parteien haben sich dem Service- und Dienstleistungsgedanken zu öffnen und Zielgruppenangebote gerade für die Jugend zu machen. Ausbildungsplatzbörsen und Vermittlung von Betriebspraktika sind dafür ebenso Beispiele wie Studien- und Berufsberatung. Offene projektorientierte Formen der Mitarbeit sind anzubieten, wenn es etwa darum geht, Transporte mit humanitären Hilfsgütern für GUS-Nachfolgestaaten zusammenzustellen oder sich um die Bedürftigen in der Heimatgemeinde zu kümmern. Gleiches gilt für die Parteimitgliedschaft, die auch zur Probe oder befristet etwa in Form einer "Schnuppermitgliedschaft" angeboten werden muß, um gleitend den Einstieg in parteipolitisches Engagement zu ermöglichen.

Offenheit, Menschlichkeit, Natürlichkeit und Toleranz sind Eigenschaften, die politische Parteien auszeichnen sollten und die mit Leitvorstellungen der jungen Generation korrespondieren können

In diesem Zusammenhang müssen die Parteien offener werden für interessante Persönlichkeiten auch ohne die traditionelle politische Biographie. Diese personelle Öffnung setzt voraus, daß etwa die CDU wieder verstärkt den Kontakt zu gesellschaftlichen Gruppen sucht, zu denen die Verbindung gelockert oder gar gerissen ist, zu Künstlern und Kulturschaffenden, Selbsthilfeinitiativen und Bürgerstiftungen, aber auch zu Kirchengemeinden und örtlichen Gewerkschaftsorganisationen.

Parteien erhalten gerade auch für junge Menschen eine neue Attraktivität, wenn sie auf allen Ebenen offene Foren zu wichtigen Zeitfragen anbieten, in die sie namhafte Experten auch mit ganz verschiedenen, der Parteilinie konträren Auffassungen einbinden und damit kontroverse Debatten über Sachthemen herbeiführen, statt im eigenen Saft zu schmoren und parteieigene Stereotypen zu reproduzieren. Offenheit, Menschlichkeit, Natürlichkeit und Toleranz sind Eigenschaften, die politische Parteien auszeichnen sollten und die mit Leitvorstellungen der jungen Generation korrespondieren können. Nichts ist überzeugender für junge Menschen als gut informierte, präzise und authentisch antwortende Politikerinnen und Politiker, die selbst glaubwürdig und vorbildlich handeln!

Politik muß in ihrer Problemlösungskompetenz für die junge Generation erfahrbar sein, ihr deutlich machen, daß sie Unterstützung gibt und Lösungswege aufzeigt.

Jugendpolitik ist nicht Jugendhilfepolitik, die sich in der Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erschöpft, sondern eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche, der Sozial- wie der Bildungspolitik, der Wirtschafts- wie der Familien- und Wohnungsbaupolitik. Wenn etwa junge Menschen noch stärker als in der Vergangenheit den Wunsch nach Familie und nach Kindern als besonders wichtig für ihr Leben herausheben, dann ist Politik gefordert, der materiellen Benachteiligung von Familien entgegenzuwirken, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Eltern bei der Verwirklichung ihres Erziehungsauftrages zu unterstützen.

Bildung und Wissen, Qualifikation und Kompetenz werden zu den wichtigsten Rohstoffen der Zukunft und damit zu Standortfaktoren ersten Ranges. Verantwortliche Politik muß dafür die notwendigen Ressourcen bereitstellen und im Interesse der Zukunftschancen junger Menschen einen eindeutigen Schwerpunkt in der Bildungspolitik setzen.

Die größte Herausforderung aber ist und bleibt die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Die junge Generation hat das Problem einer möglichen Perspektivlosigkeit erfaßt und in ihrem Bewußtsein tief verankert. Auch hier macht die Shell-Jugendstudie einen dramatischen Wandel im Bewußtsein der Jugend deutlich, denn bei den Hauptproblemen werden nicht mehr Auseinandersetzungen mit den Eltern oder Probleme in Privatleben und Partnerschaft genannt, sondern an allererster Stelle steht die Angst vor der Arbeitslosigkeit!

Gerade hier braucht die junge Generation Rückenwind und Rückendeckung verantwortungsbewußter Politikerinnen und Politiker durch Taten und nicht durch Worte.

Nur wenn Politik konkrete Erfolge aufweisen kann und sich dadurch legitimiert, wird sie von jungen Menschen akzeptiert und im Hinblick auf ein mögliches persönliches Engagement wieder salonfähig.

Damit eng verknüpft ist die Notwendigkeit, daß Politik glaubwürdig sein und konsequent handeln muß.

Junge Menschen erwarten Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Offenheit von der Politik, sie wollen glaubwürdige und konkrete Antworten auf ihre Fragen und kein Ausweichen auf Allgemeinplätze oder Parteitagsrhetorik. Wenn ein notwendiger Schwerpunkt in der Bildungspolitik eingefordert wird und die Sozialdemokraten etwa in Niedersachsen vor der Wahl versprechen, niemals auf Kosten der Kinder sparen zu wollen, dann aber bei steigenden Schülerzahlen massiv Lehrerstellen streichen und bei Kindergartenzuschüssen selbstverschuldet den Abstiegsplatz im Bundesvergleich erreicht haben, wenn sie eine Verdoppelung der Investitionen in unsere Hochschulen versprechen, nach der Wahl dort aber drastisch kürzen, dann verspielt Politik jegliche Glaubwürdigkeit und befördert jene schon zitierte Einstellung von Jugendlichen, daß Politiker notorische Lügner seien, deren Worten man keinen Glauben schenken könne.

Glaubwürdigkeit erfordert aber auch den Willen zum Handeln. Politik hat sich den Realitäten zu stellen und darf nicht ausweichen. Politische Parteien müssen ein klares Bild davon haben, wie unsere Welt nach der Jahrtausendwende aussehen soll und die Kraft und den Mut aufbringen, den Menschen notwendige Anpassungsleistungen abzuverlangen. Sie haben die Fähigkeit zur konzeptionellen Weiterentwicklung zu demonstrieren und den Bürgerinnen und Bürgern nicht etwas vorzugaukeln, sondern ihnen reinen Wein einzuschenken. Wer sich diesem notwendigen Handeln verweigert, wer höhere Schulden, Steuern und Abgaben will, wer gleichzeitig neue Technologien ebenso verhindern möchte wie einen geordneten Umbau des Sozialstaates, der zerstört die Zukunft gerade auch der jungen Generation. Dies zu vermitteln, erfordert enorme Anstrengungen bei der Politikvermittlung in der Mediendemokratie. Es ist wohl die zentrale Frage an die Junge Union und die CDU.

Wer zusätzlich konkrete Lösungsvorschläge für konkrete Probleme hat und diese glaubwürdig verkörpert und umsetzt, der setzt auch das richtige Signal für Jugendliche, daß die Politik den notwendigen Gestaltungswillen zur Bewältigung der Zukunft hat.

Politik muß ferner dazu beitragen, frühzeitig die Mitverantwortung der jungen Generation für das demokratische Gemeinwesen zu fördern. Wer sich in Lernorten für Demokratie erprobt hat, der steht auch parteipolitischem Engagement aufgeschlossen gegenüber.

Zu Recht hat die Kinder- und Jugendministerkonferenz im Juni 1998 gefordert, Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig und umfassend an Angelegenheiten zu beteiligen, die ihre heutigen und künftigen Lebensinteressen betreffen. Altersgerechte Beteiligungsmöglichkeiten

tragen dazu bei, daß Kinder und Jugendliche frühzeitig lernen, Verantwortung für sich und im Rahmen der Gemeinschaft zu übernehmen.

Dies beginnt bereits in der Familie, wo grundlegende Prägungen für die Entwicklung von Verantwortung entwickelt werden können, wenn die Eltern ihre Erziehungsaufgabe aktiv wahrnehmen. Dies fordert auf der einen Seite einen kooperativen und kommunikativen Erziehungsstil, der innerhalb der Familie Regeln, Zuständigkeiten und damit Verantwortung einvernehmlich und eindeutig klärt. Auf der anderen Seite bedeutet dies eine bewußte Wertorientierung und damit Werteerziehung. Wir brauchen eine solche Erziehung, die die verbindlichen Werte, auf deren Grundlage unsere gemeinsame Ordnung entwickelt wurde, offensiv vermittelt. Die Erziehung zu Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinsinn und Nächstenliebe sowie das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat muß wieder einen größeren Stellenwert erhalten, als es derzeit der Fall ist. Insbesondere die Vermittlung des weitgehend verlorengegangenen Rechts- und Unrechtsbewußtseins hat wieder zu einer zentralen Aufgabe auf allen Handlungsebenen zu werden. Gelingen kann dies nur im Zusammenspiel von Elternhaus, Familie und Schule.

Wer eine Kultur der Bürgergesellschaft unter Einbeziehung parteipolitischen Engagements will, der muß frühzeitig bei Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ansetzen

Weitere Lernorte für Demokratie können Jugendverbände sein. Nach Schätzungen des Deutschen Bundesjugendringes sind fünf Millionen 16- bis 25jährige in rund 250 Jugendverbänden organisiert, in denen die Regeln des Miteinanders gelehrt werden können. Gleichwohl sind diese gefordert, ihre Strukturen und Aktionsformen im Hinblick auf gewandelte Lebensverhältnisse und mediale Überflutung zeitnah zu überprüfen, wenn sie der sinkenden Mitgliederzahl langfristig vorbeugen wollen.

Aus politischer Sicht besonders wichtig ist der kommunale Raum, weil hier ortsnah und in der Regel überschaubar Entscheidungen getroffen werden, die unmittelbaren Bezug zur Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen haben. Durch Mitarbeit können Lernerfahrungen über Institutionen, politische Entscheidungsprozesse und die Möglichkeiten politischen Engagements gewonnen werden. Hier hat sich in der Praxis eine Vielzahl von Modellen entwickelt, die es zu fördern und weiterzuentwickeln gilt. Für parlamentarische Formen stehen Kinder- und Jugendparlamente, für offene Formen Kinder- und Jugendforen. Am vielversprechendsten erscheinen projektorientierte Formen, bei denen sich Kinder und Jugendliche ganz konkret mit einem bestimmten Thema, Anliegen oder Planungsvorhaben beschäftigen können, welches Bezug zu ihrer konkreten Lebenswelt hat. Dies können die Außenanlagen von Kindertagesstätten, Schulen und Freizeitgeländen ebenso sein wie die örtliche Verkehrsplanung.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür sind längst gesetzt, notwendig ist die Umsetzung in konkrete politische Schritte. Wer eine Kultur der Bürgergesellschaft unter Einbeziehung parteipolitischen Engagements will, der muß frühzeitig bei Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ansetzen. Demokratisches Engagement sollte auch seinen Niederschlag in Schulzeugnissen finden und von Ausbildungsbetrieben gefördert werden.

Unser demokratisches Gemeinwesen braucht politisch aktive Bürgerinnen und Bürger und damit auch ihr parteipolitisches Engagement. Die Mitarbeit der jungen Generation ist dafür von existentieller Bedeutung. Diejenigen, die in der politischen Verantwortung sind, müssen dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen – und durch ihr Vorbild zeigen, daß Mitarbeit in den Parteien aktiver Bürgerdienst für die Demokratie ist.

Der Sportverein – ein Ort der Lebenshilfe für Jugendliche?

Norbert Petry

Die Ambivalenz zwischen Lebensrisiken und Lebenschancen nimmt insbesondere für junge Menschen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu. Ein beschleunigter sozialer, technologischer und ökonomischer Wandel sowie gesellschaftliche Erfordernisse zur Anpassung an veränderte Realitäten stellen auch Jugendliche vor neue und bisher nicht gekannte Herausforderungen. An welchen tradierten Lebensentwürfen sollen sie sich orientieren, wenn doch die Gegenwart für die Zukunft vieles in Frage stellt?

Gegenwärtig ist festzustellen, daß die Jugendpolitik und die Sozialpolitik den Sport zunehmend anmahnen und in die Verantwortung zu ziehen versuchen, sich stärker und intensiver um junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu kümmern. Dem außerschulischen Jugendsport wird in dieser Hinsicht große Bedeutung beigemessen. Welche sind seine Möglichkeiten und Grenzen, jungen Menschen bei der Integration in die Gemeinschaft zu helfen?

Sozialer Leistungskatalog von Sportvereinen

Der Sportverein ist keine "Sozialstation" im herkömmlichen Sinne. Im Vordergrund steht in der Regel das Interesse seiner Mitglieder an der Ausübung einer oder mehrerer Sportarten, die im Trainings- und Wettkampfbetrieb auf verschiedenen Leistungsebenen angeboten werden. Gleichwohl sind im Sportbetrieb soziale Funktionen angelegt, die im Jugendbereich den Prozeß von Sozialisation und Erziehung unterstützen. Die sozialen Funktionen beziehen sich auf Leistungen des Sportvereins, die der Gesellschaft insgesamt von Nutzen sind (vgl. H.-G. Sack 1985). Neben Elternhaus, Kindertagesstätte und Schule ist der Sportverein ein zentraler Ort,

wo eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen soziale Erfahrungen sammeln, wo Einstellungen und Verhaltensweisen geprägt werden, wo sich soziales Verhalten ausbildet.

Neben Elternhaus, Kindertagesstätte und Schule ist der Sportverein ein zentraler Ort, wo eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen soziale Erfahrungen sammeln, wo Einstellungen und Verhaltensweisen geprägt werden, wo sich soziales Verhalten ausbildet

Zu den sozialen Funktionen der Ausbildung sportfachlicher Kompetenzen zählen insbesondere:

Soziale Integration

Der organisierte Sport integriert junge Menschen auf freiwilliger Basis in eine Gruppe, in eine Gemeinschaft und schafft soziale Bindungen. Er erzieht zur Teamfähigkeit.

Vermittlung von Werten und Normen

Über die soziale Gemeinschaft im Verein, über die Sportgruppe und über die Regeln der Sportausübung werden gesellschaftliche Werte und Normen transportiert, wird soziales Verhalten trainiert.

Unterstützung der Affektkontrolle

Der Sport ermöglicht wie kaum ein anderes soziales Handlungsfeld das Ausleben und das Lernen einer angemessenen Verarbeitung von starken positiven oder negativen Emotionen in Sieg oder Niederlage.

Vermittlung von "Weltanschauung"

Die Mitwirkung in einer Sportgruppe führt im wahrsten Sinne des Wortes zur "Anschauung der Welt" über soziale und kulturelle Grenzen hinweg, in der eigenen Stadt, im Landkreis, in der Region, im eigenen Land und im internationalen Bereich – je nach Ligazugehörigkeit oder Leistungslevel in unterschiedlicher Ausprägung.

Gesundheitliche und soziale Prävention

Jugendliche Mitglieder im Sportverein zeigen im Durchschnitt weniger psychosomatische Auffälligkeiten und sind physisch und psychisch stabiler als vergleichbare Jugendliche außerhalb und in unstrukturierten Freizeitzusammenhängen. Vereinsjugendliche sind "besser drauf" als andere (vgl. D. Kurz u. a.:1996).

Unterstützung von Partizipation

Die Mitwirkung im Sportverein und einer Sportgruppe regt zur Übernahme von Verantwortung und zur Aneignung sozialer Kompetenzen an.

Dieser noch erweiterungsfähige Leistungskatalog, konstituiert die jugend- und gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports.

Der Sport übernimmt in den genannten Funktionen eine Mittlerrolle für gesamtgesellschaftlich bedeutsame Schlüsselqualifikationen. Unter diesen versteht man alle jene Fähigkeiten, die über ein spezifisches fachliches Wissen und Können hinausgehen und als generelle Handlungskompetenzen und Leitbilder nutzbar sind. Sie helfen, die Voraussetzungen zu

schaffen für die heute notwendige Flexibilität und Mobilität und für eine eigenverantwortliche Orientierung unter widersprüchlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Zu den Schlüsselqualifikationen, die im Sport eine Rolle spielen, zählen personale Dispositionen wie Leistungsbereitschaft, Selbständigkeit, Entscheidungsfähigkeit, Problemlösungsfähigkeit, Konzentrationsfähigkeit und die Fähigkeit zur Verantwortungsübernahme. Dazu gehören ebenso soziale Kompetenzen, die in Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit und in der Fähigkeit zur angemessenen Verarbeitung von Sieg oder Niederlage, Erfolg oder Mißerfolg zum Ausdruck kommen. Die Reihe der Basiskompetenzen, für die der Sport empirisch inzwischen ziemlich gut belegt eine Mittlerfunktion einnimmt, ließe sich fortsetzen.

Gerade bei solchen Jugendlichen, die in den Fokus der Sozialen Arbeit geraten, mangelt es häufig an den skizzierten Fähigkeiten und Kompetenzen. Für sie kann der Sport wichtige Unterstützungsleistungen in der Sozialisation übernehmen.

Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit im Sport

Allerdings erzielt der Sport seine positiven Wirkungen nicht automatisch. Es hängt von den Rahmenbedingungen, Organisationsformen, Arrangements und Inszenierungen ab, in welcher Richtung und Qualität sich die sozialen Unterstützungsleistungen entfalten. Ob der Sport sich unterstützend und sozial integrierend auswirkt oder negativ beeinflussend und sozial ausgrenzend, entscheidet sich oftmals an seinen institutionellen Angebotsformen und den zugrundeliegenden Leistungskriterien. Diese werden vielfach zu einem negativen Selektionsinstrument für Kinder und Jugendliche. Bei solchen jungen Menschen, die den vorgegebenen Leistungsstandards nicht standhalten oder die aus den verschiedensten Gründen eine hohe Bindungsbereitschaft nicht aufbringen bzw. die kontinuierliche Teilnahme am Sportbetrieb nicht gewährleisten können, trägt der Sport unter Umständen selbst zur Ausgrenzung bei. Negative Erfahrungen und nicht erfüllbare Verhaltenserwartungen sind dann der Grund, daß Jugendliche sich oftmals enttäuscht zurückziehen.

Die Voraussetzungen und Barrieren dürfen also nicht zu hoch angesetzt werden, wenn benachteiligte Jugendliche im Rahmen einer sportorientierten sozialen Arbeit überhaupt erreicht werden sollen. Sportvereine mit ihrem ehrenamtlichen Führungs- und Betreuungspersonal und in ihrer unbestritten präventiven Arbeit für eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen tun sich mit solchen Anforderungen nicht immer, aber vielfach sehr schwer. Sie setzen oft bereits voraus, daß zumindest ein Grundgerüst der oben beschriebenen Dispositionen und Einstellungen bei ihren Mitgliedern vorhanden ist, und stoßen bei abweichendem Verhalten tendenziell an strukturelle und personelle Grenzen ihrer Problemlösungskapazität.

Es ist daher angeraten, dem Ehrenamt und den Sportorganisationen professionelle Hilfe zukommen zu lassen, wenn sie zusätzliche Aufgaben im Rahmen von Jugendsozialarbeit übernehmen sollen

Es ist daher angeraten, dem Ehrenamt und den Sportorganisationen professionelle Hilfe zukommen zu lassen, wenn sie zusätzliche Aufgaben im Rahmen von Jugendsozialarbeit übernehmen und ihre Ressourcen stärker einer als "schwierig" erachteten Gruppe von Menschen öffnen sollen. Denn dies setzt – das zeigen alle funktionierenden Beispiele – grundsätzlich veränderte Arrangements in der Sportorganisation voraus. Der Verein hätte sich mit dieser Zielvorstellung in erster Linie nicht als Produzent von leistungssportlichen Erfolgen oder als effizienter Dienstleister im Breitensport zu verstehen, sondern als Anbieter von Lebenshilfe und als Anwalt von jungen Menschen, deren Lebenschancen aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen oder persönlicher Schwierigkeiten stark eingeschränkt sind. Ob solche konkurrierenden Sinngebungen bzw. unterschiedlichen Gewichtungen im Handeln von Sportorganisationen unter das einheitliche Dach eines einzelnen Vereins zu bringen sind oder ihrerseits zur Ausdifferenzierung in der Vereinslandschaft führen werden, muß vorerst eine offene Frage bleiben.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 75-108

Zwischen Erlebnispädagogik und geschlossener Heimunterbringung

Irina Bohn

Die gegenwärtige Auseinandersetzung um den Umgang mit straffälligen Kindern und Jugendlichen neigt zu polarisierenden Standpunkten zwischen Erziehung und Bestrafung. In der Praxis existiert diese stringente Aufgabenteilung nicht: Das Jugendgerichtshilfegesetz betont die Sozialisationsfähigkeit junger Menschen. Erzieherische Hilfen können nicht ohne Sanktionen ablaufen. Notwendig ist eine Überprüfung vorhandener Schwachstellen in bestehenden Jugend- bzw. Jugendstrafeinrichtungen

Seit nahezu einem Jahrzehnt nun wird in der medialen, politischen und fachlichen Öffentlichkeit ein Diskurs über die bedrohlich anwachsende Delinquenz von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik geführt. Standen zu Beginn der 90er Jahre zunächst vor allem gewalttätige Jugendliche im Mittelpunkt der öffentlichen Besorgnis, so sind es jetzt zunehmend seriell delinquente Kinder und Jugendliche. Wir alle kennen aus der Presseberichterstattung den spektakulären Fall des Münchner Jugendlichen "Mehmet". Aber auch die beiden 16jährigen Hamburger Christian und Patrick haben es zu trauriger Berühmtheit gebracht, als sie im Juni 1998 – nach einer ausgeprägten delinquenten Karriere – einen 73jährigen Feinkosthändler erstachen (vgl. DIE ZEIT vom 9. Juli 1998, S. 13).

Qualitativ verändert hat sich der öffentliche Diskurs aber nicht nur hinsichtlich der Spektakularität der Ereignisse, sondern insbesondere auch dadurch, daß seit 1997 mit dem aus den USA importierten Modell der "zero tolerance" eine vermeintliche instrumentelle Lösung der steigenden Kinder- und Jugendkriminalität im Gespräch ist. Seit der Eröffnung des Hamburger Wahlkampfes im Jahre 1997 sind Maßnahmen, die ein unmittelbares Durchgreifen von Polizei, Justiz und eben auch der Jugendhilfe vorsehen, in den Ruf gekommen, sie könnten die Bevölkerung vor Kriminalität schützen. In der Diskussion stehen heute die Herabsenkung des Strafmündigkeitsalters, die schärfere Sanktionierung von jugendlichen Straftätern und die Wiedereinführung der geschlossenen Heimunterbringung. Damit hat sich im öffentlichen Diskurs unter der Hand eine Verschiebung des Blickwinkels vom Täter – und den bestehenden Möglichkeiten seiner Resozialisierung – hin zum Opfer – d.h. den Möglichkeiten, diesen vor Straftaten zu schützen – vollzogen.

Dürfen – so wird gefragt – delinquente Kinder und Jugendliche begehrte Konsumgüter wie Fernreisen mit staatlichen Mitteln gewährt bekommen, gerade weil sie das Gemeinwohl verletzen, während "unbescholtene" Bürger sich diese entweder nicht leisten können oder selbständig erarbeiten müssen

Unberechtigt ist diese Perspektive nicht: Auch die Opfer jugendlicher Gewalt und Kriminalität haben ein Anrecht auf Schutz und Hilfe und sie genießen bei weitem nicht das gleiche öffentliche und staatliche Interesse wie die Täter. Es bleibt aber die Frage offen, ob – wie es derzeit erscheint – die Interessen der einen Zielgruppe nur auf Kosten der anderen vertreten werden können.

Wie bereits bei der Debatte über den richtigen staatlichen Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen, die "DIE ZEIT" in der Überschrift "Glatzenpflege auf Staatskosten" münden ließ (vgl. DIE ZEIT vom 13. August 1993, S. 50), steht aber hinter dem heute geführten Diskurs zur Jugendkriminalität ("Erlebnispädagogik auf Staatskosten: Urlaub unter Palmen") vor allem die Frage, ob Kinder und Jugendliche, die sozial unverträgliches Verhalten zeigen, überhaupt berechtigt sind, in den Genuß sozialstaatlicher Leistungen zu kommen. Dürfen – so wird gefragt – delinquente Kinder und Jugendliche begehrte Konsumgüter wie Fernreisen mit staatlichen Mitteln gewährt bekommen, gerade weil sie das Gemeinwohl verletzen, während "unbescholtene" Bürger sich diese entweder nicht leisten können oder selbständig erarbeiten müssen?

Zur gesellschaftspolitischen Frage nach den Bedingungen sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe gesellt sich zunehmend auch ein Kosten-Nutzen Denken, das die finanziellen Lasten scheinbar nutzloser sozialpädagogischer Interventionen gegen die Kosten repressiver Maßnahmen – einschließlich der eingesparten finanziellen Schäden – gegenrechnet. Die öffentliche Meinung sieht z.Zt. monetäre Vorteile im repressiven System und scheut sich auch nicht dies kundzutun: Auch der Oberbürgermeister Münchens argumentierte mit der Kostenseite für die Abschiebung "Mehmets" in die Türkei. Kritiker und Fachleute warnen vor diesem Trugschluß: In den bei der Kriminalitätsbekämpfung zum Vorbild herangezogenen USA sind insgesamt 1,7 Millionen Menschen inhaftiert (diese Rate entspricht dem 5- bis 10fachen dessen, was westliche Staaten aufweisen), die Kosten für den Strafvollzug sind z.B. in Kalifornien höher als für den Bildungssektor (vgl. Heinz Cornel, "Zero Tolerance" in New York – Ein Modell auch für die Bundesrepublik?, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 11/98, S. 428/Heinz Steinert, "Das große Aufräumen, oder: New York als Modell?", in: Neue Kriminalpolitik 4/1997 S. 30).

Was sagt die Kriminalstatistik?

Bevor über die Sinnhaftigkeit – aber vor allem auch den gesellschaftspolitischen Hintergrund – von Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung diskutiert werden kann, sollten die Aussagen der Kriminalstatistik in den Blick genommen und die Frage nach den Ursachen der heutigen Entwicklungen gestellt werden. Erst vor diesem Hintergrund erschließt sich, warum der repressive Umgang mit delinquenten Kindern und Jugendlichen gegenwärtig auf so viel Resonanz stößt.

Die Kriminalitätsstatistik weist seit 1989 bei den Tatverdächtigenziffern eine ansteigende Kriminalitätsbelastung aus (vgl. Christian Pfeiffer u.a., "Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen", Sonderdruck Hannover 1998, S. 11). Die stärkste Zunahme ist hierbei seit 1984 bei den Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren zu verzeichnen (+ 92 Prozent). Die häufigsten Delikte, die von Jugendlichen begangen werden, sind Ladendiebstähle (37 Prozent aller Delikte dieser Altersgruppe im Jahr 1997). Hiernach folgen mit jeweils etwa 15 Prozent Sachbeschädigungen, schwere Diebstähle und Körperverletzungen (vgl. Bundesministerium des Innern, Jahresbericht 1997 zur Kriminalitätslage in der Bundesrepublik Deutschland, S. 8).

Die registrierte Kriminalität von Kindern im Alter zwischen 8 und 14 Jahren zeigt seit 1984 geringere Zuwachsraten, als andere Alterstufen. Dies kann – so Pfeiffer – u.a. an der Anzeigebereitschaft gegenüber strafunmündigen Tätern liegen. Werden ausschließlich die Daten zur Kinderdelinquenz miteinander verglichen, so zeigt sich seit 1984 eine Zunahme der Tatverdächtigenziffern bei den Diebstahlsdelikten um 85 Prozent. Noch drastischer haben sich die Zahlen bei den Gewaltdelikten erhöht, hier sind Zuwächse von 235 Prozent zu verzeichnen. Je nach dem, wie die Statistik gelesen werden möchte, kann man entweder feststellen, daß sich der Anteil der wegen Gewaltkriminalität registrierten Jugendlichen an den Tatverdächtigen dieser Altersstufe von 1984 bis 1997 fast verdoppelt und bei den Kindern um das Dreieinhalbfache erhöht hat. Oder es kann darauf hingewiesen werden, daß lediglich zwei Prozent aller Kinder und sieben Prozent aller Jugendlichen in der Bundesrepublik als Tatverdächtige registriert wurden. Für die Gewaltdelikte von Kindern läßt sich auch die Darstellung wählen, daß lediglich 0,16 Prozent aller Kinder dieser Altersstufe auffällig werden. Dieser Exkurs soll zeigen, daß allein die Zu- oder Abnahme der Kriminalitätsstatistik über Kinder und Jugendliche nicht ausreicht, um öffentliche Besorgnis auszulösen. Viel entscheidender, so scheint es, ist das sozio-politische Klima und das Umfeld der Erklärungsmuster, in dem die Debatten geführt werden. Gegenwärtig vernehmen wir lauter denn je die Stimmen, die behaupten, daß die ansteigende Jugendkriminalität eine Folge einer allzu laschen und unwirksamen Jugend-, Bildungs- und Ordnungspolitik sei. Der Ruf nach Grenzen, Ordnung und individueller Sanktionierung übertönt die Argumente der Gegenseite, die auf soziale Desintegrationsprozesse verweisen: Restriktive ökonomische Rahmenbedingungen und die anwachsende soziale Ungleichheit seien die Ursache für das Problem der Jugendkriminalität.

Beide Positionen gehen im Grunde von einem staatlichen Handlungsdefizit aus: Diejenigen, die ein sanktionierendes Vorgehen fordern, verweisen auf den Werteverfall der neo-liberalen Tradition und die abnehmende Bereitschaft zu Erziehung. Der Staat habe zu lange gezögert sein Gewaltmonopol auszuüben und statt dessen geduldet, zu lasche Grenzen gezogen, zu milde bestraft, zu wenig abgeschreckt. Die anderen, die Jugendkriminalität als Folge des sozioökonomischen Wandels sehen, kritisieren die Untätigkeit des Staates dahingehend, daß

unterlassen worden ist, die Protest- und Unzufriedenheitspotentiale rechtzeitig zu identifizieren, zu kanalisieren und zu integrieren.

Verunsichert durch die soziale Realität

Vertreterinnen und Vertreter beider Positionen blicken also mit ihren Handlungsvorschlägen verunsichert auf eine soziale Realität, die ihnen unbewältigt erscheint:

Jugendarbeitslosigkeit: Im September 1997 waren bei den Arbeitsämtern in Deutschland 525.090 junge Erwerbslose unter 25 Jahren registriert. Das sind knapp zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Bei den unter 20jährigen steigerte sich die Quote um 16 Prozent. Der Anteil der Schulabgänger und Schulabgängerinnen, die sich ohne Erfolg um eine Lehrstelle bemühten, erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr sogar um 24 Prozent (vgl. Deutsche Jugend 12 (1997), S. 511).

Zerfall des familiären Zusammenhalts: Im Jahr 1997 wurden 187.802 Ehen geschieden. Das sind sieben Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der geschiedenen Ehen mit Kindern stieg mit etwa neun Prozent deutlich stärker als diejenigen ohne Kinder (fünf Prozent). Waren im Vorjahr noch 148.782 minderjährige Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen, stieg die Zahl im Jahr 1997 auf 163.112 Kinder an. Der zu verzeichnende Zuwachs beträgt somit knapp zehn Prozent (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 30. September 1998).

Betroffenheit von Sozialhilfe: Zum Jahresende 1997 bezogen in der Bundesrepublik Deutschland 2,89 Millionen Personen, d.h. 3,5 Prozent der Bevölkerung Sozialhilfe. 37 Prozent aller Sozialhilfeempfänger sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (etwa eine Million Menschen). Fast die Hälfte dieser Kinder (49 Prozent) lebte 1997 in Haushalten von alleinerziehenden Frauen. Die Sozialhilfequote von Kindern ist mit knapp sieben Prozent doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt (vgl. Statistisches Bundesamt, Sozialhilfe in Deutschland: Entwicklung und Strukturen, Pressematerialien 1/1999, S. 7ff.).

Inanspruchnahme von erzieherischen Hilfen: Für 1997 liegen die bundesweiten statistischen Daten noch nicht aufbereitet vor. 1996 nahmen 239.500 junge Menschen Hilfe von Erziehungsberatungsstellen in Anspruch, vier Prozent mehr als im Vorjahr. Anlaß der Beratungen waren in 38 Prozent der Fälle Beziehungsprobleme, bei 30 Prozent der Beratenen gab es Entwicklungsauffälligkeiten. Probleme in der Schule bzw. Ausbildung waren für ein Viertel der Grund, sich an die Beratungsstelle zu wenden. 20 Prozent der jungen Menschen hatten die Trennung oder Scheidung der Eltern nicht verkraftet (vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 11. März 1998).

12.500 Familien nahmen bis Ende 1996 sozialpädagogische Familienhilfe in Anspruch, eine Form der Erziehungshilfe, die Familien bei der Bewältigung von Erziehungsaufgaben und Alltagsproblemen Unterstützung geben soll. Das sind 11 Prozent mehr als im Vorjahr. 64 Prozent der Betroffenen benötigten Hilfe aufgrund von Erziehungsschwierigkeiten,

37 Prozent wegen Entwicklungsauffälligkeiten der Kinder und 35 Prozent wegen Beziehungsproblemen. In 22 Prozent der Fälle lagen Schul- oder Ausbildungsschwierigkeiten, in 18 Prozent Probleme mit der Trennung und Scheidung der Eltern vor. Die Vernachlässigung des Kindes war in 16 Prozent der Fälle Anlaß, eine sozialpädagogische Familienhilfe einzuleiten (vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 13. März 1998).

Es liegt auf der Hand, daß angesichts dieser gravierenden sozio-ökonomischen Problemlagen staatliches Handeln gefordert ist. Ob nun deren Lösung in der Stärkung der Erziehungskompetenz der Familien und anderen Sozialisationsinstanzen oder der Stabilisierung der ökonomischen Situation gesehen wird: Fact ist, daß keine dieser beiden Säulen gesellschaftlicher Stabilität z.Z. tragfähig genug zu sein scheint. Es sind – und dies ist das eigentliche Problem – keine kurzfristigen Lösungen zu erwarten. Schlimmer noch: In der komplexen Welt von heute stehen nicht einmal eindimensionale Erklärungsmuster noch Handlungsvorgaben mit einer klaren Ziel-Mittel-Direktive zur Verfügung. Wir befinden uns somit in einer Situation der grundlegenden Verunsicherung.

Es sind – und dies ist das eigentliche Problem – keine kurzfristigen Lösungen zu erwarten

An dieser Stelle erweist sich die "Strategie des Durchgreifens" als besonders anschlußfähig. Sie ist geeignet, staatliches Engagement zu demonstrieren, da sie den Anschein der Entschlossenheit, Handlungsfähigkeit und Wirksamkeit erweckt. Auch wenn bis heute nicht nachgewiesen werden konnte, daß höhere Strafandrohungen und eine restriktive Kriminalpolitik tatsächlich zu einer Herabsenkung der Kriminalitätsrate führen (vgl. Hans-Jürgen Kerner/Elmar G. M. Weitekamp, "Entwicklungen in der Jugendkriminalität und im Jugendstrafrecht", in: Neue Praxis 6/97, S. 497 u. 499), so wirkt ein "eingesperrter Täter" (sei es in einer Strafanstalt oder in einem geschlossenen Heim) gebändigt, er kann zunächst aus seiner Isolation heraus keine weiteren Straftaten begehen.

Jugendhilfe braucht Gesamtkonzept

Diesem simplen Mechanismus ist die Popularität der sanktionierenden Position gegenwärtig zu verdanken. Das "Wegschließen" von delinquenten Jugendlichen gibt dem Bürger das Gefühl, vor den Tätern geschützt zu sein und befriedigt sein "Gerechtigkeitsempfinden", das in Zeiten restriktiver ökonomischer Bedingungen zunehmend vom "Verteilungskampf" geprägt wird: Die Täter werden endlich bestraft und nicht noch etwa mit individuellen Hilfen und Auslandsreisen belohnt.

Im Rahmen dieser Argumentation liegt es nahe, daß den integrativen und erzieherischen Hilfen Wirkungslosigkeit unterstellt wird. Gerade erlebnispädagogische Maßnahmen sind hierbei in das Kreuzfeuer der Kritik geraten: Sie seien zu teuer, unterhielten und belohnten die

Jugendlichen und führten zu keiner Verhaltensänderung. Neueste Evaluationsstudien zur Erlebnispädagogik zeigen, daß ein solches pauschales Urteil nicht zu fällen ist (vgl. Willy Klawe/Wolfgang Bräuer, Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung als Erlebnispädagogik, in: Jugendhilfe 36 (1998) 6, S. 345ff.). Vielmehr hängen ihre Erfolgchancen vom Zeitpunkt ihrer Durchführung, von der Qualität der erzieherischen Beziehung zwischen den Pädagogen und Jugendlichen und der sorgfältigen Vorbereitung des sozialen Umfeldes und des Jugendlichen selbst auf die Rückkehr ab. Damit bleibt unterm Strich die – niemals neue Erkenntnis –, daß der Erfolg sozialpädagogischer Maßnahmen von der Qualität ihrer Durchführung abhängt.

Eine qualitativ gute soziale Arbeit mit delinquenten Kindern und Jugendlichen – diesen Nachweis haben Projekte im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt des Bundes (1992-1996) erbracht – kann das Verhalten der Zielgruppen sehr wohl verändern. Dies gelingt, wenn den betroffenen Jugendlichen kontinuierlich individuell gestaltete Hilfen zur Verfügung gestellt werden und damit verhindert werden kann, daß sie eine erzieherische Maßnahme nach der anderen durchlaufen. Da die Jugendlichen, um die es sich hier handelt, in der Regel von schwerwiegenden Problemen in allen relevanten Lebensbereichen betroffen sind, gelingt ihre Stabilisierung nur, wenn das sozialpädagogische Arrangement einen verlässlichen Rahmen für die Gestaltung des Alltages bietet. Im Klartext heißt dies, daß die Jugendhilfe Abkehr nehmen muß von ihrer Verweisungspraxis (d.h. die Jugendlichen je nach Problembereich in spezialisierte Einrichtungen und Dienste mit wechselndem Personal zu entsenden) und statt dessen alle notwendigen Hilfen (von z.B. Angeboten der existentiellen Grundabsicherung, Freizeitgestaltung, schulischen und beruflichen Hilfen, erzieherische Hilfen etc.) in einem Gesamtkonzept zusammenfließen lassen muß (vgl. Irina Bohn, Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Endbericht zur 2. Laufzeit Januar 1995 bis Dezember 1996, ISS-Aktuell 37/1997, S. 49ff.).

Gründliche qualitative Revision

Die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Wiedereinführung der geschlossenen Heimunterbringung für seriell delinquente Kinder und Jugendliche fokussiert sich im wesentlichen auf eine Debatte zwischen Erziehung und Strafe, geradewegs so, als ob es eine klare Trennungslinie zwischen justiziellen Maßnahmen – also Strafe hier – und Jugendhilfemaßnahmen – also Erziehung dort – gäbe. Selbstverständlich ist diese Aufgabenteilung trügerisch: Das Jugendgerichtshilfegesetz geht deutlich vom Grundsatz der Sozialisationsfähigkeit junger Menschen aus (§ 5 JGG) und Erziehung, insbesondere im Rahmen der erzieherischen Hilfen, verläuft ebenfalls nicht in einem sanktionsfreien Raum. Dieser Diskussionsstrang scheint in der Tat wenig erfolgsversprechend. Allerdings sollte im Streit um "Erziehung" oder "Strafe" dort aufgehört werden, wo Jugendhaftanstalten und

Jugendhilfeeinrichtungen gleichermaßen eigenes institutionelles Versagen in ihre Argumentationen einführen (vgl. IGFH, "Memorandum zur Problematik geschlossener Heimunterbringung", in: Materialien zur Heimerziehung 3/97, S. 11). Die Jugendhaftanstalten klagen über Personalmangel und Überbelegung und sehen sich nicht in der Lage ihrem Sozialisierungsauftrag nachzukommen. Die Jugendhilfe sieht insbesondere in der Verkettung falscher Hilfemaßnahmen, der Verweisungspraxis und der damit einhergehenden Nichtzuständigkeit von Fachkräften einen wesentlichen Grund für das Entgleiten von Kindern und Jugendlichen.

An dieser Stelle gibt die Diskussion ihre wesentliche Schwachstelle preis: Welchen plausiblen Grund gibt es, auf jedes Jugendproblem mit einer weiteren Differenzierung des staatlichen Leistungssystems zu reagieren? Sollte nicht vielmehr das, was heute schon Praxis ist, einer gründlichen qualitativen Revision unterzogen und zügig verbessert werden? Dies heißt im Klartext auch, daß es nicht akzeptabel sein kann, öffentlichkeitswirksam und Aktivität vortäuschend über neue und zusätzliche Maßnahmen nachzudenken und hinter diesem aufgeregten Diskurs die Systeme unberührt zu lassen, die aus ihrem institutionellen Funktionieren heraus wesentlich zum Entstehen des Problems beitragen.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 109-116

Buchempfehlungen zum Thema

Klaus Jürgen Tillmann u.a.: Schülergewalt als Schulproblem - Verursachende Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven, Juventa Verlag, Weinheim, 1999.

Auf der Basis einer umfassenden empirischen Studie in Schulen der Sekundarstufe 1 wurde das Phänomen Gewalt bezüglich Art, Ursachen und Häufigkeit untersucht. Eine Fallstudie, ergänzt durch Repräsentativbefragungen von Schülern, Lehrern und Schulleitungsmitgliedern, liefert die Basis für Vorschläge zur Gewaltprävention.

Willi Fährmann: Unter der Asche die Glut, Arena Verlag, Würzburg, 1997.

Für Jugendliche und Erwachsene hat Willi Fährmann dieses Buch geschrieben, in der Hoffnung, daß es u.a. zu Gesprächen über die Altersgrenzen hinweg Anlaß gibt. Die Geschichte des jungen Christian Fink spielt in Deutschland nach der Machtergreifung Hitlers. Es ist die Schilderung einer ständigen Auseinandersetzung mit Willkür und Terror, mit der Gefahr von Vereinnahmung von Alltag, Familie und Freunden durch das totalitäre Regime. Es ist aber auch die Darstellung von Mut und Kraft, entstehend aus Freundschaft und Gemeinschaftserlebnis in Gruppen Gleichgesinnter und gleichzeitig die zukunftsweisende Warnung vor den irreleitenden Wegen radikaler politischer Gruppen.

Günter Spendel: Jugend in einer Diktatur - Erinnerungen eines Zeitzeugen 1933-1945, Mut-Buchdienst, Asendorf.

Der Autor liefert einen Zeitzeugenbericht über seine Erlebnisse unter der NS-Diktatur, in deren Zeit seine Jugend fiel. Es handelt sich um die erweiterte Fassung eines Vortrages, den der heutige Strafrechtler anläßlich einer Tagung des bayrischen Akademie für politische Bildung in Tutzing zum Thema "Leben unter totalitärer Herrschaft" hielt. Es wurden dort Zeitzeugenberichte vom Leben sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch im SED-Staat gegeben.

Claus Groth/Wolfgang Maennig (Hrsg.): Jugend und Arbeit: Die Düsseldorfer Thesen, Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M., 1998.

Der Düsseldorfer Initiativkreis Jugend und Arbeit, dem Unternehmer, Verbände und Wissenschaftler angehören, veranstaltete 1998 einen Kongress zum Thema Jugendarbeitslosigkeit. Es wurde über Lösungsansätze diskutiert, die in einigen europäischen Nachbarländern bereits zum Einsatz gekommen sind. Schwerpunkte liegen dabei auf effizienteren Systemen der Arbeitslosenunterstützung und der gezielteren Beratung von jugendlichen Problemgruppen.

Florian Ade/Florian Burkhardt: Streit, Streik und Integration - Wie Jugendliche lokale Politik beeinflussen. Das Konstanzer Schülerparlament, 1998, Selbstverlag: Florian Burkhardt, In den Dorfäckern 14, 78465 Konstanz.

Das Konstanzer Schülerparlament feierte 1998 sein 30jähriges Bestehen. Es gehört zu den wenigen Einrichtungen dieser Art, die - gegründet von den "68ern" - bis heute eine ernstzunehmende Jugendvertretung in der Gemeinde darstellen. Das Buch befaßt sich mit der

Geschichte dieser Einrichtung, mit der aktuellen Diskussion um die politische Partizipation der Jugendlichen und ihrer Institutionalisierung in der Kommunalpolitik.

Benjamin Lebert: Crazy, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln, 1999.

Kein Roman über Jugendliche, sondern das Erstlingswerk eines Jugendlichen. Der siebzehnjährige Autor hat diesen Roman autobiographisch verfaßt. Verdichtet auf die Erlebnisse mit seiner Freundesclique in einem Schulinternat inklusive eines unerlaubten Ausflugs ins Münchener Nachtleben wird hier mit Witz und erstaunlich viel Selbstironie von den Schwierigkeiten des Erwachsenwerdens berichtet. *grü.*

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 117

Das politische Buch im Gespräch

Josef Kraus:

Spaßpädagogik. Sackgassen deutscher Schulpolitik

München: Universitas, 1998

268 S.

”Dumm gelaufen”, kommentierte kürzlich der linksliberale ”Express” jene Sternumfrage zur Allgemeinbildung, die wieder einmal die Öffentlichkeit (wie lange?) schockierte: ”Unser Bildungssystem haben wir zu lange auf die leichte Schulter genommen, Bildung, Allgemeinbildung, das sind die Säulen für einen funktionierenden Staat, in dem niemand benachteiligt wird.”

Einer, der die Sache nie auf die leichte Schulter genommen hat, sondern seit Jahren vehement gegen den politischen wie pädagogischen Zeitgeist ankämpft, ist der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus, der jetzt eine Bilanz schulpolitischer Irrwege der vergangenen 35 Jahre vorgelegt hat. Er tritt ein für eine Wiederentdeckung des selektiven Leistungsprinzips, für Qualitätsmaßstäbe und -kontrolle, für Schulnoten, eine Stärkung des Abiturs und zentrale Abschlußprüfungen, für die Wiederentdeckung eines differenzierten Begabungsbegriffs, gegen eine zu späte Eignungsfeststellung, gegen die sechsjährige Grundschule, für die Aufwertung der Grundschulempfehlung, gegen die Gesamtschule und für die Hauptschule, gegen Zweigliedrigkeit und für Hochbegabtenförderung, gegen den ”Erziehungsstaat” und modische Unterrichtsformen, für klare Fächerstrukturen und gegen das krude Gerede über sog. Schlüsselqualifikationen, gegen eine Überschätzung des Laptops und für eine sinnvolle Lehrerbildung, gegen die autonome Schule und gegen ”den neuen Alarmismus der 80er und 90er Jahre”, für staatsbürgerliche und ökonomische Grundbildung und einen ”aufgeklärten Patriotismus”, gegen DDR-Nostalgie und ”LER”, gegen die Überschätzung von Anleihen aus dem Ausland. Das Ganze wird fundiert durch einen anthropologischen Rekurs, der (endlich wieder einmal) den fast immer unterschlagenen Bezugshorizont ”Anthropologie” zur Sprache bringt, und schließt ab durch ein vergnügliches Lexikon der ”lingua paedagogica correcta”, all das in einer Sprache, in der ”Spaßpädagogik” wirklich auch noch Spaß macht.

Die Schulpolitik braucht aber öffentliche Aufmerksamkeit, nicht nur punktuell, sondern auf Dauer, schon um des lieben Geldes willen, und diese Beachtung kann diese ausdrücklich ”nicht wissenschaftliche, sondern politische” Streitschrift nur fördern. Auch wenn sich da und dort ein ”ja, und was nun” oder auch ein ”ja, aber” einschleichen mag.

Lektüre wirft Fragen auf

Wie lassen sich Entwicklungen, die nun einmal eingetreten sind und sich in den Köpfen der Eltern und "Abnehmer" festgesetzt haben, etwa die Verlagerung der Schülerpopulation auf Gymnasium und Hochschule ("Schick dein Kind auf bessere Schulen"!), zurückdrehen? Wäre das politisch durchzuhalten, auch angesichts des Lehrstellenmarktes und des Einstellungsverhaltens der Betriebe? Wie weit können und wollen wir da wirklich gehen mit Blick auf jene "Wissensgesellschaft", die uns allenthalben verheißen wird und die auf immer höherer und breiterer Qualifizierung aufbaut? Die Hauptschule stärken, d'accord, ihre pädagogische Klientel wird ja häufig nur auf die Gesamtschule umgelagert. Aber "die" Hauptschule gibt es eben nicht mehr, und da müßte, wie Kraus selbst moniert, erst einmal die Wirtschaft realiter, nicht nur verbaliter ihrer sicher zu Recht beklagten "Diskriminierung" entgegentreten. Welche Auswirkungen hat die veränderte Lebenswelt unserer Kinder und Jugendlichen (vgl. S. 99), haben die dort wirksamen, nicht mehr "geheimen", sondern offenen "Miterzieher" auf die Schule, auf den Unterrichtsstil, auf die Unterrichtsgestaltung? Oder die Integrationsproblematik? Oder die sich immer weiter intensivierende Erziehungsunwilligkeit oder -unfähigkeit und jene Elternerwartung, die alles an der Schultür abgeben will? Und sicher auch: ohne Wissen geht nichts, und da hapert es offenbar gewaltig. Aber Wissen bedarf der selbständigen Verarbeitung und des Transfers. Sicher sind da auch "Selbsttätigkeit" und "Selbstorganisation" nicht ganz von Übel. Schließlich: was bedeutet heute eigentlich Bildung, wenn Schule immer weniger unter persönlichkeitsbildenden Perspektiven, sondern vielmehr unter ökonomischen Anpassungsaspekten begriffen wird?

Das sind einige weiterführende Fragen, die sich bei der Lektüre einstellen und jetzt zu diskutieren sind. Dabei muß künftig weniger die strukturpolitische als vielmehr die inhaltliche Diskussion und die gemeinsame (oder auch separierte!) Sicherung von Standards im Zentrum der Auseinandersetzung stehen. Worauf wir aber immer wieder verweisen sollten, ist das "Berliner Programm" der CDU von 1993, die wohl immer noch ausgefeiltste bildungspolitische Konzeption, die derzeit eine Partei überhaupt vorzuweisen hat. Sie kann nichts dafür, daß sie nicht gelesen wird. Denn fast alles von dem, wofür K. eintritt, ist dort gefordert; und das achtjährige Gymnasium ist jetzt auch in Bayern kein Tabu mehr. In den Grundfragen besteht in der Union ein breiter Konsens, bauen wir ihn aus! Wahre Progressivität beweist sich durch Vernunft und besteht daher gerade darin, die Mitte zu finden zwischen Tradition und Innovation.

Jörg-Dieter Gauger

Dr. Jörg-Dieter Gauger ist stellvertretender Leiter des Bereich Wissenschaftliche Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 118-119

Belletristik im Gespräch

Elisabeth Borchers:

Was ist die Antwort. Gedichte

Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1998

66 S.

Daß das Einfache nicht einfach ist, macht den Reiz der Gedichte Elisabeth Borchers aus. Sie nötigen dem Leser Energie ab, verlangen seine Kreativität, strengen ihn an. Aber sie fordern nicht mehr, als sie zu geben bereit sind. So wird das *Märchen* wahr: *Auf der Suche / nach etwas Schönerem wie Schnee / ging ich leer aus / bis es des Wegs zu schneien begann*. Es kommt auf den Prozeß an, den diese Gedichte in Gang zu bringen vermögen. Das Ergebnis wird für den Leser, der mehr tun muß als sie nachzuvollziehen, von Fall zu Fall unterschiedlich sein, eben nicht einfach. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Arbeiten, die die 1926 Geborene in ihren jüngsten Gedichtband aufgenommen hat, unverbindlich wären.

Jede der insgesamt vier Abteilungen der Sammlung hat ihren eigenen thematischen Aspekt. Seien es Bilder und vorgefundene Literatur, die die Autorin zur Reflexion anregen und herausfordern, also Gedichte vor einem bestimmbareren Hintergrund, sei es die Spannung zwischen Lebensanfang und -ende oder die Gewißheit des Sterbens, gemeinsam ist allen ihr Grund in persönlicher Erfahrung. Von der Bedeutung der Biografie für das Gedicht spricht der vierte, den Band abschließende Teil, der einen einzigen lyrischen Text enthält und sein Gegenteil - eine Antwort auf die Frage *"Wie entsteht ein Gedicht?"* (zuerst 1987 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht). Wirksam auch hier die Autonomie des Gedichts, desjenigen der Elisabeth Borchers zumal. Es ist in Reihenfolge der Sammlung seiner Entstehungsgeschichte vorgeordnet, dem Leser zur Wahrnehmung vorgegeben.

So läßt es sich verstehen als Absage an herkömmliche Naturlyrik, als Verzicht auf jede Form der poetischen Verklärung, als Blick auf unseren Blick: *Reden wir nicht mehr von Landschaft*. Von ihr ist hier nicht mehr die Rede, weil sie längst gefangen wurde in menschlichen Vermessungskategorien, *gefahrlos* und *verlässlich*, eingeordnet in unser Wahrnehmungsraster. Landschaft ist in Erdballgröße verschwunden, diese aber wird verkleinert auf das Maß *einer sanft rotierenden Kugel*, wie die Welt als Globus in unseren Händen anschaulich und begreifbar wird. Eine Entmythologisierung wird hier nicht erst vorgenommen, sondern als gegenwärtiges Weltbild beschrieben. Die immer noch *unbelehrbaren Metaphern* finden derweil ihren *Ausweg* noch in den Gestirnen. Aber auch hier ist eine dichterische Revision zu erwarten: *Betreten wir demnächst und entledigt / die Milchstraße*. Das ist kein Naturgedicht, sondern eines über das Verhältnis zur Natur, wie es der Mensch hergestellt hat. Das Landschaftsgedicht muß derzeit eins über die fortgeschrittene Zivilisation sein.

Der Prosatext, dem Gedicht nachgeordnet, ist nicht zu mißbrauchen als Interpretationshilfe. Er erklärt nichts, was das Gedicht nicht zu leisten vermöchte. Aber er legt das Verfahren offen, nach dem Gedichte zu schreiben sind: *Ein Gedicht ist nicht diktierbar. Es setzt nicht Kenntnisse voraus, sondern Erfahrung.* Ohne persönliche Erfahrung, ohne Beziehung zwischen den Verhältnissen des Gegenstandes und den Verhältnissen der Person ist Lyrik für Elisabeth Borchers undenkbar. Und schließlich spricht das so entstandene Gedicht von nichts als von dieser Beziehung. Der poetologische Text korrigiert nicht die Arbeit des Lesers, sondern bestätigt sie in ganz besonderer Weise. Die Dichterin erzählt von *einem der traurigsten Nachmittage der Kindheit, aus dem es kein Entrinnen gab.* Das Kind, das sie gewesen ist, bekommt elterliche Gewalt zu spüren. In drohender Haltung führt der Vater eine Examinierung durch, indem er anhand einer *leicht geneigten Riesenkugel mit dem Fuß aus altem Holz* geografische Kenntnisse abfragt. Nicht nur die Landschaft ist schwächer als das Koordinatensystem, in dem sie gefangen wird; das Kind, isoliert und eingesperrt, erfährt grausam sein Ausgeliefertsein. Diese Erfahrung führt zum Gedicht.

Es geht um Existenzfragen

Nicht Kenntnisse ermöglichen das Schreiben, sondern Erfahrung. So läßt sich vom Ende des Bandes her zurückkehren zu seinem Beginn. Ob in der ausschließlichen Kombination vorgefundenen literarischen Materials oder angeregt durch Bilder und durch aktuelle Lektüre (zumeist von Literatur, aber auch eine Zeitungsmeldung wird Anlaß und Material), einmal auch in der Erinnerung an einen Dichterkollegen, immer steht die beziehungschaffende Kraft des Ichs im Mittelpunkt. Dadurch sind die Gedichte des ersten Teils auch keineswegs nur Dokumente künstlerischer Auseinandersetzung, sondern handeln ausnahmslos von Lebenserfahrungen und dies nicht nur in dem Sinne, wie es von der langjährigen Lektorin Elisabeth Borchers (Luchterhand und Suhrkamp) wohl zu erwarten ist. Es geht in dieser Sammlung immer um Existenzfragen. Ein melancholischer Grundton? Er trägt alle Gedichte, aber er ist nicht mit Resignation zu verwechseln. ... *diese lange Reise zum Ende hin* wird in Einverständnis und Gelassenheit zurückgelegt, aber auch mit einem entschiedenen *Nein* (so kompromißlos lautet der Titel eines Gedichtes) zu *schäbig gewordenen Antiquitäten*. Der Verzicht auf Spuren, auf das Festhalten bedeutet Freiheit, Selbstbehauptung, läßt unterwegs sein – leben. Dabei werden dem Leser keine Lebensweisheiten geboten, sondern Augenblicke, Zeichen, Anregungen – Freundschaft, wie sie auch den Nachgeborenen versprochen ist. Ein spannendes Alterswerk liegt vor, Teil eines schmalen, aber bemerkenswerten Werkzusammenhangs (der vorliegende ist der vierte Gedichtband der Autorin und erscheint sechs Jahre nach Veröffentlichung ihres letzten Buches). Die Konzentration auf Motive des Vergehens, das Wissen um das Ende sind aber auch Fortschreibungen einer Thematik, die bereits in der vorausgegangenen Gedichtsammlung (*Von der Grammatik des heutigen Tages*)

bestimmend war. Im Blick auf Abschiede und Tod wird die Frage nach dem Leben gestellt. *Was ist die Antwort* fragt der Titel des Bandes (eine Gedichtüberschrift aufgreifend), aber diese Formulierung läßt sich auch verstehen als Relativierung, sogar Geringschätzung jeder Antwort im Verhältnis zum Wert des Fragens. Die Gedichte geben keine Antworten oder gar Ratschläge, sondern halten die Fragen offen: Widerstand gegen den Zeitgeist, dem schnelle Lösungen wichtig sind.

Antje Janssen-Zimmermann

Dr. Antje Janssen-Zimmermann ist Lehrbeauftragte am Institut für Germanistik der Universität Koblenz-Landau, Abteilung Koblenz.

Hans Magnus Enzensberger:

Wo warst du, Robert?

Roman

München:

Hanser, 1998,

288 S.

Hans Magnus Enzensberger ist ein Schriftsteller von ganz besonderem Schlag, seiner Zeit immer ein Stück voraus, was ihm den selbsterfundenen Spitznamen des "Fliegenden Robert" eingehandelt hat, der sich in die Lüfte erhebt und den anderen nichts weiter hinterläßt "als eine Legende, / mit der ihr Neidhammel, / wenn es draußen stürmt, / euren Kindern in den Ohren liegt, / damit sie euch nicht davonfliegen".

Eine solche Legende ist der neue Roman von Enzensberger, dessen Held natürlich Robert heißt und aus dem oben zitierten Gedicht und dem ebenso klugen wie fesselnden Mathematiker-Roman *Der Zahlenteufel* (1997) wohlbekannt ist. Dieser Robert, "ein Engel der Geschichte mit Regenschirm und kurzen Hosen" (H. Spiegel), ist ein Junge von 14 Jahren, der etwas nachlässig ist wie alle Kinder seines Alters, aber zugleich aufgeweckt und interessiert an allen Dingen seiner Umgebung. Robert besitzt eine wunderbare Gabe, von der er nichts weiß und die ihn in die spannendsten und verrücktesten Abenteuer bringt: Er ist ein Zeitreisender, der, wenn er sich genügend auf ein Bild konzentriert, in ebenjene Zeit zurückfällt, in der das Bild spielt oder entstanden ist: So sieht er einen russischen Spielfilm aus dem Jahre 1956 und findet sich unversehens in den revolutionären Wirren einer sibirischen Kleinstadt wieder, aus denen er sich befreit, indem er eine Verfilmung der "Schatzinsel" aus dem Jahre 1946 sieht, die ihn wiederum an den australischen Drehort zurückwirft. Und so fällt Robert immer weiter zurück in der Zeit, bis in ein Maleratelier im fortschrittlichen Amsterdam des 17. Jahrhunderts. Wie er von dort zurück in die Gegenwart gelangt, ist zu schön erfunden, um hier verraten zu werden; es hat mit der Entdeckung des Selbst zu tun.

Spiel mit Vergangenheit und Gegenwart

Einen besonderen Reiz gewinnt Enzensbergers Roman aus dem Spiel mit Vergangenheit und Gegenwart. Das Wichtigste in Roberts Reisegepäck ist nicht der Taschenrechner, ist nicht das Spielzeugauto und auch nicht die Quarzuhr, sondern das Wissen um die Zukunft, das ihn immer wieder in Versuchung und Gefahr führt, etwa wenn seine Taschenrechnertricks den Philosophen Leibniz in ein hitziges Fieber stürzen. Auch der wie von selbst eingeschmuggelte Lehrwert des Romans ist nicht zu unterschätzen: Robert, der die Zahlungsmittel diverser Zeiten und deren Sprachen wie Kleider wechselt, lernt am Ende, daß Zeit selbst Geld ist und des verantwortungsvollen, selbstbewußten Umgangs bedarf. Und schließlich liefert Hans Magnus Enzensberger aufs anschaulichste eine Mediengeschichte in nuce: Über Fernsehen, Kino, Foto, Holzstich, Kupferstich, Zeichnung reist Robert zurück ins Zeitalter der Originale, wo es nicht mehr weiter geht mit technischen Reproduktionen.

Wo warst du, Robert? ist ein spannender Abenteuerroman für Jugendliche und zugleich eine unbedingt lesenswerte Geschichte für Erwachsene, in der es um die Kritik eines "rasenden Fortschritts", der "immer mehr Hinterbliebene hinterläßt". Mit diesem Buch dürfte sich Hans Magnus Enzensberger endgültig einen Stammplatz auch unter den jungen Lesern erobert haben. Da verwundert es nicht, wenn der Dichter gleich ein zweites, ebenso faszinierendes Kinder- und Erwachsenenbuch folgen läßt: die ironischen Mahn- und Warngeschichten über unartige Kinder von Hilaire Belloc, dem 'englischen Wilhelm Busch', die Enzensberger in einer kongenialen Übersetzung (*Klein-Kinder-Bewahranstalt*, München: Hanser, 1998) herausgebracht hat.

Michael Braun

Dr. Michael Braun leitet das Referat Literatur in der Hauptabteilung Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 119-122

Autorinnen und Autoren

Beate Böckem
Amselsteg 1
53721 Siegburg

Irina Bohn
Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e.V.
Am Stockborn 5-7
60439 Frankfurt /M.

Hans Dietrich
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufs-
forschung der BfA Nürnberg
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg

Prof. Dr. Roland Eckert
Universität Trier
FB IV - Soziologie
54286 Trier

Willi Fahrman
Erprather Str. 5 c
46509 Xanten

Martina Gille
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2
81541 München

Dr. Barbara Hille
Plathnerstr. 68
30175 Hannover

Guido Hitze
Bereich Wissenschaftliche Dienste
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Josef Kraus
Zikadenweg 6b
84034 Landshut

Prof. Dr. Kurt Möller
Hochschule für Sozialwesen

Flandernstr. 101
73732 Esslingen

Bernd Ostermeyer
Lageweg 4
29342 Wienhausen

Norbert Petry
1. Vorsitzender der
Deutschen Sportjugend
Otto-Fleck-Schneise 12
605528 Frankfurt/M.

Godehard Schramm
Schweppermannstr. 41
90408 Nürnberg

Mandy Simon
Karl-Liebknecht-Str. 45
09111 Chemnitz

Prof. Dr. Hans-Joachim Veen
Bereich Forschung und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Sandra Wagner
Südring 29
18055 Rostock

Christian Wulff
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Prof. Dr. Hans-Jürgen Zobel
Wolgasterstr. 95
17489 Greifswald

Dr. Elisabeth Zwiener-Kumpf
Tauchaerstr. 299
04349 Leipzig

THEMEN UND AUTOREN – JAHRGANG 1998

1/98 : Schulpolitik auf dem Prüfstand

Was soll, was kann, was muß die Schule leisten?

Bildung im Widerstreit

Ebenen und Schwerpunkte der aktuellen schulpolitischen Diskussion

Jörg-Dieter Gauger

Die Kernaufgaben der Grundschule

Heidemarie Mundlos

Elternrecht und Kindeswohl

Übergänge nach Neigung oder Fähigkeit?

Peter Heesen

Förderung durch Differenzierung

Für einen realistischen Begabungsbegriff

Kurt A. Heller

Ist weniger Schule mehr?

Zwei Diskussionsbeiträge zur Verkürzung der Ausbildungszeiten

Annette Schavan / Matthias Rößler

Qualitätssicherung im Schulwesen

Empirische Leistungskontrolle und Vergleichbarkeit durch zentrale Prüfungen

Josef Kraus

Schulen in eigener und staatlicher Verantwortung

Schulautonomie – ein ambivalentes und mißverständliches Konzept

Kurt Aurin

Mehr Autorität für den Lehrer

Hermann Giesecke

Erziehung als Elternpflicht und schulischer Auftrag

Armin Dittmann

Konzentration auf das Wesentliche

Zu den unverzichtbaren Inhalten schulischer Bildung

Werner Heldmann

Die deutsche Schulbildung im europäischen Wettstreit

Klaus Schleicher

Was soll, was kann, was muß die Schule leisten?

Stellungnahmen zum Thema

Siegfried Däschler-Seiler

Michael Winkelhog

U. Krautkrämer-Wagner

Jochen Lumbeck

Klaus Landfried

Dieter Philipp

Doris Pack

2/98 : Bewegung für den Standort

Antriebskraft durch Invention und Innovation

Zum "Stand der Technik".

Ist Deutschland noch eine Hochtechnologie-Nation?

Hariolf Grupp

Evolution, Zufall, Plan?

Wer oder was steuert den technischen Fortschritt?

Walter Kaiser

Von der Idee zum Produkt

Die Patentstatistik als Spiegel technischer und wirtschaftlicher Innovation

Bernd Meier

Akzeptabilität und Akzeptanz.

Wissenschaft und Technik in der öffentlichen Kontroverse

Norbert Arnold

Innovationsmanagement – ...Schlüsselbegriff oder Modefloskel?

Wie kommt das Neue in die Unternehmen?

Guido Eilenberger

Leistungsträger der Marktwirtschaft

Wie innovativ ist unser Mittelstand?

Michael Meister

Standortsicherung auf breiter Basis

Politische Rahmenbedingungen für Innovationen in Deutschland

Jürgen Rüttgers

Jahrhundertchance zur Jahrtausendwende

Die Weltausstellung wird das deutsche Image prägen

Birgit Breuel

Angst vor Veränderung – Angst vor der Zukunft?

Zur Leistungs- und Risikobereitschaft unserer Gesellschaft

Edgar Piel

Mehr Mut zur Elite!

Zur Diskussion über Förderung und Einsatz von Begabung

Daniel Bogner

Mut zu Markt und Wettbewerb!

Umfassende Reformen für wirtschaftliche Dynamik und soziale Solidität

Rüdiger Soltwedel

Neu allein ist nicht genug

Innovation als tragfähiges Fundament für die Gesellschaft von morgen

Angela Merkel

Ökologische Verantwortungsethik für den technischen Fortschritt

Wolfgang Ockenfels

Permanente Innovation ist eine Daueraufgabe!

Stellungnahmen zum Thema

Ludwig Trippen

Jörg P. Kotthaus

Petra Roth

Henning Brüning

Helmuth Trischler

Jürgen Mennel.

3/98 : Auf der Suche nach Orientierung

Mit Pluralität leben lernen

Individualisierung — Globalisierung

Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

Wolfgang Schäuble

Mehr Freiheit bedeutet mehr Abhängigkeit?

Die pluralistische Gesellschaft braucht institutionelle Vermittlungsinstanzen

Thomas R. Henschel

Wie verändert die Globalisierung unser Sozial- und Wertesystem?

Vom Sozialstaat zur aktiven Bürgergesellschaft

Richard Münch

Wer hat Angst vor dem Kommunitarismus?

Otto Kallscheuer

Die Grenzen des Konsenszwangs

Die Bundesrepublik an der Schwelle zur Konfliktgesellschaft

Richard Herzinger

Wieviel kulturelle Vielfalt verträgt eine Gesellschaft?

Michael Jung

Zur gemeinsamen Identität der Deutschen

Zwei Diskussionsbeiträge

Thomas Gensicke / Karsten Dümmel

Shareholder-Value und soziale Verantwortung

Ist den Unternehmen der Aktienwert wichtiger als der Arbeitsmarkt?

Zwei Diskussionsbeiträge

Richard Göhner / Walter Riester

Politikverdrossen, politikunwillig oder ein anderes Politikverständnis?

Zum Verhältnis von Jugend und Politik

Klaus Escher

Werteerziehung durch Sport in Schule und Freizeit

Claudia Solzbacher

Wie wichtig ist die Familie für unsere Wirtschafts- und Sozialordnung?

Max Wingen

In Medien leben

Norbert Bolz

Wertewandel im Zeitraffer: 3000 Jahre bis zur Gegenwart

Wolfgang Kluxen

Können uns heute Werte noch Orientierung vermitteln?

Stellungnahmen zum Thema

Ehrhardt Neubert

Bernhard Jagoda

Mechthild E. Löhr

Dieter Weirich

Jürgen Liminski

Helga Schubert

Hat es die "Generation X" je gegeben?

Jugend und Werte am Ende des Jahrhunderts

Ingo Richter

4/98 : Deutschland und Tschechien

Für eine gemeinsame Zukunft in Europa

Tschechen, Slowaken und Deutsche

Chronik eines vielschichtigen Verhältnisses

Ferdinand Seibt

Sudetendeutsche und Tschechen

Über die Schwierigkeiten der Verständigung

Friedrich Prinz

Die Gesinnungsgemeinschaften in der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Josef Stingl

Die Geschichte der Kirchen in Tschechien

Zdena Hledíková / Angelus Waldstein- Wartenberg

Der tschechische Widerstand gegen den Kommunismus

Bohumil Dolezal

Die deutsche Wiedervereinigung — erlebt in Prag

Hermann Huber

Deutsch-tschechische Nachbarschaft

Deutschlandbild in Tschechien – Tschechienbild in Deutschland

Jiri Gruša

Historische Nachbarn als europäische Partner

Barbara Stamm

Prozeßcharakter der Verständigung

Peter Becher

Hürden auf dem Weg zu einem entspannten Verhältnis

Harald Salfellner

Tschechien im Spiegel der deutschen Presse

Rudolf Ströbinger

Deutsch-tschechische Erklärung

Deutsch-tschechischer Zukunftsfonds

Deutsch-tschechisches Gesprächsforum

Anton Roßbach

Tomáš Kafka

Herbert Werner

Internationale und regionale Kontakte

Tschechische Bibliothek

Hans-D. Zimmermann

Die Arbeit der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission

Hans Lemberg

Das Deutsche als Fremdsprache der tschechischen Nachbarn

Winfried Baumann

Die Doppelsprachigkeit

Hugo Rokyta

Deutsch-tschechische Zusammenarbeit im Jugendbereich

Mike Corsa

Die deutsch-tschechische Jugendarbeit der Ackermann-Gemeinde

Raimund Paleczek

Sächsisch-tschechische Beziehungen als Beispiel

grenzüberschreitender Zusammenarbeit

Günter Meyer

Deutsch-tschechische Wirtschaftsbeziehungen

Carl H. Hahn

Voraussetzungen und Entwicklungen des Transformationsprozesses seit 1989

Werner Klein

Integration als außenpolitisches Ziel

Die Tschechische Republik auf dem Weg in die NATO

Niklas v. Witzendorff

Die Tschechische Republik auf dem Weg in die EU

Gerhard Sabathil

Der Zug fährt nach Westeuropa

Analyse der aktuellen politischen Situation in Tschechien

Barbara Starostová

Aus: Zeitschrift zur politischen Bildung - Eichholz Brief 36 (1999), H. 1, S. 124-128

